Armee legt Axt an ihre Wurzeln S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 8 – 23. Februar 2018

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Mit beiden weiter so: Angela Merkel und ihre Wunschkandidatin für das Generalsekretariat, Annegret Kramp-Karrenbauer Bild: Imago

Wer außer Merkel?

Wer sonst noch an der Fortsetzung ihrer Kanzlerschaft ein Interesse haben könnte

Wer außer Angela Merkel selbst könnte eigentlich ein so starkes Interesse an ihrer weiteren Kanzlerschaft haben? Die grobe Bilanz, zu der jeder Wechsel einer Legislaturperiode herausfordert, vermag ein solches Interesse außerhalb des Kreises der Beteiligten nicht zu erklären.

In der Außenpolitik verhält es sich so, dass Deutschland in allerhand kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt und auf der anderen Seite herausgefordert ist, das nach wie vor bestehende finanzielle Desaster innerhalb der EU zu handhaben. Entsprechend kann man die Merkelsche Außenpolitik in diesen beiden entscheidenden und grundlegenden Feldern so kennzeichnen, dass sie tut, was NATO und EU von Deutschland verlangen. Dass aber dies wenigstens überwiegend den Interessen des Landes entspräche, ist zunächst nicht mehr als eine Behauptung der Propaganda, die sich den Begriff der Alternativlosigkeit zu eigen gemacht hat. In der Innenpolitik überwiegen Irrtümer und Versagen, bei der Energiewende, bei der Bundeswehr, bei der Inneren Sicherheit, dem Wohnungsbau und dem ganzen vielfältigen Komplex der sogenannten Integration.

> Die Bürger und der Staat haben es jedenfalls nicht

Dass es mit der Wirtschaft gut läuft, ist, solange es noch Reste marktwirtschaftlicher Strukturen gibt, deren Verdienst, nicht das der Politiker. So ergibt sich unterm Strich die Tatsache, dass ein Fortbestehen Merkelscher Regierungsgewalt nicht eben deckungsgleich ist mit den Bedürfnissen der Bürger und des Staates.

Noch ist das „Weiter so“, das Lebensmotto einer jeden Politiker- und Funktionärskaste, nicht perfekt, schließlich stellt die kommende Mitgliederbefragung der SPD eine letzte Hürde für die neue Groko dar, und niemand weiß, wie sie genommen wird.

Die Kanzlerin jedenfalls hat alles dafür getan, dass ihre Planung daran nicht scheitert. Nachdem sie über Jahre eine große Zahl von Themen aus dem natürlichen Reservoir der SPD und teils der Grünen zur CDU-Politik erklärt hat, setzte sie diese Methode bei den Koalitionsverhandlungen auch im personellen Bereich durch. Daher kommt es, dass die Kanzlerin die wichtigsten Ministerien mit derselben Bedenkenlosigkeit dahingegeben und der SPD geschenkt hat, wie sie zuvor jahrelang deren inhaltliche Vorgaben in die Tat umzusetzen gewohnt war.

Alternativlos ist bei der ganzen Rechnung allerdings nur im Personellen die Kanzlerin und nur für die CDU, nachdem Merkel alle tüchtigen Leute aus der ersten Linie vertrieben und verstoßen hat. Allerdings stellt sich heraus, dass dies für Merkel vielleicht von Vorteil, für die CDU aber und die deutsche Politik insgesamt zum Schaden ist. Demokratie lebt von Alternativen, sachlichen wie personellen, und eine Partei, die systematisch Leistungsträger aus den eigenen Reihen eliminiert, findet sich bald in der heutigen Rolle der CDU, die keinen personellen Plan B hat und darüber hinaus bereits die Frage danach unter Strafe stellt.

Florian Stumfall

Jan Heitmann:

Traumtänzer

Umwandlung der Ausbildungsmission im Nordirak in eine Unterstützungsmission für den ganzen Irak, Beteiligung an einer UN-Mission in der Ostukraine und ein neues Logistik-Kommando für die NATO. Diese Aufgaben für die Bundeswehr haben die Groko-Protagonisten allein in den letzten Tagen aus dem Hut gezaubert. Wohlgemerkt: zusätzlich zu den bereits laufenden 16 Auslandsmissionen und den sonstigen Verpflichtungen gegenüber NATO und UN.

Man fragt sich, in welcher Traumwelt die für unsere äußere Sicherheit Verantwortlichen leben. Gerade hat der Wehrbeauftragte den desolaten Zustand der Marine beklagt, ein vertrauliches Papier aus von der Leyens eigenem Haus belegt, dass das Heer praktisch nicht mehr einsatzbereit ist, und dass es bei der Luftwaffe ähnlich düster aussieht, ist auch kein Geheimnis mehr. Wenn der Sprecher des Verteidigungsministeriums vor der Bundespressekonferenz mit pflichtgemäßer Zurückhaltung eingesteht, dass „die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr generell nicht zufriedenstellend“ ist, sagt das eigentlich alles. Mittlerweile lässt sich nicht einmal mehr der leichtgläubige Michel etwas vormachen. Wie der aktuelle Sicherheitsreport des Instituts Allensbach belegt, halten nur noch 22 Prozent der Deutschen die Bundeswehr für einsatzfähig. Dass man das auch im Ausland so sieht, zeigt die „Financial Times“ mit einer vernichtenden Analyse der deutschen Streitkräfte.

Die künftige Bundesregierung muss sich des Sanierungsfalls Bundeswehr entschlossen annehmen und auch bereit sein, dafür viel Geld in die Hand zu nehmen. Und sie sollte für lange Zeit die Hand unten lassen, wenn NATO und UN wieder einmal Aufgaben zu verteilen haben.

Bargeld verboten

VGH-Urteil I: Keine Barzahlung bei Rundfunkzwangsgebühr

Der Volkswirtschaftler und Journalist Norbert Häring aus Frankfurt am Main ist ein streitbarer Mann. Geradezu in Rage gerät er, wenn es um Pläne zur Abschaffung des Bargeldes geht. Unermüdlich kämpft er für die klingende Münze, und das nicht nur publizistisch. Wann immer es geht, lässt er sie auch springen. Doch wenn es um die Zahlung des sogenannten Rundfunkbeitrags geht, darf er das nicht. Der Beitragsservice will die Zwangsabgabe für den Staatsrundfunk nur unbar entgegennehmen, was ihn erbost. Was er dazu vorbringt, ist in der Tat nachvollziehbar: „Es kann nicht sein, dass der Staat Geld herausgibt und dann sein eigenes Geld nicht annehmen will“, beklagte er im „Handelsblatt“. Er beruft sich auf das Bundesbankgesetz, das besagt: „Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel.“ Dies bedeute, dass die Bezahlung einer Schuld mit einem unbeschränkten gesetzlichen Zahlungsmittel nicht abgelehnt werden darf.

Nachdem er mit einer entsprechenden Klage gegen die Gebührenbescheide bereits in den Vorinstanzen gescheitert war, hat nun auch der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) entschieden, dass es keinen Anspruch der Bürger gibt, Rundfunkbeitragszahlungen in bar zu erbringen. Der für das Rundfunkrecht zuständige 10. Senat führte zur Begründung aus, dem Europarecht sowie dem Bundesbankgesetz ließen sich keine Verpflichtungen entnehmen, dass in jedem Fall Barzahlungen zu akzeptieren seien. Im öffentlich-rechtlichen Abgabenrecht könne grundsätzlich auch unbare Zahlungsweise vorgeschrieben werden. Die entsprechenden Regelungen des in diesem Fall zuständigen Hessischen Rundfunks seien daher rechtlich nicht zu beanstanden.

Damit wird sich Häring kaum zufriedengeben. Da die Kasseler Verwaltungsrichter die Revision zugelassen haben, kann er die Sache vor das Bundesverwaltungsgericht bringen, das dann in letzter Instanz zu entscheiden hätte. *J.H.*

Triumph für von der Leyen

VGH-Urteil II: Soldaten mit »Haltungsproblemen« zu Recht entlassen

Das wird Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen freuen: Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) hat in letzter Instanz die Entlassung von vier Bundeswehrsoldaten des Stammpersonals des Ausbildungszentrums Spezielle Operationen in Pfullendorf wegen ihrer Teilnahme an Aufnahmeritualen für rechtens erklärt.

Zur Begründung heißt es, Folterrituale seien objektiv geeignet, den militärischen Zusammenhalt im Sinne eines gegenseitigen Vertrauens und der Bereitschaft, füreinander einzustehen, zu gefährden. Aufnahmerituale trügen die generelle Gefahr des Ausartens in sich. Auch wenn sie mit harmlosen Inhalten begännen, bestünden Missbrauchsmöglichkeiten zulasten Einzelner, indem sie einem Gruppenzwang unterworfen und letztlich durch Misshandlung, Demütigung beziehungsweise entwürdigende Behandlung in ihren Grundrechten verletzt würden. Die Behandlung des „Täuflings“ und des „Gefangenen“ erinnerten äußerlich an Folterszenen, die darauf gerichtet seien, die Opfer nicht nur in ihrer Bewegungsfreiheit und körperlichen Unversehrtheit zu beeinträchtigen, sondern sie gerade auch in ihrer Ehre und Würde zu verletzen. Ob diese Rituale im Einverständnis aller Beteiligten durchgeführt worden seien und auch alle diese Behandlung als Spaß angesehen hätten, sei rechtlich unerheblich. Denn jeder „Spaß“ ende dort, wo er die Würde, die Ehre und/oder die körperliche Unversehrtheit eines Kameraden verletze. Die Beteiligung an „Folterritualen“ erweise sich daher, selbst wenn sie im allseitigen Einverständnis als eine scherzhafte Form des Umgangs miteinander angesehen würden, schon wegen der Beeinträchtigung der Grundrechtssphäre des Betroffenen als schwerwiegendes Fehlverhalten. Solche kameradschaftswidrigen Handlungsweisen beträfen den militärischen Kernbereich, da sie den militärischen Zusammenhalt gefährden könnten.

Strafrechtlich haben die entlassenen Soldaten keine Konsequenzen zu befürchten. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen eingestellt. *J.H.*

Wurzeln gekappt

Kritische Betrachtung des Entwurfs für einen neuen Traditionserlass der Bundeswehr

Wer seine Wurzeln kappt, fällt eines Tages um. Ein neuer Traditionserlass für die Bundeswehr nach dem von 1982 ist überfällig, weil sich dessen Bezugsgrößen schon lange grundsätzlich verändert haben. So ist ein Entwurf für einen neuen Erlass seit November 2017 in Umlauf.



Sind sich längst entfremdet: Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen und die ihr unterstellten Soldaten der Bundeswehr Bild: Imago

Traditionen sind von Generation zu Generation überlieferte Verhaltensweisen, Ideen und Kulturen. Deutsche Armeen und ihre Geschichte gibt es, solange es deutsche Staatlichkeit auf deutschem Boden gibt. Dabei waren alle deutschen Armeen in ihrer Zeit an ihre Staatsherrschaft gebunden und an deren politische Systeme und Verfassungen.

Drei politische Traditionen deutscher Streitkräfte seit jeher sind Staatstreue, Verfassungstreue und die Anerkennung des Primats der Politik. Wenn allerdings – wie im Entwurf geschehen – die Verfassungsdienlichkeit zur heiligen Verfassung mit „Alleinvertretungsanspruch" ausgestattet wird, wird sie zur Falle für alle anderen militärischen Traditionen. Der neue Erlassentwurf schneidet fast alle Traditionen der Bundeswehr de facto 1956 ab und erhebt sie zum Monopol-Traditionsstifter für sich selbst.

Dass deutsche Soldaten und Verbände ihre Aufgaben in ihren Epochen nach den damaligen Regeln und Gesetzen erfüllt haben, wertet sie an sich nicht ab, es sei denn, dass sie dabei aus heutiger Sicht Unwürdiges oder Verbrechen begangen hätten. So gibt es keinen Grund, einzelne Soldaten, Verbände oder militärische Ereignisse der Vergangenheit aus der Tradition der Bundeswehr auszuschließen, nur weil sie nicht dem Kontext des Grundgesetzes entsprechen. Auch heute dienen die Soldaten treu und dem Primat der Politik folgend, auch wenn ihnen klar ist, dass mancher Befehl nichts mit dem Grundgesetz zu tun hat. Die Soldaten des Heeres folgen politischen Aufträgen, obwohl die meisten wissen, dass Volk und Heimat nicht am Hindukusch verteidigt werden, und die Soldaten der Marine folgen politischen Aufträgen, obwohl die meisten wissen, dass sie zu Schlepper-Diensten auf dem Mittelmeer missbraucht werden. Das ist und war schon immer die Kehrseite der Treuepflicht der Soldaten gegenüber ihren Dienstherren.

Ein Überbewerten von modernen Verfassungszielen verbunden mit einer Unterbewertung von Berufszielen und einer durchgehenden Ächtung früherer Soldatengenerationen ergibt ein politisches Bekenntnis zur politischen Moderne, aber kein geistiges Rüstzeug für eine Armee. Den Wert der Traditionen der Bundeswehr allein nach ihrer Verfassungsdienlichkeit zu beurteilen, ist so, als wollte man eine Menge fließenden Wassers mit einem Zollstock messen.

Der neue Erlassentwurf ist einer über die „Politischen Auflagen" und keiner für die „Militärischen Traditionen der Bundeswehr". Er taugt, wie sein Vorgänger, für den Exorzismus in der Truppe, aber nicht zu deren Inspiration und Motivierung.

Es sollte unbedingt zwischen politischen Traditionen, beispielsweise in einem Vorwort des Erlasses, und militärischen Traditionen, beispielsweise im Hauptteil des Erlasses, unterschieden und letztere mit „Fleisch gefüllt" werden.

Eine Reihe von Einzelformulierungen im Erlassentwurf ist halb wahr, ganz falsch oder besteht aus hohlen Phrasen. Sie entwerten den Erlass. Der neue Entwurf enthält schon am Anfang, wie der alte Erlass, ein paar Sätze, die durch die weiteren Ausführungen zu hohlen Phrasen werden:

„Tradition verbindet die Generationen." Die Ablehnung fast jeder Art von Tradition zu Soldaten, Truppen und Armeen vor 1945 und deren de facto Ächtung im Folgetext sind das Gegenteil davon.

„Tradition schlägt eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft." Dem Gedanken des Brückenschlags folgend, gehören beispielsweise die Reichswehr und die Wehrmacht als Übermittlerinnen von Werten, Tugenden, Berufserfahrungen und Berufseigentümlichkeiten aus fast 300 Jahren deutscher Militärgeschichte an die Bundeswehr mit in deren Traditionslinien. Sie haben die Brücke in die Epochen vor der Weimarer Republik und dem Dritten Reich geschlagen.

> Reichswehr und Wehrmacht gehören als Übermittlerinnen von Werten, Tugenden und Berufserfahrungen in die Traditionslinien

„Tradition stärkt den Rückhalt der Bundeswehr in der Gesellschaft." Die Bundeswehr hat keinen Rückhalt mehr in der Gesellschaft, bestenfalls noch da und dort freundliche Akzeptanz. Beispiele, angefangen vom „Soldaten sind Mörder-Urteil" über örtliche Dienstbehinderungen und den Zutrittsverbot für Jugendoffiziere in etlichen Schulen bis hin zu grölenden Störungen von Bundeswehr-Zeremoniellen in der Öffentlichkeit enthüllen diese Formulierung als Zeichen von Selbstbetrug oder Realitätsverlust.

„Die Wehrmacht hat einem Unrechtsregime gedient." Das ist eine in den Parteien übliche Fehlinterpretation. Die Wehrmacht hat genauso wenig dem Nazi-Regime gedient wie die Bundeswehr den CDU- oder den SPD-Regierungen. Reichswehr, Bundeswehr und NVA haben ihren jeweiligen Staaten gedient, ohne sich ihre Regierungen auszusuchen. Bei der Wehrmacht ist sogar noch zu beachten, dass sich der Oberbefehlshaber des Heeres gegen die Einsetzung Hitlers als Reichskanzler gewehrt hat. Die unkorrekte Formulierung lässt darauf schließen, dass die jetzige CDU-geführte Regierung davon ausgeht, dass die Bundeswehr auch ihr dient. Der Parteien-Irrtum, Staat und Regierung gleichzusetzen, darf sich nicht in einem neuen Traditionserlass wiederfinden.

Der Entwurf erwähnt zu Recht auch die schuldhafte Verstrickung der Wehrmacht in die Verbrechen des NS-Regimes. Die schuldhafte Verstrickung in Verbrechen stimmt. Aus einer „Verstrickung" ein Kollektivurteil zu münzen und damit der Wehrmacht insgesamt die Ehre abzuschneiden, kommt aber einer Kollektivstrafe gleich, die es in unserem Rechtssystem nicht geben sollte. Es ist nicht angemessen, diese „Verstrickung" kollektiv allen Angehörigen und Truppen der deutschen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg anzulasten. Immerhin liegt der Anteil der von deutschen und Besatzungsgerichten nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute wegen Kriegsverbrechen rechtskräftig verurteilten Soldaten bei nur 0,05 Prozent des damaligen Gesamtbestandes. Es empfiehlt sich deshalb, einem neuen Traditionserlass in dieser Hinsicht die Schärfe der Verurteilung zu nehmen.

Dahingegen gibt die Kriegsgeschichte der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg auch eine lange Reihe von Beispielen ritterlichen Handelns und Betragens von deutschen Soldaten und Dienststellen in den Gefechten und als „Sieger" in Polen, Frankreich, Griechenland, Russland und auf dem Atlantik her. Solche Beispiele hat die Bundeswehr als vorgesehenen Monopol-Traditionsgeber in ihrer Geschichte nicht zu bieten. Wer das als Nazi-Propaganda abtut, sollte einmal eine Zeit lang lesend im Archiv des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Genf zubringen.

Die Formulierung von „Verbrechen, ... die in ihrem Ausmaß, in ihrem Schrecken und im Grad ihrer staatlichen Organisation einzigartig in der Geschichte sind", mag gängigem „Volkswissen" entsprechen. Sie ist dennoch schlichtweg falsch. Da die Formulierung auf die „Geschichte" bezogen ist und nicht auf einen kurzen Zeitraum deutscher Geschichte, unterschlägt sie die staatlich verursachten Verbrechen mit Millionen von Toten in der überschaubaren Vergangenheit. Da gab es beispielsweise die geschätzten acht bis zehn Millionen toten Kongolesen als Opfer belgischer Gewaltherrschaft in Afrika, die sechs bis acht Millionen toten Ukrainer als Opfer sowjetischer Gewaltherrschaft, die etwa 50 Millionen toten Indianer als Opfer spanischer, englischer und US-amerikanischer Expansionspolitik in Nord- und Südamerika, die sechs Millionen toten Inder und Bengalen im Zweiten Weltkrieg als Hunger- und Gewaltopfer rücksichtsloser Ausbeutung der Briten im Mittleren Osten. Auch in diesem Punkte muss der neue Traditionserlass seriös und bei der vollen Wahrheit bleiben und Übertreibungen wie die „Einzigartigkeit" vermeiden.

> Der gravierendste Mangel des Entwurfs für einen neuen Traditionserlass liegt im Fehlen der Vorbildrolle in der Traditionspflege

Der Erlassentwurf besagt zwar zu Beginn, „Traditionspflege ermöglicht das Bewahren ... von Vorbildern, ...". Dieser scheinbaren Offenheit folgt dann bald der Widerruf. Dort heißt es: „Historische Beispiele für zeitlos gültige Tugenden, etwa Tapferkeit, Ritterlichkeit und ... können in der Bundeswehr Anerkennung finden. Sie sind jedoch immer im historischen Zusammenhang zu bewerten und nicht zu trennen von den politischen Zielen, denen sie dienten." Somit ist auch auf diesem Feld die Tradition der Bundeswehr mit dem Jahr 1956 abgeschnitten. Damit fallen frühere Soldaten wie der Reitergeneral von Seydlitz, die Generalstabsoffiziere Graf Gneisenau und Graf Moltke d. Ä., die Fliegeroffiziere von Richthofen und Marseille und Marschall Rommel durch den Rost. Die Bundeswehr hat vergleichbare Vorbilder in ihrer eigenen Geschichte nicht hervorgebracht. Der motivierende und selbsterzieherische Wert von historischen Berufsvorbildern würde damit vor allem für jüngere Berufssoldaten, die noch ihre „Selbstvergewisserung" und ihre „Identifikation" suchen, verboten und verbaut. Durch die Einschränkung würde ein neuer Erlass zum Traditions-Verhinderungs-Erlass.

Im Fehlen der Vorbildrolle in der Traditionspflege liegt der gravierendste Mangel des Entwurfs für einen neuen Traditionserlass.

Ein weiterer gravierender Mangel ist jegliches Fehler der Erwähnung des „Nationalen Bewusstseins". Letzterem war im ersten Vorgängererlass von 1965 noch ein eigener Absatz gewidmet.

Die deutsche Regierungspolitik war bis zur Wiedervereinigung sowohl in Europa als auch in der atlantischen Verbindung angemessen verwoben, und sie hat dabei deutsche Interessen angemessen vertreten. Danach war sie unter „christlichen" Regierungen europazentriert und erkennbar bemüht, Deutschland als Teil in einem Gesamtstaat EU aufgehen zu lassen. Dementsprechend hat sich die Bundeswehr angepasst. In den Bundeswehr-Veröffentlichungen ist seither keine Rede mehr von der deutschen Nation. Stattdessen stehen Multinationalität, Inklusion, Vielfalt und die mögliche Aufnahme von Ausländern im Vordergrund der Selbstdarstellung. Hier wiederholt die Bundeswehr den fatalen Fehler Stalins, der zunächst geglaubt hatte, mit einer internationalistischen und ideologisch ausgerichteten Armee Krieg führen zu können. Als der Sowjetunion das deutsche Messer am Hals lag, „erfand" er den Vaterländischen Krieg und mobilisierte damit die Kräfte, die noch im deutschen Traditionserlass von 1965 beschworen wurden. Ein neuer Traditionserlass muss hier die inzwischen klaffende Lücke wieder schließen. Ein Erlass für Soldaten darf nicht nur das „Tagesgeschäft" der Auslandseinsätze bedenken. Er muss auch das Urmotiv der Staatsbürger in Uniform beleben, notfalls für die eigene Nation, den eigenen Staat und die eigene Heimat zu kämpfen. Die zunehmende internationale Verflechtung der Bundeswehr sollte nicht zu einer mentalen Entnationalisierung ihrer deutschen Anteile führen und nicht den derzeitigen Trend der deutschen Politik der eigenen Entnationalisierung widerspiegeln.

Ein neuer Erlass in der vorgeschlagenen Form zeigt vor allem die Grenzen der politisch erlaubten Traditionspflege und weniger das sinnvolle Spektrum sinnvermittelnder Militärtraditionen. Er wäre nicht dazu geeignet, den Soldaten der Bundeswehr eine militärische „Corporate Identity" zu geben.

Gerd Schultze-Rhonhof

Der Autor ist Generalmajor a.D. In seiner letzten Funktion war er Divisionskommandeur und Wehrbereichsbefehlshaber. 1996 schied er nach 37 Jahren auf eigenen Wunsch aus dem aktiven Dienst aus. Danach setzte er sich in mehreren Werken kritisch mit der Bundeswehr und der Geschichtsschreibung in Deutschland auseinander. Im Jahre 2012 verlieh ihm die Landsmannschaft Ostpreußen ihren Kulturpreis für Wissenschaft.

Vom Regen in die Traufe

Ein Fazit zum Ende der Gültigkeitsdauer der Koalitionsvereinbarung von 2013

„In vier Jahren soll unser Land noch besser dastehen als heute.“ Was ist aus diesem vollmundigen Versprechen der noch amtierenden Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung 2013 geworden? Wie sähe eine Evaluierung der letzten Koalitionsvereinbarung aus, die für die neue Koalitionsvereinbarung 2018 nach der Hälfte der Legislaturperiode vereinbart ist? Und ist die aktuelle Nachfolgekoalitionsvereinbarung besser oder schlechter?

Der Kern konservativer Identität, die Innere Sicherheit, taucht als Begriff in den 130 Seiten nur in einer Überschrift auf, und zwar bezeichnenderweise in Zusammenhang mit dem bis heute unaufgeklärten „NSU“-Komplex, aus dem in dem Papier 2013 bereits „Konsequenzen“ in Form einer Stärkung der „interkulturellen Kompetenz“ bei Polizei und Justiz gezogen werden sollten.

Es wurden „Konsequenzen“ aus der NSA-Affäre versprochen, die Bürger sollten besser vor Ausspähung geschützt werden, unter anderem durch Verhandlungen über „ein rechtlich verbindliches Abkommen zum Schutz vor Spionage“. Bis heute ist außer mit der Schweiz kein bilaterales Abkommen zustande gekommen. Landesverrat für „befreundete Staaten“ ist nach wie vor straffrei. Sonst setzte man auf Verschlüsselung und hoffte, EU-weit die Weiterleitung von Daten durch Telekommunikationsunternehmen zu verbieten. Zwar wird zum 25. Mai die EU-Datenschutzverordnung novelliert; doch ist die wohl kaum mehr für Unternehmen in Großbritannien anwendbar. Die versprochenen „Maßnahmen zur Rückgewinnung der technologischen Souveränität“ mündeten seit diesem Jahr in dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz, bei dem unklar ist, ob es Bestand haben wird.

Die versprochene gesetzliche Regulierung der seit Ende 2001 legalisierten Prostitution, die in Deutschland zu einem Einfallstor für illegale Einwanderung geworden ist, floss 2017 in das Prostitutionsschutzgesetz ein, das so wirklichkeitsfremd ist, dass zum ersten Mal die Polizei dessen Überwachung ablehnt. Die weitere Verschärfung des Sexualstrafrechts 2016 war in der Koalitionsvereinbarung 2013 noch nicht angelegt.

Der Abstieg Deutschlands von Platz 20 auf Platz 51 der sichersten an. „Das sogenannte ‚Resettlement‘-Verfahren, bei dem besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus dem Ausland aufgenommen werden, soll in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) fortgesetzt, verstetigt und spätestens 2015 quantitativ in Abstimmung mit der Innenministerkonferenz die Republik Mazedonien und Serbien jetzt als sichere Herkunftsstaaten eingestuft sind.

Weiter gab der Bund ein Bekenntnis zum Bau des neuen Berliner Hauptstadtflughafens ab. Über vier Jahre später steht immer noch kein Eröffnungstermin für die im Monat rund 30 Millionen Euro kostende Baustelle in Schönefeld fest.

Mit „unserem Land“ beziehungsweise „Deutschland“ ist eben nicht mehr das deutsche Volk gemeint. Ansonsten enthält die Koalitionsvereinbarung wie immer blumige Absichtserklärungen, weil sie im Gegensatz zu einem „Koalitionsvertrag“, als der sie gerne bezeichnet wird, rechtlich unverbindlich ist.



2013 bei der Vorstellung ihrer damaligen Koalitionsvereinbarung: Die damaligen Parteichefs vom SPD, CDU und CSU (v.l.) Bild: Imago

Staaten im Jahre 2017 durch das seit dem 5. September 2015 faktische Aussetzung des Asylrechts ist bereits in der Koalitionsvereinbarung 2013 angelegt gewesen. Nicht nur die Absichtserklärung, „Jugendliche und Heranwachsende“ besser zu „integrieren“ und „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ nach dem Jugendhilferecht zu behandeln, zeigte die Stoßrichtung (IMK) deutlich ausgebaut werden. Wir werden den Familiennachzug bei Resettlement-Flüchtlingen erleichtern.“ Schon 2013 gab es also die Praxis, die nationale und auch EU-Asylanerkennungspolitik durch eine UNHCR-Asylanerkennungspolitik zu torpedieren, wie es Merkel jetzt auch mit Libyen vereinbart hat. Da hilft es auch nicht, dass Bosnien und Herzegowina, Ferner erhielt die alte Koalitionsvereinbarung bis 2020 zu erreichende Klimaziele, von denen im neuen nicht mehr die Rede ist. Der Begriff „Volk“ kam in der alten Koalitionsvereinbarung genau zweimal vor, als „sorbisches Volk“.

Als Fazit kann diese unterschätzte Koalitionsvereinbarung zumindest sicherheitspolitisch als negativ erfolgreich bezeichnet werden.

Im Vergleich mit ihrem Nachfolger war die Koalitionsvereinbarung von 2013 für die Deutschen das kleinere Übel, weil die neue in der Entstaatlichung Deutschlands noch weiter geht und mit konkreten Zahlen ohne Obergrenze noch mehr Menschen ins Land lockt. Die Deutschen drohen also vom Regen in die Traufe zu kommen.

Johannes Sondermann

MELDUNGEN

Mehr Geld für EU-Propaganda

Berlin – Der staatliche Auslandssender Deutsche Welle (DW) strebt eine deutliche Erhöhung seines Etats „auf ein ähnliches Niveau wie die beiden vergleichbaren europäischen Auslandssender France Médias Monde/TV5 Monde und BBC World“ an. Während der französische Sender über einen Etat von 389 Millionen Euro und der britische von 523 Millionen Euro verfügt, standen der DW im vergangenen Jahr 326 Millionen Euro zur Verfügung. Nach Ansicht der Senderverantwortlichen wird nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU der DW eine „wichtigere Bedeutung bei der weltweiten Vermittlung von Werten und Positionen aus Sicht der EU-Mitgliedstaaten zukommen“. *J.H.*

Keine Anklage gegen von Storch

Berlin – Die Staatsanwaltschaft Berlin hat das Ermittlungsverfahren gegen die stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende Beatrix von Storch wegen Volksverhetzung „nach rechtlicher Prüfung ohne Durchführung von Ermittlungen“ eingestellt, da sie „keinen genügenden Anlass zur Erhebung der öffentlichen Klage“ im Sinne der Strafprozessordnung erkennen konnte. Von Storch hatte sich am 31. Dezember vergangenen Jahres per Kurznachrichtendienst Twitter über die Kölner Polizei beschwert, die den Menschen im Raum Köln/Leverkusen via Twitter Neujahrsgrüße auf Deutsch, Arabisch, Englisch und Französisch geschickt hatte. Sie stellte die Frage, ob die Polizei mit dem arabischen Text die „barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden“ besänftigen wolle. Daraufhin wurde sie unter anderem vom Kölner Polizeipräsidenten Uwe Jacob angezeigt (siehe *PAZ* 2/2018). Die Staatsanwaltschaft sieht von Storchs Äußerung durch die Meinungsfreiheit gedeckt. *J.H.*

Sport-Sumpf an der Saar

Kramp-Karrenbauer hinterlässt einen unaufgeklärten Finanzskandal

Mit dem Wechsel von Annegret Kramp-Karrenbauer hat Angela Merkel ihre derzeitige Wunschnachfolgerin an ihre Seite und in Stellung gebracht. Sie selber hat den Sprung aus dem Generalsekretariat an die Spitze von Partei und Staat geschafft, warum soll dann nicht auch die „kleine Merkel“, um mit dem FDP-Vorsitzenden Christian Lindner zu sprechen, von dort aus den Sprung nach ganz oben schaffen? Das mag sich die „große Merkel“, wieder Lindner, gedacht haben, mag sie auch noch so beteuern, dass sich Geschichte nicht wiederhole.

Abgesehen von der Aussicht, Merkels Nachfolgerin in Partei und Staat zu werden, mag es noch aus einem anderen Grund für die designierte CDU-Generalsekretärin opportun sein, von der Saar an die ferne Spree zu wechseln, tut sich doch in ihrem Heimatland in dem staatsnahen Landessportverband für das Saarland (LSVS) ein Korruptionssumpf auf. Ihr Landsmann und Parteifreund Klaus Meiser musste nun wenigstens als Landtagspräsident des Saarlandes die Konsequenzen ziehen und zurücktreten. Als Präsident des LSVS hofft er sich noch halten zu können. Und das, obwohl in seine Präsidentschaft Millionenverluste sowie die Beschäftigung seiner Lebensgefährtin und seines Fahrers bei dem Verband fallen. Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken hat ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Untreue und der Vorteilsgewährung gegen ihn eingeleitet und seine Immunität als Abgeordneter wurde aufgehoben.

Meiser hatte sich lange gegen die Aufhebung seiner Immunität auch mit juristischen Schritten gewehrt und war zu einer großen Belastung für das Land, das er protokollarisch als erster Mann vertritt, geworden. Einen angemessenen Zeitpunkt für einen Rücktritt hatte er verpasst. Auch wohlmeinende Parteifreunde haben sich mehr und mehr von Meiser abgewendet Den Anfang hatte die Junge Union unter Alexander Zeyer, einem Enkel des ehemaligen Ministerpräsidenten Alexander Zeyer, gemacht. Auch Kramp-Karrenbauer selber hatte als Parteivorsitzende von Meiser Konsequenzen eingefordert.

Verdacht auf Untreue und Vorteilsgewährung

Wenn die Kritik an Meiser auch weit verbreitet war, so hatte doch von den vier Fraktionen im saarländischen Landtag nur die der Linkspartei den Rücktritt des CDU-Politikers offiziell gefordert. Möglicherweise spielte dabei eine Rolle, dass bei den Ermittlungen gegen Meiser und den LSVS auch der SPD-Landtagsabgeordnete Eugen Roth in den Fokus der Ermittlungen geraten war und der AfD-Landesvorsitzende Josef Dörr aus Quierschied und damit aus demselben Ort wie Meiser stammt.

In den Sog der Finanzaffäre um den LSVS könnte auch Kramp-Karrenbauers populärer, aber auch umstrittener Innenminister Klaus Bouillon geraten. Der 2014 von Kramp-Karrenbauer in ihr zweites Kabinett geholte Minister hatte seinen 70. Geburtstag in einem vom LSVS zur Verfügung gestellten Gebäude gefeiert und später nicht alle Kosten zurückerstattet, weil er nach seinen Angaben nicht von diesen in Kenntnis gesetzt worden war. Nachdem die Presse darüber berichtet hatte, erklärte sich Bouillon nun bereit, die Differenz zu begleichen. Der Fall gewinnt dadurch zusätzliche Brisanz, dass Bouillon als Innenminister die Rechtsaufsicht über den LSVS hat. *Bodo Bost/PAZ*

»Entsorgungsentscheidung«

Damit er Söder das Feld überlässt, soll Seehofer ins Bundeskabinett

In der vergangenen Woche verpasste Horst Seehofer einen Pflichttermin. Der CSU-Vorsitzende und scheidende bayerische Ministerpräsident musste seine Teilnahme am Politischen Aschermittwoch aufgrund einer hartnäckigen Erkältung absagen. In der Partei rätseln seitdem viele über den Gesundheitszustand des 68-Jährigen. Einen solch öffentlichkeitswirksamen Auftritt lassen sich die Granden im Freistaat normalerweise nicht entgehen und schon gar nicht im Jahr einer Landtagswahl. Am 14. Oktober wollen die Christsozialen ihre absolute Mehrheit verteidigen. Dies scheint derzeit ausgeschlossen, auch weil Franz Josef Strauß' Maxime, der zufolge rechts von der CSU kein Platz mehr für eine demokratische Partei sein dürfe, nicht mehr gilt. Schon bei der Bundestagswahl liefen frustrierte Wähler in Scharen zur AfD über. Die Aussichten zur Landtagswahl sind kaum besser.

Und dies liegt in den Augen vieler vor allem an Seehofer. Der bayerische Löwe sei zu oft als Bettvorleger gelandet, heißt es an den Stammtischen in Deutschlands Süden. Viele sehen in Seehofer den Hauptschuldigen für das permanente Einknicken vor Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Zuwanderungsfrage und das Desaster bei der Bundestagswahl.

Die Folge ist, dass die Mehrheit der Bayern Seehofer für seine weitere politische Karriere nicht mehr den Rücken stärkt. Statt den CSU-Chef als Bundesminister in Berlin zu sehen, wünschen sie sich einer Umfrage zufolge, dass der 68-Jährige in den Ruhestand geht. 62,6 Prozent der Befragten haben geäußert, er solle seine politische Karriere beenden. 7,6 Prozent meinten, er solle sich mit dem CDU-Vorsitz begnügen. Nur 24,3 Prozent wollten ihn als Minister in einer Großen Koalition sehen.

Nicht einmal die CSU-Wähler möchten ihn als Minister

Nichtsdestotrotz soll Seehofer – sofern es zur Großen Koalition zwischen Union und SPD kommt – das Ministerium für Inneres und Heimat erlangen. Damit auch seine Gegner und Kritiker ein Interesse daran haben, dass er in Berlin Minister wird, hat Seehofer für den Fall angekündigt, den von ihm ungeliebten bayerischen Finanzminister Markus Söder als seinen Nachfolger vorzuschlagen.

Ursprünglich hatte der 68-Jährige vorgehabt, abermals als Ministerpräsident zu kandidieren. Mit seinem Wechsel nach Berlin und der eingeleiteten Nachfolgeregelung will er nun wenigstens sein Gesicht wahren, nicht ins politisch Bodenlose fallen und an einer entscheidenden Stelle immer noch die eine oder andere Strippe ziehen. Doch genau das fürchten viele Parteifreunde im Süden.

Mit 46,8 Prozent möchte nicht einmal unter den CSU-Wählern eine Mehrheit Seehofer als Minister in Berlin sehen. Selbst unter den CSU-Wählern meint mehr als ein Drittel, nämlich 37,6 Prozent, Seehofer sollte seine politische Karriere beenden.

Als eine „Entsorgungsentscheidung“ interpretiert der Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann Seehofers Wechsel nach Berlin. Der 68-Jährige sei ja bereits am Ende seiner Karriere angekommen und werde auf seine „alten Tage“ noch mit einem weiteren Ausflug in die bundesweite Politik entlohnt. Im Wahljahr wolle die Partei ein Zeichen der Geschlossenheit setzen und habe daher darauf verzichtet, Seehofer komplett kaltzustellen.

Peter Entinger

Zeitzeugen


Bild: Arne Weychardt

Aart de Geus – Der ehemalige niederländische Sozialminister arbeitete nach seiner Amtsaufgabe im Jahr 2007 zunächst für die OECD und engagierte sich ehrenamtlich in der Asylsucherhilfe. Seit 2012 ist der liberale Christdemokrat Vorstandsvorsitzender der einflussreichen Bertelsmann-Stiftung, die über die von ihr veröffentlichten Studien immer wieder als Stichwortgeber für Politik und Medien wirkt.

Stephan Shakespeare – Der unter dem Nachnamen Kukowski als Sohn eines deutschen Vaters und einer britischen Mutter in Mönchengladbach geborene Unternehmer gründete 2000 das Marktforschungsunternehmen Yougov, das eines der größten Institute in Europa ist. Während seiner Studienjahre begeisterte er sich noch für den Sozialismus. Später wurde er Mitglied der Konservativen Partei.


Bild: Imgo

Manfred Güllner – Der 1941 geborene Soziologe und Betriebswirt gründete 1984 das Meinungsforschungsinstitut Forsa. Obwohl er selbst seit 1964 Sozialdemokrat ist, teilte der streitfreudige Unternehmer immer wieder gerne gegen sie aus. So bezeichnete er Björn Engholm einst als „begnadeten Nichtsnutz“ und seinen ehemaligen Parteivorsitzenden Franz Müntefering soll er gar einen „stalinistischen Apparatschik“ geheißen haben.

Matthias Jung – Der studierte Militärsoziologe ist Chef der Forschungsgruppe Wahlen. Unter Journalisten gilt er als der Demoskop der Kanzlerin und Erfinder des Konzepts der „asymmetrischen Demobilisierung“. Mit dieser Strategie hatte Merkel in der Vergangenheit immer wieder erfolgreich die Themen ihrer Konkurrenten gekapert und damit deren Anhänger ruhiggestellt, wie beispielsweise beim Klimaschutz oder beim Atomausstieg.


Bild: Imago

Renate Köcher – Die studierte Volkswirtin wurde 1988 von der bekannten Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann in die Geschäftsführung des von ihr gegründeten Allensbach-Instituts berufen. Seit dem Tod von Noelle-Neumann leitet sie das Unternehmen allein. Sie gilt als gut vernetzt und ist in zahlreichen Aufsichtsgremien großer Firmen und Stiftungen aktiv.

Forscher oder Macher?

Viele »Meinungsforschungsinstitute« scheinen primär Meinung machen zu wollen

In nicht wenigen Fällen lässt sich konstatieren, dass mit Umfragen nicht eine vorhandene Stimmung in der Bevölkerung abgebildet, sondern dass die vorhergesagte Stimmung so überhaupt erst gemacht werden soll.

Ob statistische Gutachten, repräsentative Meinungsstudien oder schlicht die gute alte Sonntagsfrage, ständig wird uns in den Medien darüber berichtet, wie die Mehrheit unserer Mitmenschen zu einem bestimmten Thema denkt. Auch Politiker stützen sich gerne auf solche Erhebungen. Je nachdem, welche Agenda man gerade verfolgt, sollen Umfrageergebnisse den eigenen Standpunkt untermauern oder doch zumindest den des politischen Gegners schwächen. Zum Teil beruft man sich dabei gar auf verschiedene Studien zum selben Thema, die oft zu ganz unterschiedlichen Resultaten kommen.

Einmal gelangt ein demoskopisches Institut zu dem Ergebnis, dass eine Mehrheit der Deutschen das Begehren äußert, Angela Merkel möge ihren Stuhl im Kanzleramt endlich räumen. Nur wenige Tage später ist dann zu lesen, dass die Physikerin aus der Uckermark nach wie vor die beliebteste Politikerin der Republik sei und die allermeisten Bürger sich nichts sehnlicher wünschen, als sie für weitere vier Jahre in Amt und Würden zu sehen. In der Zwischenzeit haben sich freilich keinerlei Ereignisse zugetragen, die einen solchen Meinungsumschwung irgendwie erklärlich machen würden.

Ähnlich erging es auch der politischen Konkurrenz der Kanzlerin. Nachdem Martin Schulz im März 2017 von seiner Partei zum neuen Vorsitzenden und Spitzenkandidaten nominiert worden war, schnellte die SPD in den Wahlumfragen von einem Hoch zum nächsten. Sowohl bei der Bundestagswahl, als auch bei den ihr vorausgehenden Landtagswahlen verloren die Sozialdemokraten indes jedes Mal und zum Teil dramatisch an Wählerstimmen.

Viele Einrichtungen sind verbandelt mit dem Establishment

Doch auch ansonsten liegen Prognosen häufig deutlich neben den dann tatsächlich erzielten Wahlergebnissen. Insbesondere rechten Parteien werden in Umfragen gerne unrealistisch niedrige Stimmenanteile vorhergesagt. Dies hatte in der Vergangenheit durchaus Konsequenzen. Für viele Wähler ist nach wie vor der Erfolgswert ihres Votums entscheidend, das heißt, ob die zu wählende Partei schließlich auch in das Parlament einziehen kann. Dadurch, dass die voraussichtlichen Ergebnisse unter die relevante Fünf-Prozent-Hürde prognostiziert werden, entscheiden sich viele Anhänger einer solchen Partei schließlich lieber dafür, das vermeintlich „kleinere Übel“ mit den größeren Chancen zu wählen.

Bei Sachfragen wird häufig ebenso verfahren. Bevor im November 2015 die Bürger Hamburgs dazu aufgerufen waren, über die Bewerbung ihrer Stadt für die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2024 abzustimmen, wiesen sämtliche Befragungen einen deutlichen Vorsprung der Befürworter für dieses Prestigeobjekt aus. Bei dem eigentlichen Referendum scheiterte der Traum der Stadtoberen aber dann kläglich.

Besonders deutlich lag die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) mit ihren Prognosen daneben. Nach den Vorhersagen des eingetragenen Vereins hätten die Ja-Sager eigentlich mit satten acht Prozent vor den Kritikern einer Olympia-Bewerbung liegen müssen. Der FGW wird seit Langem eine Nähe zur CDU nachgesagt, die sich ebenfalls vehement für die Spiele in der Hansestadt einsetzte. Eine Affinität zur Partei der Kanzlerin könnte man eventuell auch in den von der FGW für das ZDF erstellten Wahlumfragen entdecken. Hier schneiden die Christdemokraten regelmäßig etwas besser ab als in denen anderer Institute.

Diese wiederum sind meist ebenfalls mit dem Establishment in der einen oder anderen Weise verbandelt. So ist etwa der Gründer des Forsa-Instituts, Michael Güllner, Mitglied der SPD. Ähnlich verhält es sich bei Infratest dimap. Dieses Unternehmen ist vor allem für seine Tätigkeit für die zwangsfinanzierte ARD bekannt. Einer seiner Geschäftsführer wird auf der Referentenliste der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung geführt. Dominiert wird Infratest dimap von dem britischen Konzern des Multimillionärs Martin Sorell, der vor allem wegen seiner Gegnerschaft zum Brexit sowie für seine Unterstützung des ehemaligen zimbabwischen Diktators Robert Mugabe von sich reden machte. *Dirk Pelster*


Im ZDF-Wahlstudio zur Bundestagswahl 2013: Mitarbeiter der angeblich CDU-nahen Forschungsgruppe Wahlen Moritz Kosinsky / Wikipedia

Das Problem der sozialen Erwünschtheit

Seit jeher gilt das Problem der sozialen Erwünschtheit eines bestimmten Antwortverhaltens in Umfragen als eines der kniffeligsten Probleme unter Meinungsforschern. Wer beispielsweise eine Studie über die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Gesellschaft durchführen möchte, wird bei einer telefonisch durchgeführten Erhebung auf die direkte Frage, ob sein Gegenüber Juden hasst, wohl nur von ganz wenigen hartgesottenen Zeitgenossen eine bejahende Antwort erhalten. Dies erklärt sich dadurch, dass viele Befragte Angst vor sozialer Ablehnung und möglichen Nachteilen haben, wenn sie eine derartige Frage nicht sofort und kategorisch verneinen. Aus diesem Grund wird ein abstraktes Konstrukt, wie etwa Rassismus, von Sozialwissenschaftlern zunächst in mehrere Merkmale aufgeschlüsselt, denen dann wiederum einzelne Fragen zugeordnet werden. Diese bettet man zumeist in eine ganze Batterie unbedeutender Fragen ein und formuliert sie außerdem so, dass der eigentliche Gegenstand der Studie für einen Laien kaum noch erkennbar ist. Mit dieser Methodik soll bezweckt werden, dass die Probanden möglichst ehrlich und ohne Angst vor Ausgrenzung antworten.

Manipulation durch Interpretation

Grundsätzlich ist ein solches Vorgehen zur Klärung sozial tabuisierter Forschungsfragen oft unumgänglich, dennoch bietet es zugleich ein riesiges Einfallstor für zahlreiche Manipulationen, die sich dann drastisch auf das schließlich zu findende Ergebnis auswirken. Wer beispielsweise in einer Befragung, die im Rahmen eines Forschungsprojektes der Universität Bielefeld durchgeführt wurde, nicht die „besonderen kulturellen Leistungen“ des Islam positiv zu würdigen wusste, der konnte danach leicht schon als „islamophob“ oder als Menschenfeind eingestuft werden. Wer sich andererseits wütend über den Umgang der Israelis mit den Palästinensern zeigt, der kann nach einem von der Bundesregierung beauftragten Expertengremium wiederum leicht dem Verdacht des Antisemitismus anheimfallen. *D.P.*

Getrickse mit Gutachten

Fatal wird es, wenn große Teile einer Gesellschaft getäuscht werden

Dem einstigen Erbprinzen Ernst August von Hannover wird ein gern zitiertes Bonmot zugeschrieben, wonach man Professoren, Huren und Tänzerinnen überall für Geld haben könne. Auch wenn diese Einschätzung sicherlich einer gewissen Polemik nicht entbehrt, so gilt es doch als Binsenweisheit, dass man sich allgemein gern des Renommees von Wissenschaftlern bedient und der ein oder andere Akademiker die ihm zuteilwerdende wohlwollende Aufmerksamkeit ebenso gern durch ein gefälliges Gutachten honoriert.

Besonders fatal wird es immer dann, wenn damit gleich große Teile einer Gesellschaft hinters Licht geführt werden sollen. Für den durchschnittlichen Fernsehzuschauer oder Zeitungsleser sind dann zumeist auch alle begründeten Zweifel an einer Aussage zerstreut, wenn man ihm im selben Satz mitteilt, dass es sich hierbei um das Ergebnis eines wissenschaftlichen Gutachtens handele. Nur wenige Menschen haben die Zeit oder das notwendige Fachwissen, sich in die Details einer solchen Studie einzulesen. Nur Experten können ersehen, ob dem Forschungsdesign ein brauchbares statistisches Modell zugrunde liegt, ob Themen nachvollziehbar gebildet oder eine Faktorenanalyse korrekt durchgeführt wurde. Selbst in Deutschland erstellte Studien werden heute zudem oft ausschließlich in englischer Sprache verfasst. Für Journalisten und Politiker stellt man dann nur noch eine Kurzzusammenfassung der angeblich gefundenen Erkenntnisse zur Verfügung.

Treffendes Bonmot Ernst Augusts von Hannover

So wird etwa der regelmäßig erscheinende und mehrere Tausend Seiten umfassende Bericht des Welklimarates (IPCC) zur angeblichen Klimaerwärmung zu einem Synthesereport auf knapp über 160 Seiten eingedampft. Auch wenn der eigentliche Bericht selbst einen menschengemachten Klimawandel durch Kohlenstoffdioxide zwar durchaus nahelegt, wird dies so apodiktisch erst im Synthesereport behauptet. Einzelne Passagen, etwa zu einem möglichen klimabedingten Artensterben, entsprachen nicht den eigentlichen Aussagen der Studie, sondern waren wesentlich alarmistischer. *D.P.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Warten auf Subventionen

Filmwirtschaft leidet unter Verschiebung der Verabschiedung des Bundeshaushalts



Fordert mehr Steuergelder für seine Branche und einen Wegfall der Kappungsgrenze, sprich der Deckelung der staatlichen Förderung pro Film: Carl Woebcken , Filmproduzent, Vorstandsvorsitzender der Studio Babelsberg AG sowie Geschäftsführer der Studio Babelsberg Motion Pictures GmbH sowie der Babelsberg Film GmbH

Bild: pa

Der Versuch, eine neue Bundesregierung zu bilden, dauert dieses Mal außergewöhnlich lange. Solange die Bundesregierung nur geschäftsführend im Amt ist, liegt die Verabschiedung des Haushalts für 2018 auf Eis. Die Folgen bekommt nun die Filmwirtschaft zu spüren.

Auf einer Pressekonferenz hat Carl „Charlie“ Woebcken, der Chef und Mitinhaber des Babelsberger Filmstudios, beklagt, man sei bei einigen Projekten in eine Schieflage geraten, „weil die Fördersicherheit nicht da ist, die größere Projekte brauchen“. Offenbar hat die bisher nicht erfolgte Genehmigung des Bundeshaushalts für dieses Jahr dazu geführt, dass Filmfördermittel nur teilweise oder gar nicht ausgezahlt wurden. Laut Woebcken hat Babelsberg inzwischen eine erste internationale Serie verloren. Die nächste Staffel der US-Agentenserie „Berlin Station“ wird offenbar nicht mehr wie bisher in der Region Berlin-Brandenburg gedreht, sondern in Ungarn. Mittlerweile wird bereits befürchtet, dass auch die Produktion der US-Serie „Counterpart“ an ausländische Studios verloren gehen könnte. Sollte diese Entwicklung anhalten, dann wäre dies für die hiesige Filmbranche ein Rückschlag.

Für die Filmstudios haben sich gerade Serienproduktionen in den letzten Jahren zu einem wichtigen zusätzlichen Standbein entwickelt. Nach Angaben der Babelsberger Studios betrug die Auslastung der Studioflächen im vergangenen Jahr nur rund 25 Prozent. Hochwertige Serienproduktionen für das Fernsehen sind vor diesem Hintergrund ein Weg, über die großen Kinoproduktionen hinaus den Auslastungsgrad der Studios zu steigern. Zudem sorgt die Produktion von Serien wie „Babylon Berlin“ dafür, die oftmals freiberuflich tätigen Filmspezialisten durchgehend mit Arbeit zu versorgen, auch wenn kein großes Filmprojekt ansteht.

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Große Koalition einen Fördertopf eingerichtet, der unter anderem Serienproduktionen unterstützen soll. Die aktuelle Hängepartie bei der Filmförderung durch das Andauern der Regierungsbildung trifft die Branche in einer ohnehin schwierigen Lage. Länder wie Ungarn und die Tschechei haben attraktive Fördermodelle entwickelt und ziehen damit immer öfter Produktionen von deutschen Studios ab. Angesichts dieser Entwicklung warnen Filmschaffende bereits davor, Deutschland könnte in der Filmbranche den Anschluss verlieren. Woebcken erhob in diesem Zusammenhang die Forderung, Deutschland müsse im internationalen Standortwettbewerb mit attraktiven Förderbedingungen „auf Augenhöhe“ mit der Konkurrenz in London, Budapest oder Prag kommen. Als mögliche Stellschrauben nannte Woebcken den Wegfall der bestehenden Kappungsgrenze. Bislang wird in Deutschland pro Filmproduktion nur ein bestimmter Maximalbetrag gezahlt, zudem ist auch der jährlich zur Verfügung gestellte Gesamtbetrag für die Filmförderung gedeckelt.

Laut Brandenburgs Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) ist die bisherige Förderung für die Steuerzahler keineswegs ein Minusgeschäft. Die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, ein staatliches Unternehmen für Filmförderung und Standortentwicklung der Länder Berlin und Brandenburg, hat im vergangenen Jahr Filme und Serien mit rund 26 Millionen Euro gefördert, in der Region soll dies Ausgaben von insgesamt 150 Millionen Euro bewirkt haben. Die Medienboard-Chefin Kirsten Niehuus wies zudem darauf hin, welche Bedeutung Filme für den Tourismus haben. Regionen, in denen Filme entstünden, hätten international „ein sehr gutes Image“, so Niehuus, die ein Konzept zur touristischen Vermarktung brandenburgischer Drehorte ankündigte.

> Babelsberger Studios setzen nicht nur auf mehr Steuergelder

Die Babelsberger Studios setzen im internationalen Konkurrenzkampf allerdings nicht nur auf mehr Geld vom deutschen Steuerzahler. So soll schon in diesem Jahr in der Medienstadt Babelsberg mit dem Aufbau eines sogenannten volumetrischen Studios begonnen werden. Dutzende Kameras und Spezialtechnik werden in diesem Studio Filmaufnahmen von allen Seiten möglich machen. Die Technik der 3-D-Aufnahmen öffnet eine Reihe neuer Geschäftsfelder. Mit dreidimensionalen Aufnahmen von Schauspielern in Bewegung lässt sich zum Beispiel eine „Bibliothek von digitalen Komparsen“ aufbauen. Die Aufnahmen der Komparsen könnten dann später digital in Filme eingefügt werden. Bei der Filmproduktion ließen sich damit Kosten sparen; Babelsberg könnte gegenüber osteuropäischen Filmstudios wieder Boden gut machen. Mit dem volumetrischen Studio bereitet sich Babelsberg zudem auch auf eine andere wichtige Entwicklung in der Filmbranche vor. Dreidimensionale Filmaufnahmen werden es den Zuschauern künftig ermöglichen, selber zu entscheiden, aus welcher Perspektive sie der Filmhandlung folgen wollen. Angedacht ist offenbar auch, das neue Studio nicht nur für klassische Filmproduktionen zu nutzen, sondern auch der Industrie und der Forschung zur Verfügung zu stellen. In Europa gibt es ein solches Studio für Drei-D- Filmproduktionen bislang nur in London.

Norman Hanert

Olympische Spiele nach Berlin

Von Theo Maass

Altbundeskanzler Gerhard Schröder hat vorgeschlagen, Berlin solle sich um die Ausrichtung olympischer Sommerspiele bewerben. Der letzte von der SPD gestellte Bundeskanzler äußerte sich am Rande der Winterspiele im südkoreanischen Pyeongchang entsprechend: „Ich fände es gut, wenn wir uns noch einmal bewerben würden. Der einzige Ort, der eine Chance hätte, wäre Berlin!“ Widerstand müsse notfalls ignoriert werden, meinte der Altbundeskanzler: „Manche Dinge müssen einfach durchgesetzt werden und fertig.“

Bisher hat das Internationale Olympische Komitee (IOC) die Ausrichtung der Sommerspiele dreimal nach Deutschland vergeben. Die für 1916 vorgesehene Austragung in Berlin fand infolge des Ersten Weltkrieges nicht statt. Von den Spielen 1936 in Berlin und 1972 in München profitieren beide Städte bis heute. Abgesehen von einem großzügigen Ausbau der Sportstätten – nicht nur das jeweilige Olympiastadion – wurde in beiden Städten die Infrastruktur erheblich erweitert. So erhielt Berlin für sein S-Bahn-Netz die sogenannte Nord-Süd-Bahn aus Anlass der dortigen Spiele. Und München bekam 1971 nach Berlin (1902), Hamburg (1912) und Frankfurt (1968), aber noch vor Nürnberg (1972) seine bereits 1905 projektierte U-Bahn. Sie umfasst inzwischen 103,1 Kilometer.

Die grundsätzliche Kritik an der Ausrichtung olympischer Spiele kommt eher aus der linken Ecke Berlins. So drohte die Anti-Olympia-Initiative in den 90er Jahren unter maßgeblicher Beteiligung der damaligen Grünen-Abgeordneten im Berliner Parlament Judith Demba den IOC-Mitgliedern bei einem Berlinbesuch mit Gewalttätigkeiten. Ein entsprechender Film wurde damals publiziert. Politisch motivierte Gewalt von links ist seit dem G 20-Gipfel in Hamburg auch im Wahrnehmungsfeld der SPD angekommen.

Aus der Berliner Politik kommen positive Signale. Auf Twitter erklärte der Chef der Berliner Senatskanzlei, Björn Böhning (SPD), seine Zustimmung. Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Frank Steffel, der Präsident des Sportvereins Füchse Berlin Reinickendorf ist, äußerte sich zustimmend. Frank-Christian Hansel, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Abgeordnetenhausfraktion, fände die Bewerbung „prima“.

London hat bereits drei Mal Sommerspiele ausgerichtet, Paris zwei Mal (2024 kommt ein drittes Mal hinzu). Berlin war bisher nur einmal olympisch. Hier besteht Nachholbedarf. Gerade die unzureichende Nahverkehrs-Infrastruktur im Osten der deutschen Hauptstadt könnte einige neue U-Bahn Kilometer gut vertragen. Wenn die beiden Volksparteien diesen Aspekt von Anfang an positiv darstellen, haben die Kritiker aus dem grünen und linken Lager keine Chance.

Ein Geschenk mit entzündlicher Lunte

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz erhält den Nachlass der Regisseurin Leni Riefenstahl – Aufarbeitung könnte problematisch werden

Künstlerische Nachlässe werden von Museen und Institutionen gerne mit Kusshand übernommen, sofern man sich daran nicht die Finger verbrennt. Diese Gefahr besteht aber an der großzügigen Schenkung, welche jetzt an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) übergegangen ist: Es handelt sich um den kompletten Nachlass von Leni Riefenstahl. Die 2003 im Alter von 101 Jahren verstorbene Regisseurin gilt als eine der bedeutendsten, aber auch umstrittensten Künstlerinnen der deutschen Film- und Fotogeschichte.

Als Tänzerin, Schauspielerin, Filmemacherin (Produzentin, Regisseurin, Drehbuchautorin und Schnittmeisterin) sowie Fotografin feierte sie vor allem in der NS-Zeit große Erfolge. Für ihre Filme und Fotografien wurde sie zu Lebzeiten als kreative und innovative Bilderfinderin bewundert und geschätzt, in der Nachkriegszeit aber scharf dafür kritisiert, dass sie mit Filmen wie „Triumph des Willens“ oder ihrer bildlichen Glorifizierung der Olympischen Spiele von 1939 ihr künstlerisches Können in den Dienst nationalsozialistischer Propaganda stellte. Nach 1945 wurde sie stark dafür kritisiert, dass sie für den im Krieg entstandenen Opernfilm „Tiefland“ mehr als 100 Roma und Sinti aus KZ-Lagern als Komparsen rekrutierte.

Nach dem Tod von Riefenstahls Ehemann Horst Kettner im Dezember 2016 wurde die ehemalige Sekretärin Gisela Jahn Alleinerbin. Sie entschied, den bis in die 1920er Jahre zurückreichenden Nachlass, der 700 Umzugskisten mit Fotografie- und Filmbeständen, Manuskripten, Briefen, Tageskalendern, Akten und Dokumenten sowie Presseausschnitten und Büchern enthält, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu schenken. Mit der Übernahme aus dem Haus Riefenstahl in Pöcking am Starnberger See und dem Abschluss des Schenkungsvertrages erfolgt in den nächsten Monaten eine intensive Phase der Sichtung. Für die Erfassung und Erschließung des Nachlasses soll, finanziert durch noch einzuwerbende Drittmittel, ein interdisziplinäres Forschungs- und Archivteam zusammengestellt werden. Im Bereich Film wird eine Kooperation mit der Stiftung Deutsche Kinemathek angestrebt.



Bild: bpk/Stiftung Preussischer Kulturbesitz

Tonnen von Archivmaterial: Leni Riefenstahls dokumentarischer Nachlass in ihrem Haus in Pöcking am Starnberger See

„Die SPK hat mit dem Nachlass von Leni Riefenstahl nicht nur ein bahnbrechendes ästhetisches Werk übernommen, sondern auch eine besondere Verantwortung für die kritische Auseinandersetzung mit dieser streitbaren Person der Zeitgeschichte“, sagt Stiftungspräsident Hermann Parzinger, „gerade auch die Rolle von Leni Riefenstahl im Nationalsozialismus wird bei der Aufarbeitung des Nachlasses von zentraler Bedeutung sein.“

Es war der Wunsch der Riefenstahl-Erbin Jahn, die Sammlung in Berlin, Riefenstahls Geburtsstadt, aufbewahrt und nicht in der Hand von Devotionalienjägern zu wissen. Die SPK ist mit ihren Museen, Bibliotheken, Archiven und Forschungsinstituten zwar geradezu prädestiniert für die Bewahrung dieses Nachlasses, muss sich aber jetzt der Herausforderung stellen, dieses kunsthistorisch heikle Material entsprechend kritisch aufzubereiten, sodass es weder die Gefühle von NS-Opfern verletzt noch zu Heldenverehrung von falscher Seite verführt.

Der fotografische Bestand soll, betreut von der Sammlung Fotografie der Kunstbibliothek, im Museum für Fotografie am Bahnhof Zoo untergebracht werden. Hier wird seit 2004 auch das Werk des Berliner Fotografen Helmut Newton gezeigt, mit dem Riefenstahl in ihren späten Lebensjahren eng befreundet war. In der Dauerausstellung „Private Property“ ist dies mit Briefen und Büchern von Riefenstahl dokumentiert – die Briefe Newtons finden sich umgekehrt in ihrem Archiv.

Der Schriften-Bestand des Leni-Riefenstahl-Archivs mit Korrespondenzen, Tagebüchern und Manuskripten soll von der Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin betreut werden, in der heute über 1000 Nachlässe aus fünf Jahrhunderten von Persönlichkeiten aus allen Bereichen des geistigen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens aufbewahrt und erschlossen werden. Die Tonnen von Archivmaterial, die Riefenstahl hinterlassen hat, werden zukünftig ganze Generation beschäftigen und sicher noch zu streitbaren Auseinandersetzungen führen. *H. Tews*

MELDUNGEN

Rücktritt wegen Lüge über Putin

Amsterdam – Der niederländische Außenminister Halbe Zijlstra ist zurückgetreten, weil ihm nachgewiesen wurde, über ein Treffen im Jahr 2006 mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gelogen zu haben. Er hatte an dem Treffen gar nicht teilgenommen. Zijlstra hatte behauptet, von Putins Plänen über ein Großrussland unter Einbeziehung Weißrusslands, der Ukraine und der baltischen Staaten gehört zu haben. Dabei stützte sich der Politiker auf eine Aussage des ehemaligen Shell-Chefs Jeroen van der Veer, der richtigstellte, Zijlstra habe die Worte von Putin aggressiver ausgelegt, als er selbst sie gehört habe. Putins Bemerkung sei historisch gemeint gewesen. *MRK*

Regionalisten sammeln sich

Straßburg – Französische Regionalisten haben einen Regionalverband Elsass-Mosellothringen gegründet. Ziel ist es, die Entstehung einer gemeinsamen institutionellen Struktur zwischen den drei Départements Bas-Rhin, Haut-Rhin und Moselle in einem überparteilichen Rahmen zu fördern. Zusammen haben die drei Départements, die früher das deutsche Reichsland Elsass-Lothringen bildeten, eine Bevölkerung von 2,9 Millionen und machen damit 60 Prozent der Gesamtbevölkerung der neuen Region „Grand-Est“ aus. Joseph Rall, Kabinettschef des früheren Regionalratspräsidenten Adrien Zeller, wurde zum Vorsitzenden des neuen Gremiums gewählt. Vizepräsidenten sind Eric Diligent und Bernard Stoessel, die Gemeinderäte von Forbach und Mülhausen. Auch Denis Lieb, Generalrat des Kantons Saar-Union, und Philippe Mouraux aus Saargemünd, Jurist-Linguist am EU-Gerichtshof in Luxemburg und Vorsitzender der Partei der Mosellothringer, gehören zu den Gründungsmitgliedern. *B.B.*

Kardinal Zen gegen faule Kompromisse

Der streitbare Geistliche aus Hongkong kritisiert scharf die Vatikandiplomatie gegenüber Peking

Der emeritierte Erzbischof von Hongkong, Joseph Kardinal Zen Ze-kuin, hat erneut die Vatikandiplomatie gegenüber der Volksrepublik China scharf kritisiert. Zen warnt vor einem „Ausverkauf“ der katholischen Kirche in China an das kommunistische Regime. Der aus Argentinien stammende Kurienbischof Marcelo Sánchez Sorondo hat unterdessen die Politik des Regimes gelobt.

Kardinal Zen äußert sich seit Langem kritisch zur Chinapolitik des Vatikans. Der 1932 in Schanghai geborene Zen hat auf seinem Internetblog am 29. Januar in Chinesisch und Englisch vor einer Fehleinschätzung des kommunistischen Regimes gewarnt. „Denke ich, dass der Vatikan den Ausverkauf der katholischen Kirche in China betreibt? Ja, definitiv, wenn er weiter in diese Richtung geht, die durch das, was sie in den letzten Jahren tun, deutlich wird“, schrieb der streitbare und geradlinige Geistliche.

Zwischen Peking und dem Vatikan bestehen keine offiziellen diplomatischen Beziehungen. Solche unterhält der Vatikan noch mit Taiwan. Für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking würde der Vatikan Taiwan fallenlassen – das ist eine Grundbedingung des kommunistischen Regimes. Der Hauptstreitpunkt ist heute und seit Langem, wer Bischöfe ernennen darf.

Zen berichtete in seinem Blog auch über seine Romreise, die er am 9. Januar unternahm, um Papst Franziskus persönlich einen Brief des chinesischen Untergrundbischofs Peter Zhuang Jianjian zu übergeben. Der unter chinesischen Katholiken hoch angesehene 88-jährige Bischof Zhuang aus der Provinz Guangdong wurde von einer Vatikandelegation im Dezember in China aufgefordert zurückzutreten – und dies um Platz zu machen für den ohne Zustimmung Roms zum Bischof geweihten Huang Bingzhang, der deshalb exkommuniziert worden war.

Huang ist Mitglied der „Chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung“. Nur diese ist vom Regime offiziell anerkannt und steht unter dessen Kontrolle, ebenso wie die Chinesische Bischofskonferenz. Auch der 59-jährige Untergrundbischof Joseph Guo Xijin von der Diözese Mindong wurde von der Vatikandelegation zum Rücktritt aufgefordert, ebenfalls zugunsten eines bisher illegitimen Bischofs der offiziellen Staatskirche, Zhan Silu.



Mit dem katholischen Publizisten Martin Lohmann (l.) bei „Kirche in Not“: Kardinal Josef Zen

Wie der Vatikankorrespondent der in New York erscheinenden Jesuitenzeitschrift „America“ berichtet, sei geplant, dass der Papst für eine Übereinkunft mit Peking die Exkommunikation von Zhan und Huang sowie fünf weiteren bisher illegitimen Bischöfen aufhebt und sie als legitim anerkennt. Kardinal Zen betrachte das Vorgehen des Vatikans als Verrat an der Untergrundkirche. Viele ihrer Angehörigen hatten jahrzehntelang viel Leid für ihre Papsttreue ertragen müssen. Zen habe auch erklärt: „Keine Übereinkunft mit Peking ist besser als eine schlechte.“

In seinem Blog schrieb Zen, sein Pessimismus gründe in seiner langen Erfahrung mit der Situation der Kirche in China. Er verwies auch auf die verschärfte Religionsgesetzgebung. Am 1. Februar 2018 traten revidierte „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ in Kraft. Darin heißt es in Paragraf 7: „Die Gründung, Veränderung oder Aufhebung einer religiösen Organisation muss gemäß den entsprechenden staatlichen Bestimmungen für die Verwaltung gesellschaftlicher Organisationen registriert werden.“ Und in Paragraf 4: „Der Staat schützt gemäß dem Gesetz normale religiöse Aktivitäten, er leitet die Religionen aktiv dazu an, sich an die sozialistische Gesellschaft anzupassen.“ Außerdem: „Religiöse Organisationen, religiöse Ausbildungsstätten, Stätten für religiöse Aktivitäten und religiös gläubige Bürger müssen die Verfassung, die Gesetze, Rechtsnormen und Regeln einhalten, die sozialistischen Kernwerte praktizieren … und die Stabilität der Gesellschaft wahren.“

Die Chinesische Bischofskonferenz ist bislang aufgrund der Zusammensetzung ihrer Mitglieder und ihrer Satzung nicht von Rom anerkannt. Sie ist satzungsgemäß verknüpft mit der „Patriotischen Vereinigung“. In der revidierten Satzung der Chinesischen Bischofskonferenz von 2016 heißt es, sie habe „an der Richtung auf Sinisierung festzuhalten und sich an die sozialistische Gesellschaft anzupassen“. Die Bischofskonferenz dient laut Satzung unter anderem dem Zweck, „dazu anzuleiten, die Verfassung, die Gesetze, die Rechtsnormen und die Politik des Staates zu befolgen“. In Paragraf 4 heißt es: „Die Bischofskonferenz untersteht der geschäftlichen Anleitung sowie der Beaufsichtigung und Verwaltung durch die Staatliche Administration für religiöse Angelegenheiten.“

Kardinal Zen hat letztes Jahr gegenüber dem in Königstein ansässigen kirchlichen Hilfswerk „Kirche in Not“ zu den Verhandlungen zwischen Rom und Peking erklärt: „Die Staatsführung wird meines Erachtens kein anderes Ergebnis akzeptieren als die vollständige Unterwerfung der Kirche unter den Führungsanspruch der kommunistischen Partei.“

Das Regime setze die Christen der Untergrundkirche „mit sehr subtilen Methoden“ unter Druck. Bischöfe der Untergrundkirche seien zum Beispiel in der Karwoche zu politischen Schulungen zwangsverpflichtet worden. Für die Kommunisten drehe sich alles um Macht. Wer sich für Menschenrechte einsetze, werde unter der Herrschaft von Staats- und Parteichef Xi Jinping „unterdrückt, verfolgt, gedemütigt und in Propagandaprozessen verurteilt“.

Kurienbischof Marcelo Sánchez Sorondo, Kanzler der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften in Rom, der wie der Papst aus Argentinien stammt, hat unterdessen nach einigen Chinabesuchen das Regime bemerkenswert gelobt. In einem Interview erklärte er unter anderem, in China gälten beispielhaft die „Prinzipien des Schutzes von Leben und Umwelt“. Dort bestimme „die Wirtschaft nicht die Politik, wie es in den USA der Fall ist“. Und: „Es sind die Chinesen, die derzeit die Sozialdoktrin der Kirche am besten verwirklichen.“ *Michael Leh*

Saakaschwili gibt nicht auf

Ukraine weist georgischen Ex-Präsidenten aus – Proteste in Kiew

Am vergangenen Wochenende zogen etwa 2500 Demonstranten auf den Kiewer Majdan, um gegen die Verhaftung und die anschließende Ausweisung des ehemaligen Gouverneurs von Odessa und Präsidenten Georgiens Michail Saakaschwili zu protestieren. Von Holland aus, wo er jetzt leben will, hatte Saakaschwili zu landesweiten Protesten aufgerufen. Tatsächlich waren auch in den Gebietshauptstädten der West- und Zentralukraine Hunderte Unterstützer seinem Aufruf gefolgt.

Wächst auch die Unzufriedenheit mit der Regierung des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko mit jedem Tag, so wollen die meisten Ukrainer doch keine (neue) Revolution. Sie sorgen sich um ihr alltägliches Überleben in einem Land, in dem ihre Einkommen drastisch gesunken sind und die Korruption der Eliten nach wie vor besteht.

Inzwischen fragen sich viele, ob Poroschenko wirklich der Reformer ist, der er 2014 vorgab zu sein, oder ob es ihm nur um persönliche Bereicherung geht. Als bekannt wurde, dass er sich zum Jahreswechsel einen millionenteuren Urlaub gönnte, während sich seine Landsleute zu Hause mehr schlecht als recht durchschlagen müssen, war die Empörung groß. Beim Euromajdan hatten die Ukrainer auf einen Neuanfang in ihrem Land gehofft. Poroschenko galt als der erfolgversprechendste Kandidat für die Hinführung der Ukraine nach Westen. Er versprach Transparenz und Reformen sowie ein Ende von Korruption und Donbass-Konflikt. Seine Firmen wollte er aufgeben, wenn er erst Präsident der Ukraine würde.

Gehalten hat er so gut wie nichts von dem. Der Krieg in der Ostukraine geht weiter, die Reformen stocken, die Einkommen der Bürger sind drastisch gesunken, und Poroschenko hat seinen Schokoladenkonzern immer noch.

> Timoschenko spricht von »Erniedrigung der Ukraine«

Saakaschwili wirft Poroschenko vor, nur ans Geld zu denken. Während Poroschenko es mit der Korruptionsbekämpfung nicht so eilig hat, gilt Saakaschwili als Radikalreformer. Weil Poroschenko die Geldströme im Gebiet Odessa, in das er Saakaschwili als Gouverneur eingesetzt hatte, um die als besonders korrupt geltende Region zu reformieren, über Mittelsmänner kontrollieren wollte, kam es zum folgenschweren Zerwürfnis. Dass es Poroschenko ständig um seinen eigenen Vorteil gehe, anstatt strategische Entscheidungen zu treffen, behaupten auch oppositionelle Journalisten.

Weil Poroschenko die mithilfe des US-amerikanischen FBI neu gegründete Antikorruptionspolizei NABU behindert hat, zeigen sich auch die USA und die EU mittlerweile enttäuscht von ihm. Die politische Elite in der Ukraine, so ihr Urteil, lasse jeden Willen vermissen, die Korruption wirksam zu bekämpfen.

Für Poroschenko steht viel auf dem Spiel: Im nächsten Jahr finden in der Ukraine Präsidentschaftswahlen statt. Julija Timoschenko wird gegen ihn antreten. Sie bezeichnete die Abschiebung Saakaschwilis als „Erniedrigung der Ukraine“.

Saakaschwili kündigte von seinem Exil aus an, wieder in die Ukraine einreisen zu wollen. Die zugespitzte Lage sowie Poroschenkos Schwäche erinnern an die Situation vor dem Euromajdan, als der damalige Präsident Viktor Janukowitsch mit der Verhaftung Timoschenkos eine Märtyrerfigur schuf. Der neue Märtyrer Saakaschwili gibt seinen Versuch nicht auf, Poroschenko zu stürzen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Mandela 2.0

Hoffnungsfunken für Südafrika – Ramaphosa ist neuer Präsident

Bis zum Schluss hatte der südafrikanische Präsident Jacob Zuma, der fast zehn Jahre an der Macht war, gepokert. Noch einen Tag vor seinem Rücktritt hatte er in einem Interview nebulöse Drohungen von sich gegeben, aber keine Silbe über einen Rücktritt verloren. Erst die Drohung seiner Partei mit Amtsenthebung und die damit verbundene Blamage sorgten für eine späte Einsicht. Vorher war schon seit Jahren der Druck auf den alternden Präsidenten immer größer geworden.

Zumas Nachfolger Cyril Ramaphosa steht vor einer kolossalen Aufgabe. Einst gehörte der 65-Jährige als Gewerkschaftler zum engsten Kreis um Ex-Präsident Nelson Mandela. Er möchte jetzt den im Juli bevorstehenden 100. Geburtstag der verstorbenen ANC-Ikone nutzen, um inmitten der politischen Krise die Aufbruchsstimmung zu wecken.

Ramaphosa hatte sich nach dem Ende der Apartheid nicht in die Politik begeben, wie die meisten Mitstreiter Mandelas, sondern wurde als Unternehmer zum Multimillionär. Aber er verteidigte die Werte Mandelas, also jene Werte, die der korrupten Zuma-Administration verloren gegangen waren. Ramaphosa träumt von einer Gesellschaft ohne Rassismus, einem Südafrika, das Schwarzen und Weißen wieder gemeinsam gehört. Ramaphosa betont die Rechte der Weißen, gegen die Zuma zunehmend Stimmung gemacht hatte.

Mit dem Begriff „weißes Monopolkapital“ hatte das Zuma-Lager die Weißen zu Sündenböcken für alles gemacht, was in Südafrika schlecht läuft, von Arbeitslosigkeit bis Korruption. Ramaphosa scheut sich auch nicht, Afrikaans zu sprechen, das vielen Schwarzen als die Sprache der einstigen Unterdrücker gilt.

> Rassismus gegen weiße Bevölkerung soll ein Ende haben

Das Westkap, das als einzige Provinz Südafrikas von der Oppositionspartei Democratic Alliance (DA) beherrscht wird und von Zuma oft wegen des hohen Bevölkerungsanteils von Mischlingen wie eine weiße Enklave behandelt wurde, bezeichnete Ramaphosa als „Region des Widerstandes“ gegen die Rassentrennung, womit er ein Tabu brach. Der ANC braucht die Stimmen der Mischlinge, wenn er bei den Wahlen 2019 das Westkap von der aufstrebenden DA zurückgewinnen will.

Ramaphosa wird nicht mit den zahlreichen Regierungsskandalen in Verbindung gebracht. Bereits am Tag des Amtsverzichts von Zuma kam es in Johannesburg zu einer Razzia gegen die korrupte indisch-stämmige Gupta-Familie, die mit ihrem politischen Einfluss die Staatskassen im großen Stil geplündert hat.

Zuletzt wurde ein Gupta-Bruder verhaftet, auch gegen Duduzane Zuma liegt ein Haftbefehl vor. Der Sohn von Jacob Zuma ist in das Firmengeflecht und die Skandale der Familie eingebunden. Es geht um Geldwäsche und Veruntreuung von umgerechnet über 13 Millionen Euro Steuergeldern. Auch gegen Jacob Zuma könnten Ermittlungen aufgenommen werden.

Die gigantische Aufgabe von Ramaphosa geht jedoch weit über den Kampf gegen Korruption und die Wiederbelebung der Wirtschaft hinaus. Er muss aus dem ANC wieder eine Partei machen. Unter Zuma war der ANC zu einem Fanclub verkommen.

Vetternwirtschaft und Korruption hatten unter Ex-Präsident Zuma dermaßen überhandgenommen, dass sich Ramaphosa einiges einfallen lassen muss, um damit Schluss zu machen und seinem Vorbild Mandela gerecht zu werden. *Bodo Bost*

Gefährdeter Freihandel

Deutscher Export erreicht Rekordwert – Zollschranken könnten das bald wieder ändern

In der Handelspolitik wird der Ton zwischen Washington, Brüssel und Peking zunehmend aggressiver. Immer öfter ist sogar die Rede von einem weltweiten Handelskrieg.

Die Exporte deutscher Unternehmen haben mit einem Volumen von 1,279 Billionen Euro im Jahr 2017 einen neuen Rekordwert erreicht. Dass diese Erfolgsgeschichte jedoch anhält und die Ausfuhren in diesem Jahr noch weiter zulegen, ist allerdings keineswegs sicher.

Denn bei der Vorstellung seiner Modernisierungspläne für die amerikanische Infrastruktur kündigte US-Präsident Donald Trump unlängst eine Art von Vergeltungssteuer für ausländische Firmen an. Trump sprach bei dem Vorhaben von einer reziproken Steuer. Gelten soll die Abgabe offenbar für Unternehmen aus Ländern, die selbst höhere Einfuhrsteuern verlangen als die USA.

Sollten diese Steuerpläne tatsächlich umgesetzt werden, dann würden sich ausländische Produkte in den USA vermutlich schlagartig verteuern. Trump kündigte an, die Steuer solle Länder betreffen, die die Vereinigten Staaten ausnutzten. Darunter seien auch „sogenannte Verbündete, die aber keine Verbündete beim Handel“ seien, so Trump. Dieser erwähnte zwar explizit China, Japan und Südkorea, allerdings sind hierzulande Befürchtungen laut geworden, dass auch deutsche Exporte in die USA von der angekündigten „gegenseitigen Steuer“ betroffen sein könnten.

Im Schnitt liegen die Zölle, die in der EU bei der Einfuhr von Produkten aus den USA anfallen, bei drei Prozent. In den Vereinigten Staaten liegen die Einfuhrzölle dagegen bei durchschnittlich 2,4 Prozent. Speziell für die deutsche Wirtschaft steht mit den Plänen Trumps einiges auf dem Spiel. Bislang sind die USA für Deutschland der wichtigste Abnehmer von Exportgütern. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts belief sich der Handelsbilanzüberschuss der Bundesrepublik gegenüber den Vereinigten Staaten im Jahr 2017 auf 244,9 Milliarden Euro.

Entsprechend besorgt fielen die Reaktionen von Vertretern der deutschen Wirtschaft auf Trumps Pläne für eine Vergeltungssteuer aus. Dieter Kempf, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), äußerte etwa die Sorge, dass eine gefährliche Spirale in Gang gesetzt werde, sollten die USA Zollbarrieren hochfahren. Schon jetzt gibt es Zeichen, dass immer mehr Länder ihre Märkte mit Zollschranken vor Einfuhren abschotten wollen, um einheimische Produzenten zu schützen.

Chinas Regierung hat zum Beispiel vor Kurzem verfügt, dass Unternehmen für den Import von Styrol aus den USA eine „Kaution“ in Höhe von fünf bis 10,7 Prozent zahlen müssen. Bei der Verhängung eines Einfuhrzolls soll das hinterlegte Geld einbehalten werden. Pro Jahr verkaufen US-Hersteller nach China Styrol im Wert von vier Milliarden Dollar. Styrol wird als ein Grundstoff zur Herstellung von Kunststoffen wie Polystyrol benötigt.

Zwar kündigte das Handelsministerium in Peking an, dass auch Styrol-Importe aus Südkorea und Taiwan bald von Zöllen betroffen sein könnten. Beobachter werten den Schritt der chinesischen Führung aber vor allem als Gegenreaktion auf die Verhängung von Zöllen auf Waschmaschinen und Solarpaneele, die der US-Präsident vor einigen Wochen verhängt hat.

Ein Sprecher des Handelsministeriums in Peking deutete inzwischen auch Untersuchungen bei weiteren Importgütern an, wie etwa Hirse und Sojabohnen aus den USA. US-Produzenten verkaufen pro Jahr für rund 14 Milliarden Dollar Sojabohnen nach China. Die Bohnen sind sogar das wichtigste Exportgut der USA in Richtung China. Auch in Brüssel gibt es Signale, dass die EU-Kommission Trumps Zollpläne mit Gegenmaßnahmen beantworten wird. Der Sprecher der EU-Kommission, Margaritis Schinas, kündigte an: „Die EU ist dazu bereit, rasch und angemessen zu reagieren, falls unser Export von einschränkenden US-Handelsmaßnahmen betroffen sein wird.“

Unter Berufung auf die EU-Kommission und auf Informationen aus deutschen Regierungskreise berichtete die „Bild“-Zeitung bereits im letzten Jahr über ganz konkrete Vorbereitungen der EU auf einen Handelskrieg mit den USA. Demzufolge soll in Brüssel eine Liste mit Gegenmaßnahmen erstellt worden sein, mit denen die USA notfalls empfindlich getroffen werden sollen. Mit Straffzöllen belegt werden könnten landwirtschaftliche Produkte aus den USA wie etwa Orangensaft, Kartoffeln und Tomaten, aber auch Spirituosen.

Für die EU wären solche Gegenmaßnahmen keine völlige Neuheit. Bereits seit dem Jahr 2013 sind für chinesische Solarzellen-Anbieter bei Einfuhren in die EU Strafzölle in Kraft. Insgesamt hatte die EU im vergangenen Jahr sogar mehr als 50 Produkte oder Produktgruppen aus China mit höheren Zöllen belegt. Betroffen ist eine ganze Palette von Waren, die von chinesischen Fahrrädern über Mandarinen bis hin zu Bügelbrettern reicht. Aus Sicht der EU-Kommission handelt es sich dabei um Anti-Dumping-Zölle, die von den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) gedeckt sind. *Norman Hanert*



Könnten bald auf ihren Mandarinen sitzen bleiben, wenn EU-Strafzölle gegen dieses Produkt in Kraft bleiben: Erntehelfer einer Mandarinenplantage in der chinesischen Provinz Jiangxi

Bild: ddp images

MELDUNGEN

Blinis statt Burger

Moskau – Die beliebte russische Schnellrestaurant-Kette „Teremok“ will auch in Deutschland Fuß fassen. Statt Burger und Pommes wird traditionelle russische Küche wie Blinis (Pfannkuchen mit herzhaftem oder süßem Belag) und Pirogen sowie Pelmeni (gefüllte Teigtaschen) angeboten. Die Besonderheit: Alles wird frisch zubereitet wie zu Hause. In Russland gibt es 300 dieser Schnellrestaurants, die 130 Millionen Umsatz jährlich generieren. Zwei Filialen gibt es sogar in New York. Nun will Teremok in Deutschland gegen McDonalds, Burger King und Vapiano antreten. Wann das erste Teremok öffnet, ist bislang noch nicht bekannt. *MRK*

Unilever droht Google und Co.

London – Der Konsumgüterkonzern Unilever droht Plattformen wie Facebook und Google mit einem Entzug von Werbeaufträgen. Er kündigte an, nicht länger eine „digitale Lieferkette“ stützen zu wollen, „die in Bezug auf ihre Transparenz bisweilen kaum besser ist als ein Sumpf“. Damit spielt der Konzern, der mit einem Werbebudget von rund acht Milliarden Euro einer der weltweit größten Werbetreibenden ist, unter anderem auf Falschmeldungen im Netz an. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.972.563.994.059 €
Vorwoche: 1.972.610.112.268 €

Verschuldung pro Kopf:
23.823 €
Vorwoche: 23.824 €

(Dienstag, 20. Februar 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Trickreiches Geschäft

Syrische Fluglinie verdient mit der Beförderung von Immigranten

Zu den unbestreitbaren Gewinnern der Asylkrise zählt auch die syrische Fluglinie Cham Wings, die seit Juli 2006 besteht und derzeit vier Airbus A320-200 ihr Eigen nennt. Juristisch gesehen gehört das Unternehmen dem syrischen Geschäftsmann Issam Shammout, allerdings fungiert der jetzt in Dubai lebende Milliardär Rami Machluf als Mehrheitsgesellschafter. Letzterer hält vermutlich über 60 Prozent der Anteile an der Airline und ist ein Cousin des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad. Er gilt zudem als wichtiger Unterstützer beziehungsweise Finanzier von dessen Regime. Deshalb setzte ihn die Europäische Union schon am 10. Mai 2011 auf ihre Sanktionsliste.

Cham Wings flog zunächst von Damaskus nach Bagdad und Kuwait sowie zu weiteren Zielen im arabischen Raum. Dann jedoch begann sie im Sommer 2015 damit, für 60 bis 300 US-Dollar pro Person Bürgerkriegsflüchtlinge oder solche, die sich als solche ausgaben, von der syrischen Hauptstadt aus nach Beirut im Libanon zu transportieren. Dort wiederum starteten täglich 15 Maschinen anderer Gesellschaften in Richtung Türkei – mit rund 1000 Ausreisewilligen an Bord. So jedenfalls steht es in einem als „Verschlusssache“ deklarierten Bericht des Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrums illegale Migration (GASIM), dessen Inhalt Ende September 2015 an die Medien durchgestochen wurde.

Anschließend war längere Zeit nichts von Cham Wings zu hören. Seit Anfang dieses Jahres mehren sich nun jedoch Berichte, dass die Fluglinie erneut mit der Beförderung von „Schutzsuchenden“ Geld verdient. Diesmal verläuft der Strom freilich auch in die Gegenrichtung. Nachdem die 2015 nach Deutschland gekommen Syrer als „Flüchtlinge“ anerkannt wurden, können sie jetzt mit Hilfe von Cham Wings Urlaubsreisen in ihr Heimatland unternehmen: jeden Sonntag ab München. Außerdem nutzen offensichtlich gleichermaßen Personen den Service von Cham Wings, die sich an den Kämpfen in Syrien beteiligen wollen – nach Lage der Dinge wohl vor allem auf Seiten Assads.

Flugverbot in Europa durch Kooperation mit Iran umgangen

Dabei verfügt das Flugunternehmen, das seinen Ticketverkauf ausschließlich über das Internet abwickelt, über keine Sicherheitszertifizierung seitens der Europäischen Union und darf deshalb auch keine Flüge von und nach Europa durchführen. Dies umgeht es durch eine Kooperation mit der iranischen Privat-Fluglinie Mahan Air.

Letztere wurde 1991 vom Sohn des damaligen Staatspräsidenten Ali Akbar Haschemi Rafsandschani gegründet und hat die entsprechenden Berechtigungen. Also bringt sie die Cham-Wings-Kunden von München zunächst nach Teheran oder Beirut, von wo aus sie dann mit den vier syrischen Maschinen nach Damaskus geflogen werden.

Cham Wings, gegen die das Wirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten am 23. Dezember 2016 wegen der Unterstützung des Assad-Regimes sowie des Terrorismus bereits Sanktionen verhängte, wirbt explizit damit, sogar anerkannte Asylbewerber nach Syrien und zurück befördern zu können, ohne dass dies aus den Passeinträgen ersichtlich sei. Der Trick liegt hier in der Verwendung von syrischen Zweitpapieren auf dem letzten Teil der Reiseroute. *Wolfgang Kaufmann*

Die Leitmedien als antidemokratische Macht

Von Walter Schmitt-Glaeser

Die in Artikel 5 des Grundgesetzes verankerte Medienfreiheit ist ein für unsere Demokratie unverzichtbares Gut. Das gilt sowohl für die Freiheit der Berichterstattung über das öffentliche Geschehen als auch für Stellungnahmen zu diesem Geschehen durch die Journalisten selbst oder durch Gastkommentatoren. Dabei gewinnt die Aufgabe der Berichterstattung eine immer größere Bedeutung. Zum einen deswegen, weil die Überschaubarkeit der stetig wachsenden Informationen zunehmend schwieriger, die Individualisierung, Spezialisierung und Segmentierung auch von Wissen immer größer wird und weiter wächst; zum anderen, weil angesichts des Massenstaates und der zunehmenden Globalisierung persönlich Wahrnehmbares, unmittelbar Erkennbares also, immer mehr zurücktritt. Wir sind „Fernseher“, „Fernhörer“, „Fernwisser“ geworden (Max Frisch). Damit werden neben der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung vor allem die Medien zu den bedeutendsten „allgemein zugänglichen Quellen“, wobei ihnen – gleichsam naturgemäß – eine Auswahl- und Bearbeitungskompetenz der Informationen zugestanden werden muss. Die Grenzen dieser Auswahlkompetenz aber sind eng zu ziehen. Das gilt vor allem für Informationen, die das Volk als Souverän beziehungsweise die deutschen Staatsbürger brauchen, um sich ihre Meinung in öffentlichen Angelegenheiten bilden, am öffentlichen Willensbildungsprozess teilnehmen und nicht zuletzt „richtig“ wählen zu können. Die Freiheit des Bürgers *zur* Information wird hier zum Recht *auf* Information und in diesem Sinne zu einem Recht auf entsprechende Leistung durch die Medien.

Eine solche Leistung aber wird derzeit völlig unzureichend erbracht. Das gilt – um nur einen Bereich zu nennen – in besonderem Maße für die Immigrationspolitik, obwohl gerade dieser Bereich für den Bürger hoch interessant und von besonderer Bedeutung ist. Und dies nicht nur, weil hier sehr viel Geld ausgegeben wird, sondern auch, weil mit dieser Politik Deutschlands Sicherheit gefährdet sowie sein Selbstverständnis und seine Kultur nachhaltig verändert werden kann; zudem ist die äußerst schwierige Integration der Immigranten ohne eine entsprechende Bereitschaft der Menschen (ehrenamtliche Helfer) so gut wie ausgeschlossen. Und gerade in diesem Bereich werden wir dummen Bürger nicht informiert, sondern manipuliert. Das zeigt in einer geradezu tölpelhaft offenen Weise die einschlägige Handlungsrichtlinie der Medienpolitik nach Ziffer 12 Kodex des Deutschen Presserats (in der alten Fassung): Alles, was ein ungünstiges Licht auf Immigranten/Asylsucher werfen und Vorurteile gegen Minderheiten schüren könnte, sei zu verschweigen beziehungsweise dürfe nicht berichtet werden. Was das konkret bedeutete, wurde einer breiteren Öffentlichkeit besonders im Zusammenhang mit den Silvesterexzessen von Immigranten 2015/16 in Köln (und vielen anderen deutschen Städten) schmerzhaft bewusst. Etwa tausend Immigranten, unter anderem aus Nordafrika, kesselten Frauen ein, fielen über sie her, beraubten sie, nötigten sie sexuell auf abscheuliche Art und Weise, und manche wurden sogar vergewaltigt. Die Leitmedien, insbesondere auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk, hätten diesen Skandal am liebsten den Menschen ganz vorenthalten, mussten sich dann aber doch endlich nach (vier Tagen) zu einem Bericht entschließen. Immerhin hat dieser Skandal dann dazu geführt, dass Ziffer 12 Kodex des Deutschen Presserats korrigiert, genauer gesagt geschönt wurde. Das ändert aber nichts daran, dass über Verfehlungen von Immigranten nach wie vor so weit wie möglich nicht oder – wenn unvermeidlich – so spät wie möglich berichtet wird. So hat etwa die ARD über die Ermordung einer 15-Jährigen durch ihren Freund, einen Immigranten, zunächst mit der fadenscheinigen Begründung auf einen Bericht „verzichtet“, dass man die Polizeiarbeit nicht habe stören wollen. Aber es sind nicht nur Morde, die man möglichst verschweigt. Es wären auch andere Gegebenheiten und Ereignisse, über die ausführlich berichtet werden müsste, damit die Menschen sich ein Bild machen können. Was beispielsweise wird benötigt für Unterkunft, Nahrungsmittel, Wasser, Kleidung, medizinische Betreuung, Krankenbetten, Ausbildungsplätze, Schulen, und das nicht nur heute, sondern auf sehr viele Jahre? Hinzu kommen Tausende und Abertausende neue Stellen für Verwaltungsangestellte, Verwaltungsrichter, Sozialarbeiter, Lehrer und natürlich Polizeibeamte. Wie viele Parallelgesellschaften gibt es inzwischen, und was wird getan, um sie aufzulösen? Müssen wir sie vielleicht sogar hinnehmen? Was passiert in den Asylsucherunterkünften? Ist es wahr, dass Christen dort von Salafisten, die als Aufsichtspersonen fungieren, malträtiert werden? Aber alle diese gravierenden Probleme werden in den Leitmedien so gut wie nicht behandelt. Hier wird verschwiegen und getäuscht. Skandalös ist es schließlich, dass über politische Richtungen, die ihnen nicht passen, so gut wie nicht, und wenn überhaupt, dann scheinbar Negatives berichtet wird. Das gilt vor allem für die AfD, die den „Altparteien“ als Punchingball dient, den sie mit Lust und Lügen weichzuklopfen versuchen.

Durch diese Art von Einheitsjournalismus (man kann wohl sagen: linksgrüner Provenienz) wird die Medienfreiheit, die keine Verantwortlichkeit mehr kennt, zu einer akuten Gefahr für unsere Demokratie. Kleinere Zeitungen, die ihrer Berichtspflicht nachkommen, beispielsweise über die Trickserei der Bundesregierung bei den Asylzahlen (*PAZ* Nr. 2 vom 12. Januar 2018), können – so wichtig sie sind – das Berichtsdefizit nicht ausgleichen.

Der Verfasser ist emeritierter ordentlicher Professor für öffentliches Recht, war Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichts und Präsident des Bayerischen Senats. Er gehört keiner Partei an.



Die Leitmedien, insbesondere auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk, hätten die Silvesterexzesse von Immigranten 2015/16 in Köln am liebsten den Menschen ganz vorenthalten, mussten sich dann aber doch endlich nach (vier Tagen) zu einem Bericht entschließen: Vorplatz des Hauptbahnhofs am Abend des 31. Dezember 2015

Bild: pa

Frei gedacht



Letzte Denker der alten Garde

Von Eva Herman

Gerade lese ich, dass an immer mehr englischen und amerikanischen Schulen der Begriff „bester Freund“ abgeschafft wird. Der Grund: Jene Kinder, die keinen besten Freund hätten, seien benachteiligt, diskriminiert sozusagen. So formulieren es die zitierten ausländischen Psycholog/innen. In unseren deutschen Medien, in den Mainstream-Feuilletons, lese und höre ich herzlich wenig bis gar nichts über diesen Irrsinn, wahrscheinlich sind wir auch bald dran. Dabei wäre dies doch ein passendes Thema für all jene Leute, die man bislang als Denker bezeichnet hatte. Wo sind die eigentlich geblieben?

Letzte Woche sah ich einen NDR-Beitrag im Internet. Überschrift: „Völkische Familien aktiver als angenommen.“ Der emsige Reporter, der Björn Ahrendt heißt, erklärte ARD-gerecht, was er unter dem Begriff „völkische Familien“ versteht: „Sie sind traditionell gekleidet, gehen handfesten Berufen nach und veranstalten Brauchtumsfeiern auf ihren Höfen.“ Schon vor mehreren Jahrzehnten hätten sich verdächtige Familien mit einem völkisch-nationalen Weltbild in Niedersachsen niedergelassen. Auch der Verfassungsschutz wisse Bescheid über diese „Szene, die lange als zurückgezogen, unauffällig und abgeschottet galt“.

Und? Wo bleibt spätestens jetzt eine angemessene Reaktion? Welcher intellektuelle, wenigstens philosophische Denker (die meisten politischen Journalisten haben das Selbstdenken schon längst aufgegeben) nimmt sich des Themas an, welches doch eine weitere handfeste Charakterwäsche darstellt, die dem Volk bevorsteht? Erhebt irgendjemand Schlaues seine Stimme und weist auf die immensen Gefahren hin, in die unsere Gesellschaft durch politisch korrekte Wertevernichter hineinschlittert? Besagter NDR-Journalist geht noch tiefer ins Detail: „In ihren Dörfern agieren die Familien mit völkischem Weltbild in der Regel unauffällig. Viele arbeiten im Gartenbau, als Zimmerleute oder in der Landwirtschaft.“ Unfassbar! Der (noch) mit hohen Zwangsgebühren finanzierte ARD-Sender führt offenbar seinen letzten Kampf gegen die Überbleibsel deutscher Kultur und Tradition, doch immer noch will niemand dies bemerken. Oder traut man sich nicht mehr? Ist wirklich kein Denker da, der die verheerenden Zusammenhänge erklärt, auch die unheilvolle Wegrichtung, welche jetzt rasant steil ab führt? Ja, es ist gefährlich geworden, selbst zu denken und seine Analysen offen auszusprechen. Da gibt es schnell Angriffe unterschiedlichster Art wie Rufmord, Diffamierung, Denunziation, um das zu verhindern. Denn am Ende könnte es ja doch auffliegen, dass unser System nur noch auf morschen Holzresten steht und bereits bei jedem Lüftchen kräftig schaukelt.

Jene, die einst als sogenannte Intellektuelle, als die Denker eben, galten, ziehen sich mehr und mehr zurück. Das ist ein klares Zeichen für den Absturz einer Gesellschaft. Bloß nicht mehr auffallen, nichts Falsches sagen. Denn sonst ergeht es einem vielleicht wie jener mutigen Mutter aus Hamburg, die sich vor Kurzem mit einem Schild in die Öffentlichkeit begeben hatte, auf welchem die Forderung geschrieben stand: „Merkel muss weg!“ Da sich recht schnell Sympathisanten für diese wirklich nicht unrichtige Idee fanden, wurde aus diesem Einzel-Auftritt bald eine kleine Bewegung, schließlich meldete die Dame ihre erste Demo an. Doch der Anti-Merkel-Kurs sollte ihr schlecht bekommen, die sogenannte Antifa nahm sich gleich das Haus, den Garten und die Autos der Familie vor: Verunglimpfungen, Farbanschläge Schmierereien, Zerstörung bis hin zur Hinnahme von Körperverletzungen der Kinder standen auf dem Gegenprogramm. Fazit: Die Hamburgerin erklärte ganz schnell ihren Rücktritt aus dem Widerstand, sie hatte Angst um Leib und Leben der Familie.

Ja, liebe Landsleute, die Zeit läuft, und die Geschehnisse nehmen Formen an. Die dem Mainstream angehörenden Warner und Mahner sind müde geworden, sie haben aufgegeben, viel zu gefährlich, das Terrain. Nur bei den alternativen Medien trauen sich noch einige Denker, ihre Stimme zu erheben, wie Ex-„Focus“-Journalist Michael Klonovsky. Oder Ex-„Spiegel“-Redakteur Matthias Matussek. Oder Ex-Unternehmer Andreas Popp, sowie Noch-„Welt“-Kolumnist Henryk M. Broder. Oder der Philosoph und Naturwissenschaftler Jürgen Fritz. Wie am Ende schließlich noch der mutige und kluge Historiker Rolf Peter Sieferle, der nach seinem mit außergewöhnlichen Erkenntnissen gesegneten Aufreger-Buch „Finis Germania“ schließlich freiwillig das Zeitliche segnete. Das war es dann aber auch fast schon.

Jede Zeit hat ihre Denker. Sie sind enorm wichtig für eine jede funktionierende Gesellschaft, denn sie nehmen nur wenig Rücksicht auf stromlinienförmige Ansichten anderer Leute, welche sich halbblind durch die herrschenden politischen Systeme hindurch manipulieren lassen. Die wahre Stärke der Denker entspringt dem eigenen kritischen Blick und einer gesunden Portion Urteilsfähigkeit, die, gepaart mit Geist, Mut und Courage, das wahre Heldentum einer jeden Epoche ausmachen. Manche sind derart tapfer, dass sie im Kampf für die Wahrheit selbst den Tod nicht fürchten. In früherer Zeit hätte man wohl das Substantiv Kühnheit benutzt, um solche Menschen angemessen zu verorten. Doch wer kennt diesen Begriff heute noch? Denker bilden vor allem den Urgrund für das Vertrauen in die eigene Urteilsfähigkeit all jener Bürger, die ebenso noch bereit sind, über den politisch korrekten Tellerrand hinauszuschauen. Diese benötigen den Einfluss der Denker unbedingt und dringend, um ihre Ansichten, die nicht selten argwöhnisch von der breiten Masse beäugt werden, gespiegelt und damit legalisiert zu sehen: Das eigene Denken, welches vielleicht aus eigener Kraft heraus noch nicht klar strukturiert werden konnte, erhält durch die mutigen Vor-Denker schließlich eine feste Form. Und man steht am Ende nicht ganz alleine da mit seiner Meinung, was doch viel Tröstendes im anstrengend gewordenen Alltag hat. Es ist eine Art vitalisierender Stärkebeleihung auch geistiger Art, welche von den wahren Denkern ausgeht, Medizin für notleidende Seelen, Balsam für ein jedes Volk, welches sich im letzten Niedergang befindet.

Jedes Volk hat seine Denker. Im Laufe der zurückliegenden Jahre suchte ich verzweifelt nach ihnen. Wo sind sie geblieben, deren Uraufgabe es seit Platon und Aristoteles ist, den unübersehbaren Verfall einer Gesellschaft klar zu analysieren und mutig auszusprechen. Denker, die durch kühne Angriffslust die herrschenden Missstände benennen, die durch edle Wortgewandtheit und kluge Argumentation, mit seherischer Weitsicht, breit gezogenem Weitwinkel sowie unverbiegbarem Rückgrat das scharfe Schwert der Wahrheit sinngebend geführt hätten. Sind die genannten Namen Broder, Matussek, Popp, Klonovsky oder Fritz die letzten der alten Garde? Wenn ihre Stimme verstummt, ist es aus mit Deutschland, das ist gewiss. Die nachfolgenden Generationen werden weder fähig sein zu klarer Analyse, noch werden sie „beste Freunde“ haben oder die Traditionen ihrer Vorfahren pflegen. Sie werden nicht mehr aufmucken, weil sie es nicht mehr dürfen. Dies ist bestürzender Fakt. Es sind nur noch erschreckend wenige, die heute die Zeichen der Zeit verstehen können, welche jetzt wirklich auf Sturm stehen.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

In lettischer Hand

Das Gewandhausorchester feiert seinen 275. Geburtstag mit Festwochen – und einem neuen Kapellmeister aus dem Baltikum

Das Leipziger Gewandhausorchester ist einer der ältesten Klangkörper Deutschlands und eine Weltmarke. Rechtzeitig zu seinem 275. Geburtstag am 11. März hat es seit Februar mit dem Letten Andris Nelsons auch einen neuen Chefdirigenten.

Am Anfang einer jeden Eloge auf das Gewandhausorchester zu Leipzig steht in großen Lettern das Wort „Tradition“. Den Italiener Ricardo Chailly zog es als 20. Gewandhauskapellmeister 2005 nach eigenen Worten wegen der großen sächsischen Musiktradition nach Leipzig genauso wie seinen Nachfolger, den Letten Andris Nelsons, der seit diesem Monat als 21. Kapellmeister dessen Nachfolge angetreten hat.

Der 1953 in Mailand geborene Chailly ist dem Ruf der Mailänder Scala gefolgt, um als Nachfolger von Daniel Barenboim deren Musikdirektor zu werden. Und als Nachfolger des 2014 verstorbenen Claudio Abbado ist er auch Chefdirigent des Luzerne Festival Orchestra. Dazu löste er seinen bis 2020 laufenden Vertrag in Leipzig vorzeitig auf. Der 1978 geborene Nelsons, der seit 2014 Musikdirektor des Boston Symphony Orchestra (BSO) ist und dessen Vertrag dort bis 2022 läuft, wird seine Kern-Aufgaben jetzt auf zwei Kontinente verteilen.

50 Aufführungen will Nelsons mit dem Gewandhausorchester pro Jahr geben, eingebettet in ein einmaliges deutsch-amerikanisches Austauschprogramm zwischen den beiden Orchestern. Sein Debüt am Pult des Gewandhausorchesters gab Nelsons im Jahr 2011 und kehrte in den Folgejahren regelmäßig dorthin zurück. Bereits im Frühjahr werden Nelsons und das Leipziger Orchester zu ihrer ersten Europatournee (22. April bis 6. Mai) aufbrechen, die sie unter anderem in die Elbphilharmonie in Hamburg, das Concertgebouw in Amsterdam und den Musikverein in Wien führen wird.

Als Kind einer Musikerfamilie in Riga geboren, begann Nelsons





Junger Chef, alter Klangkörper: Andris Nelsons dirigiert das Gewandhausorchester Bild: Jens Gerber, 2017

Laufbahn als Trompeter im Orchester der Lettischen Staatsoper. Nebenbei ließ er sich am Konservatorium von St. Petersburg zum Dirigenten ausbilden. Mit nur 24 Jahren wurde er Chefdirigent der Lettischen Staatsoper in Riga. Seitdem ist die Karriere des neuen Sterns am Dirigentenhimmel nicht mehr aufzuhalten. Von 2008 bis 2015 war er Musikdirektor des City of Birmingham Symphony Orchestra, 2006 bis 2009 Leiter der Nordwestdeutschen Philharmonie in Herford.

Die Stätten seines Wirkens sind genauso umfangreich wie sein Repertoire. Es gibt wohl kaum ein namhaftes Orchester, vor dem Nelsons nicht schon den Taktstock geschwungen hat. Kein Wunder, dass die Deutsche Grammophon Gesellschaft derzeit drei herausragende Großprojekte Nelsons unterstützt: einen Schostakowitsch-Zyklus mit dem BSO, umfangreiche Aufnahmen der Bruckner-Sinfonien mit dem Gewandhausorchester sowie eine Gesamtaufnahme sämtlicher Beethoven-Sinfonien mit den Wiener Philharmonikern. Im Jahr 2020 wird er den gesamten Zyklus anlässlich Beethovens 250. Geburtstags-Jubiläums mit den Österreichern erneut live aufführen. Nelsons' ersten beiden Schostakowitsch-Aufnahmen wurden 2016 und 2017 mit dem Grammy für die „Best Orchestral Performance“ ausgezeichnet. Da bleibt dem 39-jährigen, mit der lettischen Sopranistin Kristine Opolais verheirateten Vater einer siebenjährigen Tochter nur zu wünschen, dass er sein ehrgeiziges Pensum lange durchhält.

Die Geschichte des Gewandhausorchesters geht auf den Wunsch einiger Leipziger Adliger und Bürger zurück, ihren Musikgenuss abzusichern. Dazu gründeten sie 1743 die Konzert-Gesellschaft „Das Grosse Concert“ und legten damit den Grundstein für das heutige Orchester. Mit gerade einmal 16 Musikern, zur einen Hälfte Berufsmusiker, zur anderen Studenten der Leipziger Universität, fing seinerzeit der Klangkörper an, dem heute über 180 Musiker angehören.

Fanden die ersten Konzerte noch in Bürgerhäusern statt, wanderten sie schon bald in den Saal eines Gasthauses, bis man den Dachboden vom Gewandhaus, der eigentlichen Gewerbehalle der Tuchmacher, zum Konzertsaal ausbaute. Mit dem ersten „Gewandhauskonzert“ 1781 erhielt auch das Ensemble seinen Namen. Als Mozart 1789 im Gewandhaus auftrat, war es längst zum Zentrum des Leipziger Konzertlebens geworden.

Noch zu Lebzeiten Beethovens führte das Orchester 1825/26 erstmalig dessen neun Sinfonien als Zyklus auf. 1919/20 spielte es weltweit den ersten Zyklus aller Bruckner-Sinfonien. Ab 1835 war Felix Mendelssohn Bartholdy Kapellmeister. Seine „Schottische Sinfonie“ und sein Violinkonzert e-Moll wurden vom Gewandhausorchester aus der Taufe gehoben. Unter seiner Leitung kamen Robert Schumanns Sinfonien und Franz Schuberts große C-Dur-Sinfonie zur Uraufführung.

Von den Komponisten selbst dirigiert, hatten 1862 Richard Wagners Vorspiel zu „Die Meistersinger“ und 1879 Johannes Brahms' Violinkonzert mit dem Orchester ihre Premiere. Die Liste ließe sich fortsetzen. Noch heute bringt das Orchester in jeder Spielzeit neue Kompositionen zur Uraufführung.

1884 erhielt das Orchester sein eigenes Konzerthaus. Im Zweiten Weltkrieg zerstört, öffnete erst 1981 die wiederum „Neues Gewandhaus“ genannte Spielstätte am Augustusplatz ihre Pforten. Wesentlichen Anteil an diesem ersten und einzigen Konzerthausneubau der DDR hatte der damalige Gewandhauskapellmeister Kurt Masur. Die Leipziger waren wie wohl kein zweiter Klangkörper von Anfang an dreifach gefordert: durch Konzert, Musiktheater und Kirchenmusik. Noch heute musiziert das Orchester im Gewandhaus ebenso wie im Opernhaus und gemeinsam mit dem Thomanerchor in der Thomaskirche. Und dies immer mit Hingabe und unermüdlicher Kraft gemäß



Alles begann mit nur 16 Musikern

seines Leitspruchs: „Res severa verum gaudium“ – ernste Sache wahre Freude.

Gefeiert wird der Tag der Gründung vor 275 Jahren am 11. März mit Bruckners 7. Sinfonie sowie einem neuen Werk von Jörg Widmann, der mit der aktuellen Saison auch zum ersten Gewandhauskomponisten in Leipzig ernannt wurde. In den Festwochen um den Orchestergeburtstag dirigiert Chefdirigent Nelsons insgesamt elf Konzerte. Beendet werden die Festwochen mit einem Gastspiel der Wiener Philharmoniker unter Daniel Barenboim am 23. März. *Helga Schnehagen*

Infos: Alle Veranstaltungen und Konzerte unter www.gewandhausorchester.de

Zuckersüße Nanny

Kindermädchen im Anflug – »Mary Poppins« fliegt auf Hamburg

Solchen früheren Mega-Erfolgen wie „Cats“ oder „Phantom der Oper“ hat Hamburg seinen Ruf als Musicalstadt zu verdanken. Obwohl es ähnlich kultverdächtige Hits lange nicht mehr gegeben hat, verteilen sich täglich die Busladungen aus der ganzen Republik in den Musicaltheatern der Stadt.

Mit dem zauberhaften Kindermädchen „Mary Poppins“, das schon vor über 50 Jahren Zuschauer aller Generationen mit Hits wie „Chim Chim Cheree“ oder „Supercalifragilisticexpialigetisch“ in eine Welt voller Magie und Phantasie entführte, will jetzt eine neue Musiktheaterproduktion wieder für Broadway-Begeisterung sorgen. Vom 25. Februar an ist die Musical-Version regulär im Stage Theater an der Elbe im Hamburger Hafen zu sehen und löst damit „Tanz der Vampire“ ab.

1964 kreierte Disney auf Basis der Romane vom P. L. Travers mit „Mary Poppins“ eine pop-kulturelle Ikone, die selbst heute noch Anleihen in so großen Filmhits wie „Guardians of the Galaxy Vol. 2“ für sich verbuchen kann. Mit seinen unvergesslichen und teilweise unaussprechlichen Musiknummern sang und tanzte sich das Kindermädchen in die Herzen unzähliger Fans von Jung bis Alt. Das Stück erzählt die Geschichte des Ehepaars Banks, dessen Kinder Michael und Jane sich eine „perfekte Nanny“ wünschen, woraufhin Mary Poppins eingeflogen kommt. Die neue Kinderfrau hat allerdings etwas Magisches an sich, sodass die Familie immer wieder neue verzaubernde Abenteuer erlebt.



Hebt bald an der Elbe ab: Mary Poppins Bild: Stage Entertainment

Das filmische Original mit Julie Andrews in der Titelrolle wurde seinerzeit mit fünf Oscars ausgezeichnet. 2004 hatte das Musical Premiere im Londoner West End. „Mit 'nem Teelöffel Zucker“, mit viel Witz und mit poesievollen Spaziergängen durch ein knallbuntes Bilderbuch-Bühnenbild hat das Musical seitdem mehr als zwölf Millionen Menschen weltweit das Bittere des Lebens versüßt.

„Wir freuen uns sehr, dass wir mit ‚Mary Poppins‘ ein internationalerfolgreiches Musical in Hamburg präsentieren können, das durch seine weltbekannten Melodien und seine generationenübergreifende Geschichte das Publikum von jung bis alt bezaubert“, erklärt Christof Schmid von Stage Entertainment. In Hamburg wird Elisabeth Hübert die Titelrolle übernehmen. „Ich weiß, wer das schon alles vor mir gespielt hat, aber ich werde versuchen, mein eigenes Original zu schaffen“, so die 30-Jährige, die diese Rolle bereits in Stuttgart spielte und auch im „Wunder von Bern“ zu sehen war. Neben ihr wird David Boyd in der Rolle des Schornsteinfegers Bert zu sehen sein. Das Theater an der Elbe, in dem Poppins singen wird, war im November 2014 mit dem deutschen Musical „Das Wunder von Bern“ eingeweiht worden.

Währenddessen laufen in London derzeit die Dreharbeiten für einen neuen „Mary Poppins“-Film mit der Schauspielerin Emily Blunt in der Hauptrolle. Gedreht wird unter anderem direkt vor dem Buckingham-Palast. Disney will den neuen Film von Regisseur Rob Marshall, der im London der 1930er Jahre spielt, zu Weihnachten 2018 ins Kino bringen – voraussichtlich unter dem Titel „Mary Poppins Returns“. *Andreas Guballa*

Kartenbestellungen im Internet: www.stage-entertainment.de

Afrika steht Modell

Exotische Kunst von Karl-Schmidt-Rottluff

Das Bucerius-Kunst-Forum gilt in Hamburg als Ort kleiner, aber feiner Kulturveranstaltungen. Am Nabel der Stadt direkt neben dem Rathaus gelegen, wird es großzügig von der „Zeit-Stiftung“ gepäppelt, weshalb man sich auch alle Nase lang hochkarätige Ausstellungen erlauben kann. Mit „Karl Schmidt-Rottluff: expressiv, magisch, fremd“ festigt das Haus jetzt seinen Ruf als temporärer Hort exklusiver Malerei.

Zu sehen sind bis zum 21. Mai knapp 80 exquisite Exponate des Brücke-Malers Karl Schmidt-Rottluff, die sich rund um seine Sammlung exotischer Figuren und Masken aus Afrika und Ozeanien drehen. Als sich der aus Rottluff bei Chemnitz stammende Maler 1910 ein Atelier in Hamburg eingerichtet hatte, erwarb er am Hafen, dem Hauptumschlagplatz für Waren aus den deutschen Kolonien, einige Skulpturen aus fremden Kulturen. Die Schlichtheit dieser – Achtung!: von ihm selbst so bezeichneten – „Negerplastik“ faszinierte ihn so sehr, dass er sie immer wieder als Motiv in seinen farbprächtigen, expressionistischen Gemälden einsetzte und sogar menschlichen Antlitzen einen solchen maskenhaft-abstrakten Ausdruck gab.

Offenbar mangels besserer Motive bildete er bis zu seinem Tod seine gesamte Sammlung in Holzschnitten und etlichen Stillleben nach. Das Kunst-Forum präsentiert neben überwiegend aus dem Berliner Brücke-Museum entliehenen Gemälden aus über 50 Schaffensjahren auch viele Skulpturen aus der Sammlung des Künstlers. Die Bandbreite der farbenfrohen Darstellungen und der Vergleich mit den exotischen Plastiken wirken einer thematischen Eintönigkeit glücklich entgegen. *H. Tews*

Geöffnet am Rathausmarkt 2 täglich von 11 bis 19 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr. Eintritt: 9 Euro. Telefon (040) 4281310, Internet: www.buceriuskunstforum.de. Der Katalog (Hirmer Verlag) kostet in der Ausstellung 29 Euro.



Bild: Brücke-Museum Berlin Bild: Karl und Emy Schmidt-Rottluff Stiftung

Stand Modell für das Gemälde „Afrikanisches“ (1954): Die vom Künstler erworbene Büffelkopfmaske aus Kamerun (rechts)

MELDUNGEN

Th.-Mann-Preis für Rumänen

Lübeck – Der rumänische Schriftsteller Mircea Cartarescu erhält den diesjährigen Thomas-Mann-Preis. Der 1956 in Bukarest geborene Lyriker, Erzähler und Essayist gilt als einer der wichtigsten Autoren seines Landes. Zuletzt erschien von ihm 2016 der Erzählband „Die schönen Fremden“ auf Deutsch. Der von der Hansestadt Lübeck und der Bayerischen Akademie der Schönen Künste mit 25 000 Euro dotierte Preis wird seit 2010 im jährlichen Wechsel in Lübeck und München verliehen. Preisübergabe ist diesmal am 17. November in Lübeck. *tws*

Wiedereröffnung in Neu-Ulm

Neu-Ulm – Nach anderthalbjähriger Sanierung des Edwin-Scharff-Museums Neu-Ulm findet vom 23. bis 25. Februar ein „Wiedereröffnungs-Wochenende“ statt. Bei freiem Eintritt öffnet das neu gestaltete Museum am Petrusplatz seine Pforten mit je einer Sonderausstellung im Kunst- und im Kindermuseum sowie neu konzipierten Dauerausstellungen zu Edwin Scharff und Ernst Geitlinger. Mit der Retrospektive „Denn was innen, das ist außen“ des 1927 in Göttingen geborenen Emil Cimiotti wird vom 24. Februar bis 21. Mai das Werk eines der bedeutendsten noch lebenden Bildhauer der Nachkriegsmoderne präsentiert. Internet: www.edwinscharffmuseum.de *tws*

Bares und Wahres aus der Schublade

Erst Schweigegeld offenbarte die Lügen der SPD in Kiel

Man nannte ihn „den guten Menschen von Süsel". Da war Günther Jansen noch Bürgermeister jener kleinen Gemeinde in Schleswig-Holstein. Mit einer angeblich großherzigen Tat machte er später bundesweit Schlagzeilen.

In einer Küchenschublade hatte der SPD-Sozialminister ein kleines Vermögen gesammelt, das er heimlich dem Mann fürs Grobe in der Barschel-Affäre, Reiner Pfeiffer, zukommen ließ. Vor 25 Jahren, am 1. März 1993, versuchte Jansen vor einem Untersuchungsausschuss, die Zuwendung als die Tat eines Menschenfreundes zu erklären. Vergeblich. Sogar der Vorsitzende des Ausschusses, Sozialdemokrat wie Jansen, sprach von Schweigegeld, mit dem die Mitwisserschaft der SPD-Spitze in der Barschel-Affäre verdeckt werden sollte.

Hätte Reiner Pfeiffer seiner Freundin Elfriede (Elfie) Jabs nicht den Laufpass gegeben, die deutsche Geschichte hätte vor 25 Jahren einen anderen Verlauf genommen – voller unerkannter Lügen. Die verschmähte Elfriede Jabs schwärzte Pfeiffer bei der Illustrierten „Stern" an: Pfeiffer habe Geldpäckchen erhalten, heimlich. Auf einem Parkplatz nahe dem Volksparkstadion in Hamburg, während sie auf einem Rastplatz an der Autobahn zwischen Hamburg und Kiel warten musste. Wer der generöse Spender war, will sie nicht gewusst haben. Ein ehemaliger Leiter des Bremer Kriminalamtes, mit dem Elfriede Jabs ebenfalls über die Geldübergabe gesprochen hatte, informierte die Staatsanwaltschaft Kiel jedoch über einen „SPD-Fonds". Und Freund Pfeiffer kannte den Überbringer – aus seiner Zeit in Kiel. Es war Klaus Nilius, ehemals Pressesprecher der SPD und nunmehr Referent des Ministerpräsidenten Björn Engholm.

Günther Jansen, von der bevorstehenden Veröffentlichung des „Stern" wissend, sah sich zu einer Erklärung gezwungen: Nach der Barschel-Affäre habe Pfeiffer vor dem Nichts gestanden, keinen Job gefunden. Dabei habe Pfeiffer die Barscheleien aufgedeckt. So einem Mann müsse geholfen werden: „Wer diesen Mut hat, darf am Ende nicht ohne was dastehen." Schließlich verdankten die Sozialdemokraten und Björn Engholm Pfeiffers Schmutzarbeit im Auftrag Uwe Barschels die Übernahme der Landesregierung im Mai 1988. Damit wurde der vormalige SPD-Landesvorsitzende Jansen Sozialminister. Nun behauptete er, mit seiner Frau Spenden gesammelt zu haben. Das Geld sei in einer Küchenschublade gehortet und schließlich bei zwei Treffen Pfeiffer formierte. Dann geschah wochenlang nichts. Später erklärte Engholm, er habe die Angelegenheit „nicht ernst genommen".

Nur in Bruchstücken kam die Wahrheit zu Tage. Dabei konnten peinliche Fragen nicht ausbleiben. Hatte die SPD Schweigegeld gezahlt? Oder gar eine Belohnung? Und wofür? Was wusste die SPD von Pfeiffers Machenschaften? vor „Waterkantgate" in der Öffentlichkeit Wellen schlug? Und war Engholm nicht damals schon eingeweiht? Er hatte bei einem ehemaligen Beamten der Lübecker Polizei Fragen gestellt, die sich erst erklären ließen, als die Barschel-Affäre aufgeflogen war.

Bereits vor Barschels Tod in der Badewanne eines Genfer Hotels hatte die Lübecker Staatsanwalt-



Am 23. April 1993 vor dem Kieler Untersuchungsausschuss zur sogenannten Schubladen-Affäre: Günther Jansen Bild: SZ photo

ausgehändigt worden. Wie hoch der Betrag war, gab Jansen an, wisse er nicht genau – vielleicht so 10 000 oder 20 000 D-Mark? Die Oberstaatsanwaltschaft Kiel hingegen hatte dem Justizministerium mitgeteilt, was durch Elfriede Jabs bekannt war: Es seien zweimal 25 000 Mark gewesen. Eine Kopie dieses Schreibens war an die Staatskanzlei gegangen, die den Ministerpräsidenten Engholm in-

Und seit wann wusste sie davon? Mehr und mehr rückte Björn Engholm, inzwischen als SPD-Kanzlerkandidat im Gespräch, ins Zwielicht. Der aber gab sich unschuldig, wollte nichts von den Spenden an Pfeiffer gewusst haben.

Alte Gerüchte erhielten neue Nahrung. Hatte es nicht bereits Kontakte zwischen Pfeiffer und SPD-Nilius gegeben, und zwar be-

schaft 1987 in Pfeiffers Terminkalender das Kürzel „Nili" gefunden und auf Nilius geschlossen. Der befragte Genosse räumte ein, sich viermal mit Pfeiffer getroffen und über dessen Aufträge gesprochen zu haben.

Als der „Spiegel" sechs Tage vor der Landtagswahl im September 1987 über „Barschels schmutzige Tricks" berichtet hatte, organisierte Nilius umgehend ein Treffen mit Pfeiffer, Landeschef Jansen und dem früheren Hamburger Bürgermeister Peter Schulz.

Schleswig-Holsteins Sozialdemokraten traten die Flucht nach vorn an. Bei einer Pressekonferenz im Oktober 1987 bat Nilius „um Verzeihung", weil er alle frühen Kontakte mit Pfeiffer abgestritten hatte. Landeschef Jansen musste eingestehen, dass er bereits vor der Veröffentlichung des „Spiegel" informiert war. Ministerpräsident Engholm, der jegliche Information abgestritten hatte, war spätestens seit dem Wahlsonntag am 13. September von Nilius unterrichtet. Wie stets, fand Engholm wohl gesetzte Worte, als das Kartenhaus der Lügen zusammenbrach: Es sei „ein Stück sozialdemokratischer Glaubwürdigkeit in Frage gestellt" worden.

Zugegeben wurde stets nur, was nach neuen Erkenntnissen unbedingt zugegeben werden musste. Erst ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, der sogenannte Schubladen-Ausschuss, rückte der Wahrheit ein wenig näher. Danach lagen der SPD-Führung in Kiel – und mit ihr auch Björn Engholm – lange vor der Landtagswahl Informationen über die Machenschaften Pfeiffers vor. Man hatte über Gegenaktionen beraten. Das aber war von Engholm und Nilius bereits im vorhergehenden Barschel-Untersuchungs-Ausschuss unter Eid bestritten worden. Nur weil die Falschaussage verjährt war, blieben beide straffrei. Klaus Nilius war bereits zuvor von Engholm verabschiedet worden. Am 23. März 1993 trat Sozialminister Günther Jansen zurück. Auch für Björn Engholm, den Hoffnungsträger der Partei, gab es kein Halten mehr. Er trat am 3. Mai 1993 als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein zurück und verabschiedete sich gleichzeitig von allen Parteiämtern. Auch mit der Kanzlerkandidatur war Schluss. Die entlarvten Lügen zwangen zum Verlassen der politischen Bühne – mit gesicherten Pfründen, gegen die das Almosen für Pfeiffer ein Bettel war. Nilius war ab 1995 Pressesprecher der Fachhochschule Kiel, mit knapp 7800 Studenten (September 2016) die größte Fachhochschule und zweitgrößte Hochschule des Landes Schleswig-Holstein. 2007 ging er in den Ruhestand. Jansen wurde Vorsitzender des Übergangsvorstandes des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, wofür er 2004 von der damaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis mit der Ehrenprofessur des Landes Schleswig-Holstein ausgezeichnet wurde. Engholm schließlich schloss 1994 einen Beratervertrag mit dem Energiekonzern Preussenelektra, der in Schleswig-Holstein an den Kernkraftwerken Brokdorf und Brunsbüttel beteiligt war, was selbst in seiner eigenen Partei für Empörung sorgte, da er sich als aktiver Politiker stets mit einer ablehnenden Haltung gegenüber Kernkraft im Allgemeinen und den Kernkraftwerken Brokdorf und Brunsbüttel im Besonderen hervorgetan hatte.

Klaus J. Groth

Wie aus Kaiser Wilhelm Max Planck wurde

Vor 70 Jahren erhielten die Deutschen eine neue nationale »Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften« in Vereinsform

Im Rahmen ihrer Politik der Reeducation, die auf eine grundlegende Umerziehung aller Deutschen abzielte, strebten die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg auch die komplette Neugestaltung der Forschungslandschaft des besiegten Deutschlands an. Hierzu gehörte nicht zuletzt die Zerschlagung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (KWG). Diese war am 11. Januar 1911 gegründet worden und sollte vor allem den Naturwissenschaften zum Aufschwung verhelfen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern. Das gelang ihr auch ausnehmend gut. So brachte sie bis 1945 immerhin 15 Nobelpreisträger hervor, darunter Albert Einstein und Werner Heisenberg.

Allerdings kam es dann während des Zweiten Weltkrieges zu einem massiven Niedergang. Beispielsweise gingen die Kaiser-Wilhelm-Institute im Osten durch den Vormarsch der Roten Armee verloren; darüber hinaus mussten viele Forschungsstätten wegen des alliierten Bombenterrors umziehen, was ihre Arbeit in wachsendem Maße lähmte. Außerdem waren da noch die fatalen Verstrickungen mit dem NS-System, wobei die KWG aber weder Menschenversuche unternahm noch verbotene Kampfstoffe entwickelte. Deshalb wollten die Briten im Gegensatz zu den US-Amerikanern und dem Alliierten Kontrollrat auch keine völlige Vernichtung der KWG, sondern strebten deren Fortbestehen unter einem unverfänglicheren Namen an – wobei jedoch nur noch Grundlagenforschung erlaubt sein sollte.

Was London hierzu trieb, war der Wunsch, befähigte deutsche Wissenschaftler in der britischen Besatzungszone zu halten und die massenhaften Abwanderung von Geistesgrößen in die USA zu stoppen. Dabei setzten die Briten vor allem auf zwei Persönlichkeiten: den Entdecker der Kernspaltung, Otto Hahn, und den inzwischen bereits 87-jährigen Begründer der Quantenphysik und Nobelpreisträger des Jahres 1918, Max Planck. Letzterer hatte bis 1936 als Präsident der KWG fungiert und war dann von den Nationalsozialisten aus dem Amt gedrängt worden.

Um sich der Mitwirkung Plancks zu versichern, beschloss der Chemiker und Oberst Bertie Kennedy Blount, der für die Forschungspolitik in der britischen Zone verantwortlich zeichnete, den greisen Physiker am 16. Mai 1945 in einer Blitzaktion per Jeep aus Rogätz bei Magdeburg nach Göttingen zu holen. Am Steuer des Fahrzeugs saß der aus den Niederlanden stammende Astronom Gerard Peter Kuiper. Zwei Monate später, am 24. Juli, erklärte sich Planck bereit, sowohl den kommissarischen Vorsitz über die KWG zu übernehmen als auch seinen Namen für eine noch zu gründende Nachfolgeorganisation herzugeben.

Am 10. September 1947 wurde der redegewandte Hahn, der inzwischen ebenfalls den Nobelpreis erhalten und am 1. April 1946 auf Plancks Wunsch hin die Präsidentschaft über die KWG übernommen hatte, beim Militärgouverneur der US-amerikanischen Besatzungszone, Lucius D. Clay, vorstellig. Es entspann sich eine äußerst hitzige Debatte, in der Hahn den General davon zu überzeugen vermochte, dass die KWG keine Stütze des NS-Systems gewesen sei und deshalb problemlos im neuen Gewande einer Max-Planck-Gesellschaft (MPG) weiterexistieren könne. Hahn profitierte hier von einer grundsätzlichen Wandlung der Einstellung der US-Amerikaner gegenüber der KWG. Während sie im Sommer 1946 noch unbedingt zu deren Auflösung hatten schreiten wollen, was letztlich nur an einem subalternen sowjetischen Vertreter im Alliierten Kontrollrat gescheitert war, der gegen die Verwendung des Begriffs „Emperor William Society" Einspruch erhoben hatte, änderten sie ihre Haltung mit Beginn des Kalten Krieges im März 1947. Vor diesem Hintergrund konnte nun Hahn eine Kampagne zugunsten des Fortlebens der KWG als Max-Planck-Gesellschaft starten, in deren Verlauf sich alle lebenden deutschen Nobelpreisträger zu Wort meldeten.

Nachdem Max Planck am 4. Oktober 1947 an den Folgen eines Sturzes und mehrerer Schlaganfälle gestorben war, wurde am 26. Februar des Folgejahres im Kameradschaftshaus der Aerodynamischen Versuchsanstalt der KWG in Göttingen die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften gegründet. Zu der bis heute fortexistierenden Gesellschaft, deren erster Präsident Otto Hahn wurde, gehörten anfänglich 29 frühere Kaiser-Wilhelm-Institute, an denen eine Vielzahl renommierter Wissenschaftler arbeitete. Allerdings gelang es nur begrenzt, an die Hochzeiten der KWG anzuknüpfen. Zu viele vormalige KWG-Wissenschaftler zogen es vor, in der Emigration zu bleiben. Zu nennen wären hier beispielsweise Albert Einstein oder weitere Nobelpreisträger wie James Franck und Otto Meyerhof.

Zu den 29 Instituten in der Bizone kamen nach der Gründung der Bundesrepublik die fünf Forschungseinrichtungen in der französischen Besatzungszone sowie ab 1953 die zwei in Westberlin verbliebenen Institute der KWG noch hinzu. Damit war die KWG nun organisatorisch obsolet geworden. Ihre nahezu geräuschlose Selbstauflösung erfolgte zum 21. Juni 1960.

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erhöhte sich die Zahl der MPG-Forschungsstätten deutlich. Mittlerweile hat die Gesellschaft 84 von ihnen in ganz Deutschland. Alle diese Institute und Einrichtungen betreiben nach wie vor Grundlagenforschung. Das ist im Sinne des Leitbildes, das Max Planck einstmals schon für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft formuliert hatte, dass dem Anwenden das Erkennen vorausgehen müsse. Es entspricht aber auch dem Interesse der Westmächte, dass der deutsche Staat lieber der internationalen Gemeinschaft, der Menschheit dienende Grundlagenforschung fördern möge als die Entwicklung konkreter moderner Produkte, die den eigenen möglicherweise auf den Weltmärkten Konkurrenz machen könnten.

Wolfgang Kaufmann

Nur der nutzbringende Mensch zählte

Im Umgang der DDR mit Behinderten und Kranken lagen Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Eine Gesellschaft zeigt ihr wahres „Gesicht“ im Umgang mit den Schwächsten, die Hilfe brauchen und allein nicht zurechtkommen. Der SED-Staat nahm für sich in Anspruch, dass der Mensch im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen würde (Artikel 2 der Verfassung). Beim Studium der einstmals geheimgehaltenen Akten bekommt dieser Satz einen ganz eigenen Sinn.

1969 war Rosi S. zutiefst verzweifelt. Sie hatte den Kampf um ihren Sohn Rudi gegenüber den DDR-Behörden verloren. Die Frau kam 1948 mit dem damals sechsjährigen Jungen aus Österreich nach Dresden. Dort heiratete sie einen Deutschen. Alle Familienangehörigen hatten die deutsche Staatsangehörigkeit, nur Rudi hatte weiterhin die österreichische, was aber viele Jahre niemanden interessierte. Er wuchs als „waschechter Sachse“ zusammen mit seinen Halbgeschwistern auf. Allerdings bereitete er den Eltern immer wieder Sorgen, denn er war laut Akten „geistig unterentwickelt“ und würde sich „manchmal wie ein Kind benehmen“. Rudi besuchte die Hilfsschule (heute Förderschule) und die Eltern versuchten alles, um dem Jungen zu helfen. Sie baten darum, dass der Sohn die DDR-Staatsbürgerschaft bekam, worauf die Behörden gar nicht reagierten. Die Eltern konnten nicht verhindern, dass Rudi im Alter von 19 Jahren wegen „Entblößens vor Kindern“ zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Ein Hinweis auf das Angebot einer professionellen Therapie war in den Akten nicht zu finden.

Der geistig behinderte Mann wurde für die DDR-Behörden zu einem Problemfall und da erinnerten sie sich zweckmäßig daran, dass Rudi ja gar kein DDR-Bürger war. Nach wiederholten Aufenthalten im Strafvollzug, zuletzt in Bautzen, wurde dem Mann am 9. Januar 1969 mündlich mitgeteilt, dass er nach Österreich, in ein ihm völlig fremdes Land, ausgewiesen würde und er nicht mehr zu seiner Familie nach Hause dürfte. Ferner wurde eine Einreisesperre in die DDR bis zum 31. Dezember 1980 verfügt. Anwaltlichen Beistand bekam der geistig behinderte Mann nicht. Wahrscheinlich konnte er gar nicht begreifen, was ihm da mitgeteilt wurde. Am 30. September 1969 verfügte der Innenminister die Abschiebung direkt aus dem Strafvollzug nach Österreich. Die Familie konnte sich nicht einmal von ihm verabschieden.

Die Mutter schrieb daraufhin an die Verwaltung Strafvollzug: „Nun haben Sie uns doch getrennt. Eine Familie, die in Freud und Leid zusammenstand. Ich kann es immer noch nicht fassen, daß Ihr Urteil so hart ausgefallen ist, das meinen Sohn in das ‚Nichts‘ stellt ... Konnten Sie einer Mutter nicht helfen? Es ist zu hart für mich ... Grausam für eine Mutter gibt es wirklich keinen anderen Weg mehr. Er ist doch trotz allem ein Mensch“ (Akte „Besondere Vorkommnisse mit Ausländern“, BArch, DO 1/9.0/52081).

Rudi S. war für die DDR-Behörden nicht in erster Linie ein hilfsbedürftiger Mensch, sondern ein „Problemfall“, der Ärger und Kosten verursachte. Die Trennung von den Eltern und den Geschwistern wurde rabiat durchgezogen, ohne Mitgefühl und ohne Rechtsschutz. Im Zentrum der Entscheidung stand allein der „staatliche Nutzen“.

In der DDR waren nur wenige eingeweiht, was sich hinter den dicken Mauern der geschlossenen Psychiatrien abspielte. Das war ein Tabubereich, über den nicht gesprochen wurde. Ein ehemaliger Patient der Psychiatrie Teupitz hielt in einer umfangreichen Eingabe die damaligen Zustände in den 70er Jahren fest. Dieses Dokument wurde in der Stasiunterlagenbehörde aufgefunden und der Wahrheitsgehalt der Schilderungen wurde durch die Staatssicherheit selbst bestätigt. In einem Vermerk vom 8. Februar 1982 der Hauptabteilung XX/1 ist zu lesen: „In der bisherigen Bearbeitung, insbesondere durch die Befragung verschiedener Personen (Patienten und ehemalige Patienten) verdichtete sich der objektive Wahrheitsgehalt der Anschuldigungen in der Eingabe.“ Hier ein Auszug:

„Ich führe jetzt noch ein Beispiel an, das mir nach 9 Jahren noch so in Erinnerung ist, dass mir heute noch das Grausen überfällt. Dieser Einzelfall unter vielen Fällen hier (... geschwärzt), war etwa 16 Jahre alt, stammte, soweit mir bekannt wurde, aus (... geschwärzt). Er war Sohn einer Geschäftsführerin eines Friseurladens. Er hatte den Spitznamen ‚Schweinchen‘. Er war etwas mollig und sein Fehler bestand darin, dass er unbequem und lästig war, indem er einen häufigen Drang zum Wasserlassen, zur Toilette hatte. Da er nun fast ununterbrochen am Bett mit Lederriemen befestigt war und er des öfteren nur die Füße o. einen Fuß angeschnallt waren, stand er häufig auf und verlangte, zur Toilette geführt zu werden. In der Regel geschah dann folgendes: Man lässt ihn von den Pflegern oder den Patienten aus immer wieder zusammenschlagen oder hat ihn umgeschlagen wie ein ‚Stehaufmännchen‘ bis er körperlich so erschöpft war, das er nicht mehr konnte, da seine psychischen Kräfte nicht mehr ausgereicht haben, um eben diese ‚Stehaufprozedur‘ durchzuführen ... Da dieser (... geschwärzt – gemeint ist der 16-Jährige) auf der Station G 1 den Pflegern unangenehm wurde, weil sie sich um ihn viel kümmern mussten, wurde er auf die G 2 verlegt. Nach 5 oder 4 Tagen erfolgte die Rückverlegung auf Station G 1 in einem schwer zu schildernden Zustand: Der gesamte Oberkörper und sein Gesäß waren von Schlägen – mit hartem Gegenstand durchgeführt – derartig aufgeplatzt, geschwollen, dass man ihn auf den Bauch legte – anders konnte er nicht liegen. Man sprühte ihn mit flüssigem Pflaster ein, ganze Körperpartien – immer und immer wieder. Er wurde gebadet. Man versuchte ihn auf G 1 wieder herzustellen. Ähnliche Fälle sind analog auch auf G 1 gelaufen, nur zur damaligen Zeit hatte ich nicht diesen Einblick in die hinteren beiden Säle, da ich im vorderen Saal lag. Patienten werden je nach Laune des Pflegepersonals und der dafür angehaltenen Patienten derart geschlagen, was man fast nicht beschreiben kann. Das ist unmenschlich in höchster Potenz. So auch der Bestrafungsmodus – Unterbringung in der Zelle über Wochen hindurch – differenzierte Patienten benannten das vor dem Chefarzt als ‚Isolationsfolter‘ – mit spezieller Kost, der Schleimkost. Patienten bekommen dann 3x täglich in Wasser geschleimte Haferflocken, die ich selber in der Kochküche der NKT gekocht habe. Wochenlang bekommen diese Patienten dann nur in Wasser geschleimte Haferflocken – ohne Fett, ohne Zucker und sonst was, dazu keine weitere Flüssigkeit. Das ist Folter. Das ist absolute Folter. So etwas darf es in einer medizinischen Einrichtung nicht geben. Noch gibt es so etwas auf Station G 2 der Nervenklinik Teupitz!!! ... Es waren die Bestrafungen in Form von tagelangem Essensentzug wegen Nichtigkeiten, weil die Patienten als Angeschnallte einkoteten. Das Saubermachen erfolgte als Bad im eiskalten Wasser oder diese Patienten wurden mit der dreckigen Bettwäsche ins Bad geworfen oder man bearbeitete diese Patienten durch die Pfleger mit Schrubbern – in Form von Hieben und Schlägen. Es ist schwierig, alle diese Vorgänge zu beschreiben ...“ (BStU Akte MfS HA XX Nr. 1572, Teil 2).



Landesirrenanstalt-Hauptanstalt: Gebäude der im Pavillonstil errichteten, denkmalgeschützten Anlage in Teupitz Bild: Assenmacher

Wenn sie den 16-jährigen geistig behinderten Jungen, den sie zynisch das „Schweinchen“ nannten, irgendwann totgeschlagen haben, stand ganz sicher eine natürliche Todesursache auf dem Totenschein und heute kann niemand mehr das Gegenteil belegen.

Der Chefarzt der Klinik, den die Patienten „Iwan den Schrecklichen“ nannten, war nach DDR-Recht ein Straftäter, aber er wurde nie zur Verantwortung gezogen, sondern man belohnte sein Tun mit dem Titel „Verdienter Arzt des Volkes“ und versorgte ihn mit einer Urlaubsreise ins westliche Ausland.

Der Satz im Artikel 2 der DDR-Verfassung hätte richtig lauten müssen, dass der *nutzbringende* Mensch im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen würde. Für die schwachen, hilfsbedürftigen Bürger fehlte jedes Mitgefühl. Die Verantwortung für diesen menschenverachtenden Umgang mit Behinderten und Kranken trägt der SED-Staat, aber die Verantwortung für das Verharmlosen, Relativieren und Ignorieren, die tragen wir heute gesamtdeutsch. *Heidrun Budde*

Staatliche Willkür auch bei der Zuwanderung

Im Zentrum der DDR-Einwanderungspolitik gegenüber Ausländern wie Russlanddeutschen stand allein der »staatliche Nutzen«

Der SED-Staat war eine geschlossene Gesellschaft im Sinne von Karl Popper. Jedes Denken und Handeln hatte sich der vorgeschriebenen Ideologie zu unterwerfen. Fremden Einflüssen, insbesondere aus dem Ausland, stand dieser Staat ausgesprochen argwöhnisch gegenüber. Das zeigt sich heute in den einstmals geheim gehaltenen Akten zur Aufnahme von Ausländern in der DDR.

Einen durchsetzbaren Rechtsanspruch auf Asyl gab es nicht und Innenminister Friedrich Dickel regelte am 20. Dezember 1976 in einer „Vertraulichen Verschlußsache I 020 801“: „Der Aufenthalt aus anderen politischen Gründen kann Personen gewährt werden, bei denen keine Asylgründe vorliegen, jedoch der Aufenthalt in der DDR wegen ihres Eintretens für den gesellschaftlichen Fortschritt erforderlich wird bzw. aus anderen politischen Gründen, die im staatlichen oder gesellschaftlichen Interesse der DDR oder anderer sozialistischer Staaten liegen.“

Jeder international gesuchte Terrorist konnte in der DDR Unterschlupf finden, wenn die SED-Funktionäre der Meinung waren, dass der „gesellschaftliche Fortschritt“ die kriminellen Machenschaften rechtfertigte. Die Aufnahmeentscheidungen waren absolut willkürlich und im Zentrum der Entscheidungen stand allein der „staatliche Nutzen“.

Was damals verschwiegen wurde, auch die Aufnahme von angeblich brüderlich verbündeten Sowjetbürgern deutscher Abstammung wurde von diesem Denken bestimmt. Russlanddeutsche in der DDR wurden gründlich überwacht, insbesondere, wenn weitere Familienangehörige aus der UdSSR nachreisen wollten. So berichtete beispielsweise der Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei am 29. Juli 1986 zu Rosalia K.:

„Es bestehen normale Familienverhältnisse. Die K. fügt sich in die Hausgemeinschaft ein. Es kommt nicht zu negativen Lebens- und Verhaltensweisen. Die Hauspflichten werden ordentlich erledigt. Es kommt nicht zu negativen Äußerungen oder Handlungen. Es bestehen beständige und auch aktive Verbindungen zu anderen übergesiedelten UdSSR-Bürgern. Es bestehen ebenfalls beständige und aktive Verbindungen nach der BRD einschließlich von Reisen. Gesellschaftliche Arbeit im Wohnbereich besteht nicht.“ (BArch DO 1 9.0/52024)

Am 9. September 1986 berichtete ein Volkspolizist aus Karl-Marx-Stadt ähnlich gründlich zu einer Familie, die bereits vor eineinhalb Jahren in die DDR übergesiedelt war:

„Die Familie bewohnt seit Februar 1985 in o. g. Hausgrundstück eine 2 ½ Zimmer Neubauwohnung in Erstbezug. Im Haus besitzt die Familie einen guten Leumund, sie werden von den Mitbewohnern als freundlich und hilfsbereit bezeichnet. Die Familie K. gilt im Haus als aufgeschlossen und pflegen einen guten Kontakt zu den anderen Bewohnern. An den Maßnahmen der Hausgemeinschaft nimmt die Familie teil, an gelegentlichen Arbeitseinsätzen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, da der Herr K. behindert ist und sehr schlecht laufen kann. Er ist im Haus bekannt als handwerklich begabt, vor allem bei Tischlerarbeiten und hat schon einigen Mitbewohnern dahingehend geholfen. Die Wohnung der K. soll gut und modern eingerichtet sein und durch die handwerklichen Fähigkeiten des K. sehr schön gestaltet. Von den Hausbewohnern wird eingeschätzt dass sich die Familie K. in der DDR wohl fühlt und auch weiterhin hier leben möchte. Alle Familienmitglieder sprechen sehr gut deutsch. Der noch im Haushalt lebende Sohn Alexander wird von den Hausbewohnern als sehr häuslich bezeichnet. Er geht kaum aus dem Haus und pflegt auch keine Freundschaften im Wohngebiet. Er kümmert sich sehr viel um seine Eltern. Alle Familienangehörigen gehen geregelt ihrer Arbeit nach, der Herr K. nur noch ein paar Stunden täglich auf Grund seiner Invalidität. Die Familie K. pflegt brieflichen Kontakt in die BRD zu ehemaligen UdSSR-Bürgern“ (BArch DO 1 9.0/52024).

Den DDR-Bürgern wurde mit den heimlichen Befragungen durch die Polizei eine Beurteilungskompetenz über aus dem Ausland Zugereiste suggeriert, die es juristisch gar nicht gab und die den offiziellen Verlautbarungen von der angeblich brüderlichen Verbundenheit mit der Sowjetunion völlig entgegenstand. Boshaftigkeit oder Wohlwollen hingen von subjektiven Eindrücken der befragten Hausgemeinschaft ab und diese Meinungsäußerungen hatten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für den Aufenthaltsstatus und für eine Zuzugsgenehmigung von Angehörigen.

Die Entscheidungen wurden willkürlich getroffen, mussten nicht begründet werden und waren auch nicht juristisch nachprüfbar. Dieser Umgang vermittelte den DDR-Bürgern eine gewollte Überheblichkeit gegenüber jeglicher Fremdheit. *H.B.*

Moment der Woche

Foto: Colourbox

Foto: Wikipedia/Frankie Fouganthin

Fest verschlossen hält der alte Holz-Winkinger die Augen, so als könne er gar nicht mitansehen, was im heutigen Schweden passiert: Im Multi-Kulti-Delirium haben seine Nachfahren gerade den 44jährigen in Pakistan geborenen Muslim Qaisar Mahmood (r.) zum Direktor des nationalen Amtes für Kulturerbe ernannt. Der neue Hüter von Schwedens historischer Seele, von Wikinger-Gräbern, Runen, mittelalterlichen Kirchen und barocken Schlössern bekannte, noch nie ein Buch über Archäologie gelesen zu haben. Seine Qualifikation: Er hat als Integrationsbeauftragter gearbeitet. *FH*

Gewaltige Dimensionen

Deutschlands Parteienstiftungen sind hochwirksame Machtinstrumente

Sie arbeiten eher im Hintergrund und sind dennoch mächtige Akteure auf dem politischen Parkett. Die Rede ist von den parteinahen Stiftungen. Alle etablierten Parteien verfügen darüber. Lediglich die im September 2017 erstmals in den Bundestag gewählte AfD arbeitet noch am Aufbau einer solchen Vorfeldorganisation (siehe *PAZ* Nr. 1, Seite 24).

Finanziert werden die politischen Stiftungen zu weit über 90 Prozent durch den Steuerzahler. Lediglich die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung liegt knapp unterhalb dieser Marke. Eine parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion vom Dezember 2017 ergab, dass allein im Jahr 2016 über 581 Millionen Euro an die mit CDU, CSU, SPD, FDP, Linken und Grünen verbandelten Organisationen flossen. Zum Vergleich: Die staatliche Finanzierung, die direkt an die Parteien geht, war im gleichen Zeitraum durch eine maximale Obergrenze von etwas über 169 Millionen Euro gesetzlich gedeckelt. Die politischen Stiftungen werden demnach mit mehr als dreimal so hohen Zuschüssen vom Staat alimentiert, wie die ihnen nahestehenden Parteien.

Die immense Bedeutung dieser Vorfeldinstitute für das politische Establishment erkennt man jedoch nicht nur an den gewaltigen finanziellen Dimensionen, sondern auch an der Hartnäckigkeit, mit der zu verteilende Pfründe immer wieder verteidigt werden. Während die öffentlichen Zuwendungen, die sich die bisherigen Bundestagsparteien in der Vergangenheit per Gesetz für ihre eigene Tätigkeit genehmigen wollten, immer wieder aus juristischen Gründen durch das Bundesverfassungsgericht zusammengestutzt wurden, ist der rechtliche Spielraum bei der Subventionierung politischer Stiftungen ungleich größer. Anders als bei der Parteienfinanzierung sind daher auch keine besonderen gesetzlichen Regeln einzuhalten. Die zu zahlenden Mittel werden über den Bundeshaushalt festgelegt und aus den Etats verschiedener Ministerien an die Empfänger angewiesen.

Eine Stiftung mit 600 Angestellten

Geld fließt allerdings nur an Stiftungen von Parteien, die bereits im Bundestag vertreten sind. Frühere Versuche kleinerer Parteien, wie etwa der rechtskonservativen Republikaner, dieses Kartell mit eigenen Stiftungen aufzuknacken, scheiterten allesamt am Widerstand der etablierten Kräfte. Ein Schlupfloch blieb nur den Parteien, die sich zumindest auf Landesebene durchsetzen konnten. Hier besteht die Möglichkeit, eigene Stiftungen zu gründen, deren Wirkungskreis sich auf das jeweilige Bundesland beschränkt. So unterhalten etwa die bayerischen Grünen noch eine Petra-Kelly-Stiftung, aber auch der Landesverband der AfD in Sachsen-Anhalt gründete jüngst eine nach dem 1814 gefallenen Magdeburger Burschenschafter und Freiheitskämpfer Friedrich Friesen benannte Stiftung.

Der Grund für die eifersüchtige Besitzstandswahrung in diesem Bereich ist schnell erklärt. Überall, wo es um dreistellige Millionensummen geht, dreht es sich zumeist auch um Posten und Einfluss. Allein die der CDU nahestehende Konrad-Adenauer-Stiftung beschäftigt über 600 Angestellte im In- und Ausland. Hinzu kommen stattliche Honorare für freiberufliche Dozenten, Autoren, Gutachter, Berater, Experten, Projektmitarbeiter sowie die großzügigen Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder von Vorständen, Beiräten und Kuratorien. Hier tummeln sich zu einem großen Teil verdiente Parteigenossen.

Die politischen Stiftungen bilden somit ein ideales Auffangbecken für abgewählte Parlamentarier und Minister, die ansonsten zu einem Broterwerb durch reguläre Arbeit gezwungen wären. Der Umgang mit dem vom Staat erhaltenen Mitteln gibt deshalb immer wieder Anlass zu Beanstandungen. Schon fast regelmäßig kritisiert der Bundesrechnungshof nach seinen Überprüfungen, dass die vereinnahmten Steuergelder durch die Stiftungen teilweise zweckentfremdet verwendet werden. Eigentlich sind diese nämlich lediglich für die politische Bildungsarbeit, für die Begabtenförderung und für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben.

Auch diese Tätigkeitsfelder reichen schon aus, um erheblichen gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen. Beispielsweise können der eigenen Agenda entsprechende Projekte oder wissenschaftliche Gutachten gefördert werden. Mitarbeiter der Stiftungen fungieren zudem als vermeintlich unabhängige Sachverständige in parlamentarischen Anhörungen und verstärken so noch einmal den Standpunkt der ihr nahestehenden Parteien. Ein wichtiges Feld ist zudem die Auslandsarbeit. Immer wieder sollen die politischen Stiftungen dabei mit verschiedenen Geheimdiensten zusammengearbeitet haben, um pro-westliche Organisationen und Politiker in anderen Ländern zu unterstützen. Zuletzt beschuldigte die Kommunistische Partei Kubas die Konrad-Adenauer-Stiftung mit Hilfe der amerikanischen CIA oppositionelle Gruppen zu finanzieren, die am Sturz der Regierung Castro arbeiten. *Dirk Pelster*

Anatomie eines Bauchgefühls

1989 starb die DDR. Todkrank war sie schon 1988 – Das Deutschland von 2018 zeigt verblüffend ähnliche Krisensymptome

„Annus mirabilis" werden Jahre genannt, in denen epochale Ereignisse den Weltenlauf erschüttern. Ein solches „Wunderjahr" war 1989, in dem die Mauer fiel und die kommunistischen Regimes in der DDR und Osteuropa kollabierten. Dabei kündigte sich das Ganze schon 1988 an: Viele Menschen spürten, dass ein altes System seinem Tod entgegenkrankte. Dieses Bauchgefühl erlebt 30 Jahre später eine Renaissance. Doch sind 1988 und 2018 tatsächlich vergleichbar?

Erstaunliche Parallelen stechen ins Auge – zum Beispiel beim Umgang mit kritischen Medien: Während die greise Honecker-Riege im November 1988 die sowjetische Monatszeitschrift „Sputnik" verbot, boxt der SPD-Justizminister Heiko Maas heute ein Zensurgesetz durch, das lästigen Systemkritikern im Internet das Wort abschneiden soll. Denn der „Klassenfeind" lauert überall – nur dass man ihn nunmehr als „Rechtspopulist" betituliert. Gleichzeitig taugt er wie eh und je zum perfekten Sündenbock, der für alle hausgemachten Mängel im Lande verantwortlich gemacht werden kann. Waren es in der DDR Sympathisanten der „Bonner Imperialisten", welche den „Siegeszug" des real existierenden Sozialismus im „ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden" bremsten, sind es derzeit Kritiker der Europa- und Flüchtlingspolitik, die für „schlechte Stimmung" im Lande sorgen und das „bunte" Miteinander gefährden.

Ansonsten sitzt der Feind aber keineswegs nur innerhalb der eigenen Grenzen, sondern auch im Land des einstmaligen „Großen Bruders", wo er gar die Macht übernommen hat. Womit sich ein weiteres Déjà-vu einstellt: Was momentan die USA unter Trump sind, das war 1988 die Sowjetunion unter Gorbatschow. Ganz abgesehen von Ungarn, dass vor 30 Jahren zum Ärgernis für die Machthaber in Ostberlin mutierte, weil es ein erstes Loch in den „Eisernen Vorhang" riss, und nun in der Gegenwart für seine Maßnahmen gegen illegale Einwanderung gescholten wird.

Auf all diese Dinge reagieren die Menschen damals wie heute auf zweierlei Weise. Die eine Gruppe wählt den Rückzug ins Private und ergötzt sich an Sport, Musik und ähnlichen Dingen, die mit Politik nichts zu tun haben. 1988 gab es dafür unter anderem die Sommerolympiade in Südkorea, die Fußball-Europameisterschaft sowie Konzerte von eingeflogenen West-Stars wie Bruce Springsteen, Joe Cocker und Bryan Adams, während man sich 2018 mit der Winterolympiade in Südkorea, der Fußball-Weltmeisterschaft in Russland und diversen „Events" vom tristen Alltag ablenken kann. Das reicht vom RTL-Dschungelcamp bis zur Tournee von Helene Fischer und dem Spektakel drumherum, ob die erkrankte Schlagerkönigin nun singen kann oder nicht.

Die andere Gruppe wiederum wird plötzlich politisch und geht auf die Straße, um gegen die wachsenden Zumutungen von Seiten des Systems zu protestieren. 1988 waren das die wenigen Dutzend oder hundert Demonstranten, welche „Freiheit für Andersdenkende", die Einhaltung der Menschenrechte oder ein Ende der Zensur forderten. 2018 sind es die Anhänger von AfD und Pegida, aber auch bislang überhaupt nicht an Politik interessierte Bürger in Städten wie Cottbus oder Kandel, die es satt haben, Leidtragende der haarsträubenden Asylpraxis zu sein.

Heute Trump, gestern Gorbatschow – Ärger mit dem großen Bruder

Das wiederum ruft natürlich den Sicherheitsapparat auf den Plan, der unter Merkel nicht weniger einschüchternd daherkommt als unter Honecker. Zwar wacht heute kein Ministerium für Staatssicherheit mit 91 000 hauptamtlichen und 190 000 nebenberuflichen Spitzeln über die „Stabilität" der Gesellschaft, aber die Phalanx der Dienste, welche die angeblich „freiheitlich-demokratische Grundordnung" auf irgendeine Weise schützen sollen, ist gleichfalls höchst beeindruckend: Aktuell sind mehr als 40 verschiedene Behörden auf Bundes- und Länderebene dafür verantwortlich, „Bedrohungen" von innen oder außen abzuwehren. Addiert man deren Mitarbeiterzahl – unter Vernachlässigung der V-Leute, von denen niemand genau weiß, wie viele derzeit im Verborgenen agieren – ergibt das etwa 75 000. Da wirkt die Stasi gleich um einiges weniger monströs.

Das heißt aber nicht, dass die heutigen Systemwächter effektiver agieren und so einen Umsturz zuverlässiger verhindern könnten als der überraschte Mielke-Apparat 1989: Die föderale Kleinstaaterei macht gemeinsames und effektives Handeln schwierig. Die Institution des politischen Beamtentums befördert zudem immer wieder Menschen in die Chefetagen, die sich vor allem durch Inkompetenz auszeichnen.

Trotzdem muss 2019 keine erneute und diesmal gesamtdeutsche „Wende" erfolgen, denn es existieren auch gravierende Unterschiede zur Situation damals. Zum Ersten geht es den meisten Deutschen noch vergleichsweise gut. Das heißt, sie haben viel zu verlieren, wenn das System kollabiert. Zum Zweiten besteht kaum mehr ein Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gesellschaft: es dominieren Ellenbogenmentalität und der Individualismus. Zum Dritten fehlt im Gegensatz zur DDR 1989 der „Seniorpartner", an dem man sich orientieren kann und der dem gescheiterten Staat nach der „Revolution" aus der Patsche zu helfen vermag. Zum Vierten fehlen moralische Instanzen, die potenzielle Umstürzler im Wollen vereinen, ermutigen und gleichzeitig zügeln – damit es nicht zur Anarchie kommt. Diese Funktion hatten in der DDR die Kirchen.

Allerdings verloren sie in den vergangenen drei Jahrzehnten extrem an Ansehen und Einfluss. Ganz abgesehen davon natürlich, dass die höheren christlichen Amtsträger inzwischen noch viel eindeutiger auf der Seite der Mächtigen stehen als damals. Und zum Fünften verfügt das linkslastige Establishment der heutigen Bundesrepublik mit den Antifa-Truppen über schlagkräftige Sympathisanten, die weniger Skrupel haben, gegen „Rechtsabweichler" vorzugehen als Honeckers Nationale Volksarmee und die Kampfgruppen der Arbeiterklasse.

Noch eines ist – gottseidank – anders als zu DDR-Zeiten: Deutschlands demokratische Institutionen lassen aller Wahrscheinlichkeit nach eine Kehrtwende zum Besseren zu, ohne dass gleich ein ganzes politisches System per Annus mirabilis abgeschafft werden müsste. *Wolfgang Kaufmann*



Feierten sich und ihren Sozialismus auch noch im Angesicht des Untergangs: Die DDR-Führung, hier bei einer Truppenparade zum Nationalfeiertag am 7. Oktober 1988 Bild: action press

Was 1988 in der DDR passierte

17. Januar: 160 Demonstranten fordern in Ostberlin Freiheit für Andersdenkende – und wandern in Haft.
13. Februar: In Dresden werden zirka 100 Menschen festgenommen, welche die Wahrung der Menschenrechte anmahnten.
Frühjahr/Sommer: Der Vorsitzende des Kirchentagsausschusses der mecklenburgischen Landeskirche Joachim Gauck verhindert einen „Kirchentag von unten". Laut Stasi-Protokoll vom 9. Mai 1988 äußerte der spätere Bundespräsident: „Der Kirchentag ... ist zum Feiern da und nicht zum Demonstrieren!"
2. Oktober: Ende der Olympischen Sommerspiele in Seoul. Die DDR belegt mit 102 Medaillen Platz Zwei in der Länderwertung hinter der Sowjetunion und vor den USA.
10. Oktober: DDR-Sicherheitskräfte lösen in Ostberlin einen Protestmarsch von 200 Personen auf, der sich gegen die Zensur von Kirchenzeitungen richtete.
21. November: Die DDR-Führung verbietet fünf stalinismuskritische sowjetische Filme.
2. Dezember: Erich Honecker kritisiert auf einer Tagung des Zentralkomitees der SED die Reformpolitik in der UdSSR.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 8 – 23. Februar 2018

MELDUNGEN

Von Schiemanen nach Dortmund

Schiemanen – Ab dem 14. Mai wird es möglich sein, vom südliche Ostpreußen nach Dortmund und umgekehrt zu fliegen. Die ungarische Fluggesellschaft Wizz Air bietet zweimal wöchentlich, jeweils montags und freitags, Flüge vom Flughafen in Schiemanen nach Dortmund an. Tikkets sind schon jetzt auf der Internetseite von Wizz Air erhältlich zu Preisen ab 59 Zloty (15 Euro). Die Flugzeuge werden um 11 Uhr in Schiemanen starten und Dortmund um 12.45 Uhr erreichen. Aus dem Ruhrgebiet ist der Abflug um 8.50 Uhr geplant und die Landung um 10.30 Uhr am Flughafen Olsztyn Masury (Allenstein, Masuren). Wizz Air hofft, dass die Verbindung gut angenommen wird. Die Fluggesellschaft will ihre Tätigkeit in Masuren und in Polen ausbauen. Die Verbindung nach Dortmund ist die zweite, die sie von Schiemanen aus anbietet. Man kann mit Wizz Air montags und freitags von Masuren auch nach London Luton fliegen. Ab dem 25. April sollen zusätzlich mittwochs Flüge in diese Richtung starten. *E.G.*

Gräberfeld in Gefahr

Wiskiauten – Der Historiker und Leiter der Baltischen Archäologischen Expedition, Wladimir Kulakow, schlägt Alarm: In dem kleinen Wäldchen namens Kaup südlich von Cranz, das als wertvollstes archäolgisches Zeugnis im Königsberger Gebiet gilt, soll Bernstein kommerziell abgebaut werden. Ausgerechnet das Landstück soll ausgebeutet werden, das zum weltberühmten archäologischen Komplex gehört. Bereits im Jahr 1865 war bei Wiskiauten ein wikingerzeitliches Gräberfeld entdeckt worden. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs waren bereits 300 Hügel- und Flachgräber freigelegt worden. Zahlreiche Funde von Waffen sowie Trachten- und Schmuckgegenständen könnten von einer skandinavischen Handelsniederlassung zeugen. Nach 1945 untersuchten russische Forscher weitere 30 Gräber, und seit 2005 gibt es ein gemeinsames deutsch-russisches Forschungsprojekt. Die Archäologen fanden heraus, dass die Funde insgesamt in den Zeitraum des 5. bis 13. Jahrhunderts gehören, wobei die Region im 11. und 12. Jahrhundert stark besiedelt war. Es müssen sowohl Prussen als auch Skandinavier in einem drei bis vier Quadratkilometer großen Siedlungsgebiet gelebt haben. Kulakow sieht das archäologische Kleinod der gesamten Ostseeküste von der Zerstörung bedroht. Und das nicht etwa wegen Naturkatastrophen, sondern aufgrund menschlicher Gier. Als einen derjenigen, die aus Profitgier das Gräberfeld zerstören könnten, sieht Kulakow den Politiker Garri Goldman, Vizepremier der Gebietsregierung, an. *MRK*

Steindamm erstrahlt im »Hansestil«

Königsberg ist auf die Fußball-WM vorbereitet – Viele Bürger fühlen sich übergangen

Aus Anlass der bevorstehenden Fußball-WM wurden die Häuser auf dem Steindamm [Leninskij prospekt] historisierend verändert. Die im „Hansestil“ vorgenommenen Fassadenerneuerungen finden nicht bei allen Russen Gefallen.



Außen hui, innen pfui: Erneuerte Fassaden schmücken die Innenstadt, doch Bewohner klagen über Baumängel Bild: J.T.

Die sogenannten Chruschtschowki (Häuser aus der Ära Chruschtschow) wurden für die Fußball-WM im Hansestil verschönert. Sie erlangten dadurch bereits in ganz Russland Bekanntheit und lösten unterschiedliche Reaktionen sowohl bei den Einwohnern der Stadt als auch bei Architekten aus.

Die Konzeption für die äußere Umgestaltung der Häuser hatte das Moskauer Architektur-Institut ausgearbeitet. Die Gebäude, die in das Umgestaltungsprogramm fielen, sollten in dem gleichen Stil bearbeitet werden, wie er bereits bei der Fassadenerneuerung von drei anderen Chruschtschowki erfolgt war. Die Dächer der ersten Häuser zieren Giebel und Dekorationselemente. Ebenso erneuerte der beauftragte Bauunternehmer die Wände und Fensteröffnungen der Häuser.

Viele fragten sich, warum das Konzept nur von einem einzigen Entwickler entworfen wurde. Die Leiterin des Regionalen Fonds für Grundsanierungen, der die Renovierung der Chruschtschowki beaufsichtigt, Oksana Ostachowa, sagte, dass es zu nichts Gutem geführt hätte, wenn jeder seine Gedanken und Ideen hätte vorbringen können: „Heute gibt es einen einheitlichen Stil, den des Bauhauses gemeinsam mit der Gotik und Elementen des Hansestils.“ Um zu sparen, habe man sich entschlossen, weniger teure Materialien zu verwenden. Wurden für die ersten renovierten Häuser noch Klinkerfliesen verwendet, so wurden die nachfolgenden meist mit Steinwolle verkleidet. Für die Renovierung aller Häuser wurden umgerechnet knapp drei Millionen Euro eingeplant. Zuletzt wurden noch knapp 800000 Euro nachgeschoben.

Probleme bereitete dem Regionalen Fonds für Grundsanierung, dass die Eigentümer der Wohnungen sich weigerten, auf ihre verglasten Balkons zu verzichten. Astachowa hatte zwar geglaubt, dass die Eigentümer der zwölf weiteren Häuser der Fassadenvariante ohne Balkons zustimmen würden, wenn sie erst sähen, wie schön die ersten Häuser aussähen. Doch die „Schönheit“ der Erneuerungen überzeugte die Bewohner nicht.

Eine von ihnen, Natalja Sacharowa beispielsweise, zog vor Gericht, um ihr Recht auf die Verglasung zu erstreiten. Sie argumentierte, das Glas auf dem Balkon schütze sie vor dem Verkehrslärm. Doch Gerichtsvollzieher und Vertreter der Stadtverwaltung kamen schnell mit der Entscheidung des erstinstanzlichen Gerichts zu ihr und verlangten, den Balkon innerhalb von sieben Tagen nach dem Tag des Inkrafttretens der Entscheidung zu demontieren.

Verglaste Balkons sorgen für Ärger

Die Bewohner der Häuser beklagen, dass die erneuerten Fassaden nicht mit den heruntergekommenen Treppen und dem allgemeinen Zustand ihres Hauses übereinstimmten. Durch die Installation von dekorativen Elementen auf den Dächern der Häuser seien die Decken der darunterliegenden Wohnungen beschädigt worden, sodass Wasser eindringe und die Bewohner gezwungen seien, Eimer aufzustellen, um weitere Wasserschäden zu verhindern.

Solche Geschichten haben sich auch in anderen Häusern auf dem Steindamm ereignet, deren Fassaden anlässlich der Fußball-WM erneuert wurden. Bei einem Haus wurde die Dachabdeckung entfernt, und man ließ es offen, ohne es hermetisch abzudichten, wie es eigentlich erforderlich ist. Das Wetter war in Königsberg im Herbst und Winter regnerisch. Deswegen verbrachten viele Bewohner den Jahreswechsel in ziemlich feuchten Wohnungen und teilweise im Dunkeln, weil sie das Licht nicht einschalteten, aus Angst vor Kurzschlüssen.

Die Fassadenerneuerung sollte eigentlich im September abgeschlossen sein, doch die Arbeiten zogen sich bis zum neuen Jahr hin. Erst Anfang Februar wurden die Baugerüste von allen renovierten Häusern entfernt. Jetzt erstrahlt die Hauptstraße der Stadt mit verschiedenfarbigen Fassaden und mit hohen verzierten Giebeln in neuem Glanz. Dennoch waren viele Bewohner des Steindamms gegen eine Verwandlung ihrer Häuser im „Hansestil“. Einige Wohnungseigentümer haben den vereinbarten Veränderungen zum Trotz ihre Balkone wie bisher verglast belassen.

Nach Ansicht der Stadtregierung ist der Steindamm nun bestens vorbereitet für die Fußball-WM. *Jurij Tschernyschew*

Fakultät für Firmengründer in Allenstein

Nach schwedischem Vorbild: erster Ermländisch-Masurischer Zukunftskongress führte Spezialisten zusammen

Ende 2017 fand im Kongresszentrum der Ermland-Masurischen Universität in Allenstein der erste Ermländisch-Masurische Kongress der Zukunft statt, der von der Woiwodschaftsselbstverwaltung und der MM-Gruppe organisiert wurde. Rund 1700 Menschen waren gekommen. Der große Saal war bis zum Rand gefüllt. Lokale Regierungsbeamte und Unternehmer aus der Region, Trainer und Mentoren sowie sich dynamisch entwickelnde Firmengründer waren gekommen, um Erfahrungen und Wissen aus dem Bereich der Wissenschaft, Wirtschaft und Technologie auszutauschen. Der Kongress war eine Gelegenheit, die besten Investitionen in der Region zu präsentieren, die Preisträger der Abstimmung der „Allensteiner Zeitung“ und des „Elbinger Tageszeitung“ mit dem Titel „Investitionen des Jahres 2016“ waren.

Einer der Punkte des ersten Ermländisch-Masurischen Zukunftskongresses war die offizielle Einweihung der „Businessakademie“ an der Universität in Allenstein. Sie wird Unternehmertum lehren, Mitarbeiterteams verwalten, damit die Studenten das erworbene Wissen kommerziell nutzen können.

Die Akademie orientiert sich dabei an den führenden norwegischen Institutionen, die Wissenschaft mit der Geschäftswelt am besten in Europa verbinden. 30 Personen aus 13 Abteilungen wurden für das erste Jahr zugelassen. 40 Prozent sind Doktoranden, der Rest sind Studenten des ersten und zweiten Studienabschnitts. Das Studium dauert zwei Semester (350 Stunden) und ist kostenlos. Der Unterricht wird an der Universität in Allenstein und an den Standorten der kooperierenden Unternehmen stattfinden. Die Dozenten sind akademische Lehrer und erfolgreiche Wirtschaftsvertreter, Führungskräfte und Unternehmer. Darüber hinaus werden die Studenten der Akademie die Unterstützung von Mentoren und Praktikern erhalten, die ihnen helfen, die Grundlagen ihrer eigenen Firmengründungen zu entwickeln oder sie auf die Rolle eines Managers vorzubereiten. Sie werden auch lernen, sich in der Wirtschaft zu präsentieren, sowohl auf Polnisch als auch auf Englisch. Sie sollen das über Wirtschaft, Finanzen und Recht lernen, was benötigt wird, um neu gegründete Firmen zu leiten. Sie werden lernen, wie man ein Unternehmen gründet. Sie werden auch an Workshops teilnehmen, bei denen sie versuchen werden, ihre Lösungen in ihren eigenen Projekten anzuwenden – real oder virtuell.

Virtuell entstand das geplante Büro des Vereins Cittaslow

Während des Kongresses wurde symbolisch das erste internationale Büro des Vereins Cittaslow, das in Allenstein geplant ist, eröffnet. In der Region gehören 20 Städte zu diesem Netzwerk. Die Flagge von Cittaslow wurde dem Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Gustaw Marek Brzezin, durch Pier Giorgio Oliveti, Generaldirektor von Cittaslow International, übergeben.

Die Organisatoren des ersten Ermländisch-Masurischen Zukunftskongresses haben eine Plattform geschaffen, die es erlaubt, über die Zukunft des südlichen Ostpreußen in ihren verschiedenen Aspekten zu sprechen.

Die zur Diskussion stehenden Themen wurden in fünf thematische Blöcke unterteilt: „Gesundheit über alles“, „Neue Technologien“ und „Innovationen in der Wirtschaft“, „Wie man in kleinen Städten lebt“, „Die wirtschaftliche Stärke der Region“, „Wie man nicht an der Welt uns herum verzweifelt und erfolgreich ist“. Unter den Rednern und Diskussionsteilnehmern gab es viele in der Republik Polen bekannte Namen. Der Kongress soll eine zyklische Veranstaltung werden. Im Juni 2018 soll bereits der nächste stattfinden. *Leszek Chaburski*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Du sollst nicht mehr allein sein – das war der Grundgedanke für unsere „Ostpreußische Familie“, die im Jahr 1972 der damalige Chefredakteur Hugo Wellems mit seinem Kollegenteam ins Leben rief. Gedacht war diese Aktion vor allem für ältere und einsame Landsleute, die fern der Heimat keinen Anschluss gefunden hatten und oft ein menschenunwürdiges Dasein fristeten. Ihnen wollte man helfen, sie sollten über das *Ostpreußenblatt* mit anderen Schicksalsgefährten Verbindung aufnehmen können – was auch gelang und noch heute eines der Hauptanliegen unserer Ostpreußischen Familie ist. Die somit ihre Langlebigkeit beweist, denn inzwischen sind 45 Jahre vergangen und sie ist noch keineswegs müde wie die vielen Zuschriften beweisen, die wir in letzter Zeit gerade aus dem Kreis der nachfolgenden Generationen erhalten haben, die ihre Wurzeln suchen, weil ihre Angehörigen der Erlebnisgeneration nicht mehr leben. Das hat mir gerade wieder eine Leserin aus Köln bewiesen, die mich schon mehrmals in Hamburg aufgesucht hat, um etwas über die Heimat ihrer verstorbenen und leider sehr verschwiegen gewesenen Mutter zu erfahren.

Doch das ist nicht der eigentliche Grund, warum ich das Losungswort der Ostpreußischen Familie an den Anfang der heutigen Kolumne setze. Da erhielten wir eine interessante Zuschrift von Herrn **Klaus-Arno Lemke**, Kreisgemeinschaft Labiau, der auf seinen vielen Heimatfahrten immer wieder Relikte aus der alten Zeit entdeckt und einige sogar im Stammhaus der Familie, dem Gut Reikeningken im Kreis Labiau. Bei der Dachsanierung fand sein Vater **Klaus Lemke** alte Zeitungen die wohl als Dämmmaterial verwendet wurden. Sie stammen aus dem Jahr 1930 und sind durchaus noch leserlich, wie eine von Herrn Lemke uns übersandte Kopie beweist. Das Blatt stammt aus einer Ausgabe der Zeitung „Königsberger Tageblatt“ vom 21. März 1930 und enthält das Königsberger Rundfunk-Programm vom 28. März, das aufschlussreiche Einblicke in das Königsberger Musikleben gewährt, das den Hauptteil der Sendungen ausmachte. Und von hoher Qualität war wie eine Übertragung von einem Sinfoniekonzert aus der Stadthalle beweist, auf dem der berühmte **Hermann Scherchen** Werke von Brahms und Brukkner dirigierte. Das Programm wäre allein wert, ihm eine ganze Kolumne zu widmen, aber mich nahm etwas anderes gefangen: Es war das Bild einer älteren Frau, das unter der Überschrift „75 Jahre Freud und Leid – Geburtstag einer einsamen Witwe“ veröffentlicht wurde und zu dem wohl unser Familien-Motto passen würde, wenn das Foto nicht die Jahreszahl 1930 träge. Aus ihrer Kurz-Vita geht hervor, dass die Witwe **Therese May** aus der Dammgasse 5 in Königsberg im Hinterhaus ein bescheidenes Leben führte. Nach einem Arbeitsleben als Verkäuferin und zwei Ehen lebte sie nun alleine, da sie weder Geschwister noch Kinder hatte. Ihre geringe Invalidenrente langte trotz eines kleinen Beitrages von der „Wohlfahrt“ nicht zum Leben, sodass sie sich noch einen Zuschuss durch Wäscheausbessern verdienen musste. Ihr 75jähriger Geburtstag war es dem „Königsberger Tageblatt“ wert, seine Leser auf dieses karge Leben aufmerksam zu machen. Wie gesagt: Man schrieb das Jahr 1930!

Aber jetzt schreiben wir das Jahr 2018 und müssen uns mit aktuellen Fragen befassen, das Wort des dänischen Philosophen Kierkegaard hat mehr denn je für uns Gültigkeit: „Leben lässt sich nur rückwärts verstehen, muss aber vorwärts gelebt werden!“ Und so sieht es auch Herr **Lothar Frey** aus Neu-Ulm, der uns ein Anliegen vorträgt, das uns bisher in dieser Form noch nie übermittelt wurde. Es handelt sich um weit mehr als eine Suchfrage nach einem Grundstück im nördlichen Masuren, wie man auf den ersten Blick annehmen könnte, nämlich um eine geplante Begegnungsstätte für Deutsche und Polen im geteilten Ostpreußen auf privater Ebene. „Was wir bereits im Kleinen erreicht haben, wollen wir nun im Größeren verwirklichen“, so führt Herr Frey sein Schreiben ein, in dem er ausführlich von seinen Überlegungen und schon anvisierten konkreten Plänen berichtet. Das „wir“ hat seine Berechtigung, denn was Lothar Frey bisher im eigenen Leben an Positiven erfahren hat und nun die Basis für sein Vorhaben bildet, teilt er mit seiner Ehefrau Sylwia, die für ihn die ideale Partnerin ist. Die in Breslau geborene Polin unterstützt voll und ganz sein Vorhaben, das auf vielen Reisen durch das ehemalige Ostpreußen im gemeinsamen Gedankenaustausch entstand und immer mehr gefestigt wurde. Als Psychologin kann **Sylwia Frey** ihr Wissen und ihre Erfahrungen einbringen, was für zwischenmenschliche Begegnungen aus unterschiedlichen Lebenskreisen wichtig ist. Lothar Frey, Angestellter im gehobenen öffentlichen Dienst, sieht in der Verwirklichung seines Vorhabens eine selbst gestellte Aufgabe, die das weitere Leben des 48jährigen bestimmen wird. Sein Plan von einer gemeinsamen Haupttätigkeit mit Sylwia im alten Ostpreußen wird nicht nur von ideellen Vorstellungen geprägt sondern umfasst auch ganz reale Voraussetzungen, wie er in seinem Schreiben ausführt:

„Wir sind auf der Suche nach einem landwirtschaftlichen Wohngebäude im typischen masurischen Stil. Es sollte Nebengebäude haben und ein Grundstück von einigen Hektar. Die Lage an einem See oder Teich wäre natürlich ideal. Zurzeit konzentrieren wir uns auf den nordöstlichen Teil der polnischen Seite. Wir haben uns für diese Gegend entschieden, da sie noch recht arm ist. Wir würden einige Arbeitsplätze schaffen, uns aber auch sozial engagieren. Aus dem Wohnhaus, das auch in der Einrichtung einen Teil der dortigen Vergangenheit widerspiegeln soll, planen wir einen Treffpunkt der Nationalitäten, hauptsächlich deutsch und polnisch, zu machen. Es sollen etwa fünf Gästezimmer in diesem Stil entstehen, und wir werden aktiv nur in Deutschland und Polen bemüht sein. Von der Größe her muss es auf den Personenkreis zugeschnitten sein, sodass alle Anwesenden die Möglichkeit haben, miteinander in Kontakt zu kommen. Uns ist bewusst, dass wir als Bindeglied hier unsere Haupttätigkeit haben werden. Die Größe des Grundstücks ist bedingt durch unseren Wunsch, möglichst viele Lebensmittel selbst zu erzeugen. Hierzu gehören nicht nur der Obst- und Gemüseanbau, auch zwei Milchkühe, Schweine, Hühner und Bienenvölker sollen einziehen, um uns mit ihren Produkten zu versorgen. Auf diesem Gebiet bereiten wir uns schon zielorientiert fort.“

Sylwia und Lothar Frey haben bereits ein Grundstück im Visier, das ihren Vorstellungen entsprechen könnte. Es liegt in dem von ihnen bevorzugten nördlichen Teil Masurens, in Leknica, ehemals Löknick, und gehört zur Gemeinde Drengfurth (gmina Srokowo) im Kreis Rastenburg. Das große Grundstück mit dem ehemaligen Verwalterhaus und Nebengebäuden steht zum Verkauf, der Erwerb kann sich aufgrund der jeweiligen Klassifizierung eventuell verzögern. Erst vor drei Wochen haben sich die Freys in Polen notariell beraten lassen und es bestehen aufgrund ihres Konzepts gute Chancen, das Grundstück zu erwerben. Ach ja, einen Namen hat das geplante Projekt auch schon: „Rumiankowo“, was so viel bedeutet wie „der Ort, wo die Kamille blüht“. Die Kamille stehe für Hoffnung, Trost und Milde, meint Lothar Frey, und sie wächst dort heute wie einst, als sie zu jedem ostpreußischen Bauerngarten gehörte.

So sieht das Projekt aus, mit dem das Ehepaar Frey sein Leben vollkommen verändern will. Dass es dazu Information und Unterstützung in jeder Hinsicht benötigt, liegt auf der Hand. Über unsere Ostpreußische Familie spricht Herr Frey Landsleute an, mit denen er Verbindung aufnehmen kann. Wir geben gerne seine Adresse weiter. (Lothar Frey, Eschachweg 7 in 89233 Neu-Ulm, Telefon: O7307-9540397, Fax: 07307-9544632, E-Mail: Lothar.Frey@email.de / Willkommen@Rumiankowo.net)

Bleiben wir im heutigen Polen. Es ist ja sehr nett, wenn man als „lebendes Ostpreußisches Lexikon“ bezeichnet wird, aber die Erwartungen gehen doch oft über meine Möglichkeiten, vor allem wenn es sich um ehemalige Anschriften aus den Vertreibungsgebieten handelt – ein „lebendes Adressbuch“ bin ich leider auch nicht. Nun fragt Herr **Hermann Schwarzenberg**, ob mir ein **Franz Grabert** aus Zoppot bekannt sei, der mit seiner Familie mindestens bis zur Flucht im Grenzlauer Weg 14a gelebt hat. Da ich nie in Zoppot war und auch sonst keinerlei Verbindung zu der genannten Familie hatte, kann ich diese Frage nicht beantworten und muss sie an unsere Leserinnen und Leser weitergeben, vor allem an die ehemaligen Zoppoter. Der Grund für diese Suchfrage von Herrn Schwarzenberg: Seine Mutter und weitere Angehörige der Familie waren auf der Flucht aus Ostpreußen bei dem Ehepaar Grabert untergebracht. Zwar beschränkte sich dieser Aufenthalt nur auf die Zeit zwischen dem 14.02.1945 und dem 24.03.1945, aber sie genügt, um für die dorthin Geflüchteten unvergessen zu bleiben, wie jetzt die Suchfrage beweist. Herr Schwarzenberg möchte nämlich herausfinden, was aus Franz Grabert und seiner Familie geworden ist. Seines Wissens nach hatte das Ehepaar drei Kinder: Edeltraut *13.03.32, Karl-Heinz *22.03.34 und Willi, von dem kein Geburtsdatum angegeben ist. Das Haus, in dem die Familie Grabert damals wohnte, wird wohl heute noch stehen, wie Herr Schwarzenberg herausgefunden hat: Es dürfte wohl das Gebäude sein, das heute unter der Adresse „14 Nikolaja Reja, Sopot“ über Google Maps zu finden ist. Vielleicht können hier alte Zoppoter Gewissheit verschaffen, Herr Schwarzenberg wäre sehr froh über jede Auskunft. (E-Mail: hermann-schwarzenberg@mail.com)

Eure

Ruth Geede

„**Unsere Familie**“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Zweierlei Maß

Ein polnischer Abgeordneter will zweisprachige Schilder – aber nur in Polen

Ausländische Ortsnamen auf polnischen Wegweisern werden bald auch in Polnisch geschrieben, wenn diese eine polnische Entsprechung haben. So werden künftig Autofahrer, die beispielsweise den neuen Abschnitt der Autobahn A4, die von Görlitz bis zur polnisch-ukrainischen Grenze führt, in Richtung Lemberg nutzen, auf Schildern nicht mehr nur „L'viv“ für Lemberg lesen, sondern auch „Lwów“. Reisende auf der Umgehungsstraße bei Augustów werden neben „Vilnius“ für Wilna und „Kaunas“ die polnischen Namen „Wilno“ und „Kowno“ entdecken.

Eingesetzt hat sich dafür der Abgeordnete Sylwester Chruszcz. Der im niederschlesischen Glogau geborenen Politiker der Partei Kukiz'15 sagt, er hätte nach Öffnung der A4 im Jahre 2016 viele Eingaben seitens der Vertriebenenverbände von Ostpolen erhalten, in denen das Fehlen polnischer Ortsnamen auf Wegweisern bemängelt wurde.

Im April vergangenen Jahres stellte er einen Gesetzesentwurf im Sejm vor, der die Einführung zweisprachiger Beschilderungen mit der Begründung zum Ziel hatte, dass die polnische Sprache das Hauptelement der nationalen Identität sei und diese im Globalisierungsprozess geschützt werden müsse. „Auch wenn man bei ‚Vilnius‘ relativ leicht auf ‚Wilno‘ kommt, so ist es bei Bautzen schon schwieriger, auf Budziszyn zu kommen“, zitiert ihn die Zeitung „Rzeczpospolita“.

Bei diesem Thema waren sich die Politiker aller Couleurs wie selten einig. „Hier ist Polen, und jedes Land sollte das bewahren, was für das Land wesentlich erscheint“, hieß es aus den Reihen der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe). Zustimmung kam auch aus dem Lager der liberalen-konservativen Bürgerplattform.



Foto: Inkowik

Hinweis auf Stettin (Szczecin) am Kreuz Uckermark der A 11

Chruszcz misst jedoch mit zweierlei Maß. Der einstige Europaabgeordnete der Liga Polnischer Familien lebt in Stettin, wo er 2015 zum Sejmabgeordneten gewählt wurde. Auf seinen Fahrten nach Brüssel waren ihm Schilder in Deutschland, die in Richtung seiner Heimatstadt Stettin auf Deutsch hinwiesen, ein Dorn im Auge. Damals stellte er eine parlamentarische Anfrage an die EU-Kommission, die Legalität solcher Schilder zu prüfen! Als Antwort erhielt er eine Stellungnahme der EU-Kommission, dass solche Umsetzungen tatsächlich gegen das Wiener Abkommen verstießen. Er erwähnte damals im öffentlichen Diskurs jedoch nicht die polnische Klammerhinzufügung.

Chruszcz sendete die damalige Kommissionsbeurteilung an die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Nun ändert er also seine Taktik und setzte sich beim Warschauer Ministerium für Infrastruktur und Bauwesen durch. Bis zum 1. Januar 2022 sollen alle betreffenden polnischen Ortschilder ausgetauscht werden. Das Portal Mony.pl rechnete vor, dass solch eine Operation etwa 5,5 Millionen Euro verschlingen würde. Michal Beim vom Sobieski-Institut, Experte für Urbanistik und Transportwesen, ist der Ansicht, man müsse nicht gleich alle Schilder austauschen, sondern in erster Linie Beschädigte und solche, die an neugebauten Straßen hinzukommen.

Autofahrer in Polen werden also bald auch Schilder vorfinden, die Praga (Prag), ytawa (Zittau), Drezno (Dresden) oder Chociebu (Cottbus) ankündigen. *Chris W. Wagner*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Voesch, Emma Martha, geb. **Gorski**, aus Lyck, am 23. Februar
Wisch, Konrad, aus Kumehnen, Kreis Fischhausen, am 26. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dembek, Marie, geb. **Kukla**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 23. Februar
Dzingel, Hans, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 29. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Rokotta, Kurt, aus Lyck, am 1. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gläsmann, Karl, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 1. März
Horn, Martha, aus Schloßbach. Kreis Ebenrode, am 25. Februar
Opalka, Elisabeth, geb. **Chmielewski**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Paslawski, Gerda, geb. **Olschewski**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 26. Februar
Wanzke, Ursula, geb. **Braun**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Abrolat, Gertrud, geb. **Graschtat**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Kutzmutz, Erika, geb. **Lagerpusch**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 1. März
Liebold, Käte, geb. **Glandien**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Lorenzen, Ilse, geb. **Dennig**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 23. Februar
Maaß, Helene, geb. **Nilotzki**, aus Neidenburg, am 26. Februar
Melzer, Hildegard, geb. **Pichler**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. März
Vogt, Erna, geb. **Petrick**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Voss, Herta, geb. **Steffan**, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, am 23. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Burk, Paul, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 27. Februar
Drochner, Heinz, aus Schlichtingen, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Frank, Angela, geb. **Ott**, aus Wehlau, am 28. Februar
Giesel, Elisabeth, geb. **Rockel**, aus Grünhoff, Kreis Fischhausen, am 28. Februar
Herrndörfer, Maria, geb. **Klimaschewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Februar
Hohmann, Ursula, aus Lyck, am 25. Februar
Hömke, Helmut, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 23. Februar
Jestrzemski, Hildegard, aus Lyck, am 24. Februar
Kowalsky, Martha, geb. **Bury**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Neuweiler, Lotte, geb. **Dohmann**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 24. Februar
Petrat, Hilmar, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 28. Februar
Piechottka, Elfriede, aus Prostken, Kreis Lyck, am 29. Februar
Ruppenstein, Erwin, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 1. März
Segatz, Luzie, geb. **Schneider**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 27. Februar
Steimmig, Gerda, aus Lyck, am 28. Februar
Walendy, Bruno, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 26. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Andrick, Bruno, aus Neidenburg, am 26. Februar
Becker, Edith, geb. **Tertel**, aus Wehlau, am 28. Februar
Bernhard, Wilhelm, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 27. Februar
Giehmann, Hildegard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Februar
Jankowski, Erich, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 1. März
Forster, Betty, geb. Buchholz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Klein, Ingeborg, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Lendzian, Helga, geb. **Gramatzki**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 62, am 24. Februar
Porath, Edeltraut, aus Lyck, am 1. März
Poweleit, Edith, geb. **Meller**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 24. Februar
Riewe, Lydia, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 1. März
Sopp, Gertrud, geb. **Wrobel**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 26. Februar
Sywottek, Heinrich, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 1. März
Weichler, Horst, aus Neidenburg, am 1. März
Willmann, Erna, geb. **Stegmann**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeilm am 23. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Buchholz, Traute, geb. **Palkies**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 24. Februar
Holfert, Martha, geb. **Olschewski**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Kulessa, Anneliese, geb. **Pilgrim**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 1. März
Lubitzki, Horst, aus Ebenfeld, Kreis Lyck, am 25. Februar
Neunfinger, Erika, geb. **Böhnke**, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Ringies, Ursula, geb. **Gregorz**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 27. Februar
Schellong, Hildegard, aus Schalensee, Kreis Lötzen, am 25. Februar
Steinert, Karl-Heinz, aus Treuburg, am 27. Februar
Strelski, Oskar, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 24. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Butzek, Gustav, aus Wildheide, Kreis Ortelsburg, am 28. Februar
Gehlhaar, Walter, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 27. Februar
Hergert, Hannelore, geb. **Mertsch**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 27. Februar
Idel, Renate, geb. **Deirowski**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 23. Februar
Klausmann, Karl-Heinz, aus Sarkau, Kreis Fischhausen, am 26. Februar
Klein, Brigitte, geb. **Budnick**, aus Königsberg, Kreis Fischhausen, am 28. Februar
Krämer, Christel, geb. **Pfarr**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. März
Royal, Wanda, geb. **Ruppenstein**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Spreuger, Herta, geb. **Mett**, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 25. Februar
Steppat, Bruno, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. März
Welsch, Cuno, aus Kleingrenzberg, Kreis Elchniederung, am 28. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Busse, Hildegard, aus Lyck, am 1. März
Christukat, Manfred, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 1. März
Ciesla, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 24. Februar
Dittko, Harry, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 23. Februar
Kowallek, Ewald, aus Ramecksfelde, Kreis Lyck, am 25. Februar
Krause, Grete, geb. **Schulz**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 26. Februar
Matteoschat, Heinz, aus Ebenrode, am 29. Februar
Müller, Irene, geb. **Hungerecker**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 23. Februar
Niedzwetzki, Edith, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 28. Februar
Schneider, Waltraud, geb. **Leidreiter**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 23. Februar
Simon, Ursula, aus Königsberg, am 25. Februar
Thiel, Heinz, aus Stellwagen, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Truschkat, Elfriede, geb. **Vogt**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 28. Februar
Wegner, Dieter F., aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 27. Februar
Weiß, Gertrud, geb. **Borchert**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 25. Februar
Zeymer, Emma-Maria, geb. **Mallies**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 28. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Andrea, Ruth, geb. **Lehmann**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 1. März
Augustin, Reinhard, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Bartke, Rudolf, aus Wehlau, am 25. Februar
Bieber, Anneliese, geb. **Ryll**, aus Sophienhof, Kreis Preußisch Eylau, am 28. Februar
Bollmus, Dr. Reinhard, aus Ebenrode, am 27. Februar
Brodowski, Horst, aus Treuburg, am 24. Februar
Fenchel, Hildegard, geb. **Festerling**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. Februar
Hagemann, Lisbeth, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 26. Februar
Jacob, Helga, geb. **Schleicher**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 24. Februar
Josten, Erika, geb. **Domsalle**, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar
Kemesies, Siegfried, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 25. Februar
Killat, Helmut, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 28. Februar
Kompa, Willy, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 25. Februar
Krielke, Gisela, geb. **Krause**, aus Tilsit, am 21. Februar
Ludorf, Friedhelm, aus Neu-Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 27. Februar
Meier, Gerhard, aus Venedien, Kreis Mohrungen, am 1. März
Monecke, Paul, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 23. Februar
Nakat, Herbert, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 28. Februar
Napolowski, Horst, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 1. März
Nett, Edith, geb. **Tregel**, aus Grabnicken, Kreis Lyck, am 28. Februar
Plattner, Dora, geb. **Kostrzewa**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Februar
Reisenauer, Horst, aus Rostken, Kreis Lyck, am 25. Februar
Rydzweski, Helmuth, aus Abbau Funk, Lyck, am 28. Februar
Samorski, Gertrud, geb. **Kallwitz**, aus Kleineppingen, Kreis Neidenburg, am 26. Februar
Severin, Inge, geb. **Krause**, aus Lyck, Lycker, Garten 41, am 25. Februar
Wernecke, Ursula, geb. **Lau**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 26. Februar
Wilhelm, Eva, geb. **Neumann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bartelt, Hildegard, geb. **Böhm**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeilm am 27. Februar
Bolz, Dr. Klaus, aus Lyck, am 28. Februar
Butzki, Alfred, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 27. Februar
Harra, Hannelore, geb. **Sendzig**, aus Marienfelde, Kreis Neidenburg, am 26. Februar
Karaschewski, Dieter, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 28. Februar
Kensy, Renate, geb. **Mühlenhoff**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 28. Februar
Krämer, Irene, geb. **Biernath**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 27. Februar

Müller, Herbert, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 27. Februar
Nitsch, Marianne, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 25. Februar
Quäck, Brigitte, geb. **Dawert**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 24. Februar
Schmidt, Waltraud, geb. **Graap**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 23. Februar
Schnabel, Ilse, geb. **Holstein**, aus Treuburg, am 26. Februar
Schömann, Ingrid, geb. **Salewski**, aus Treuburg, am 25. Februar
Sokoll, Klaus, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 24. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Arensmeier, Brigitte, geb. **Naujokat**, aus Ebenrode, am 28. Februar
Hansen, Hanna, geb. **Fink**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 25. Februar
Hofmann, Hannelore, geb. **Keller**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. Februar
Masannek, Jürgen, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar
Moser, Erika, geb. **Sengotta**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar
Nowitzki, Siegfried, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 23. Februar
Pfahl, Helmut, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Uhteg, Helga, geb. **Moschall**, aus Settau, Kreis Heilsberg, am 28. Februar

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenvorsitzenden in Helmstedt
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Deutschland und Polen, zwei Nachbarn deren lange gemeinsame Geschichte von vielen gegenseitigen Auseinandersetzungen, Missverständnissen, Kriegen und gemeinsamer Kultur begleitet ist. Gerade in den vergangenen Tagen ist es zwischen den beiden Ländern erneut zu Spannungen gekommen. Grund: Die schwierige Geschichte, die immer noch unter dem Zeichen der jüngeren Vergangenheit steht. Der Zweite Weltkrieg, Flucht, Vertreibung und die Bemühungen, menschliche und materielle Wunden zu heilen, waren Mittelpunkt der 60. heimatpolitischen Tagung der Kreisgemeinschaft Angerburg am vergangenen Wochenende in Rotenburg (Wümme).

Von Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski begrüßt, sprachen die Berliner Historiker Dr. Jürgen W. Schmidt und Dr. Bettina Bouresh in der vollbesetzten Aula der Theodor-Heuss-Schule über die Themen „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Westpreußen“ sowie „Schloss Steinort“ in Ostpreußen, Sitz der Familie von Lehndorff. Heinrich Graf von Lehndorff war am 20. Juli 1944 am Attentat auf Hitler beteiligt.

Ausführlich und mit einem Blick zurück auf das deutsch-polnische Verhältnis in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, sprach Wissenschaftler und Buchautor Schmidt („Flucht und Vertreibung“) über die geschichtliche Vergangenheit der europäischen Nachbarn Deutschland und Polen.

Dabei kam das eigentliche Thema, nämlich die Flucht hunderttausender Menschen, wie in der Diskussion kritisch angemerkt wurde, ein wenig zu kurz. Ein Aspekt, den Dr. Schmidt noch einmal aufgriff und dabei anmerkte, dass die ostpreußischen Menschen bei großem Widerstand deutscher Soldaten und der heranrückenden Roten Armee sich weitgehend selbst überlassen gewesen seien. Die Gauleiter, Erich Koch (Ostpreußen) und Albert Forster (Westpreußen), zwei fanatische Nationalsozialisten, hatten, als die Niederlage unausweichlich war, die Flucht ergriffen, wurden von den Alliierten jedoch im Westen dingfest gemacht.

Schmidt beschrieb weiter die Inhalte der aktuellen Geschichtsforschung: Während russische und polnische Historiker, so der Referent, in ihren Dissertationen relativ unbefangen an das Thema

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

„Flucht und Vertreibung“ herangingen, bemerke er bei deutschen Wissenschaftlern immer wieder „Leisetreterei“. Eine Aussage, für die Schmidt Beifall bekam.

Bettina Bouresh, seit kurzer Zeit Vorsitzende der Lehndorff-Gesellschaft Steinort, beschäftigte sich mit der wechselvollen Geschichte des bedeutenden Barockschlosses Steinort in Masuren. Die pensionierte Berliner Kunsthistorikerin und Archäologin, deren Familie aus Allenstein stammt, hat es sich trotz erheblicher Probleme mit Spekulanten und Schwierigkeiten mit polnischen Behörden zur Aufgabe gemacht, mit ihren Mitstreitern, darunter Nachkommen der Familien Lehndorff und Dönhoff, zunächst den von 1689 bis 1691 errichteten Kernbau zu restaurieren. Etwa fünf Millionen Euro, so Bettina Bouresh, würden benötigt, um den Plan, das Herrenhaus zu restaurieren und eine Akademie mit einem Museum einzurichten, verwirklichen zu können. Dabei wird auf Hilfe durch den Bundestag, den Staat Polen und ein großes Spendenaufkommen gehofft, um diesen „Leuchtturm“ wieder zum Strahlen zu bringen.

Die von Jagdhornbläsern aus Lüneburg begleitete heimatpolitische Tagung wurde am Sonnabend von Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski eröffnet und geleitet. Er hieß unter anderem Landrat Hermann Luttmann, stellvertretenden Bürgermeister Hartmut Leefers, Abgeordnete des Kreis- und Landtages, Gäste verschiedener Organisationen und Vertreter zahlreicher Kreisgemeinschaften willkommen.

Editha Westmann (CDU-MdL), Vorsitzende des BdV Niedersachsen, wies in ihrem Grußwort auf das wachsende Interesse auch unter den Jüngeren an Geschichte und Gegenwart der Ostgebiete hin. *Wieland Bonath*

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



Veranstalter und Vortragende der heimatpolitischen Tagung der Angerburger (v.l.): Rotenburgs Landrat Hermann Luttmann, Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski, die Stellvertreterinnen Brigitte Junker und Susanne Hagen, die Referenten Jürgen W. Schmidt und Bettina Bouresh Bild: Wieland Bonath



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Ostpreußen vom 25. Mai bis 1. Juni

Unter der Reiseleitung von Peter Westphal steht unter anderem eine ausgiebige Busrundfahrt durch die Elchniederung an. Es geht nach Tilsit und auf eine Flussfahrt durch den Oberländer Kanal. Hier das Programm im Einzelnen:

1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung im Hotel „Nad Wisla“.

2. Tag: Nach dem Frühstück: Führung durch die Marienburg. Anschließend Weiterreise über den polnisch-russischen Grenzübergang und vorbei an Königsberg, Tapiau und Wehlau bis nach Tilsit ins Hotel „Rossija“.

3. Tag: Möglichkeit zur Teilnahme am Gottesdienst gemeinsam mit der evangelischen Kirchengemeinde in Heinrichswalde. Anschließend Weiterfahrt über Neukirch nach Rauterskirch. Dort Empfang durch die örtliche Bevölkerung und Besichtigung der historischen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Auf dem Rückweg wird noch ein Abstecher in das benachbarte Seckenburg unternommen. Am Nachmittag erreichen Sie wieder Heinrichswalde mit Besichtigung der teilrestaurierten Kirche und dem davor aufgestellten Gedenkstein zum Andenken an die früheren Einwohner der Elchniederung sowie Besuch des deutsch-russischen Heimatmuseums zur Geschichte von Heinrichswalde und dem Kreis Elchniederung, das in enger Zusammenarbeit deutscher und russischer Initiatoren gemeinsam entstanden ist. Am Nachmittag Stadtrundfahrt in Tilsit. Zunächst Besuch im teilweise neu gestalteten Park Jakobsruh mit einem Spaziergang zum wiedererrichteten Königin-Luise-Denkmal. Anschließend geht es durch die alten Wohnviertel zum Schlossmühlenteich. Auch die Gedenkstätte am Waldfriedhof wird während der Rundfahrt besucht. Abschluss und Höhepunkt der Stadtführung ist jedoch ein gemeinsamer Spaziergang durch die Hohe Straße. An den überwiegend sehr schön restaurierten Jugendstilfassaden kann man die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung, am Vormittag insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof und Rautenburg. Am Nachmittag Besuch der Elchniederung südlich der Gilge mit Stopps in Neukirch, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Natürlich besteht auch die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen abseits vom Gruppenprogramm. Unser erfahrener Taxiservice steht Ihnen für Ihre individuellen Erkundungsfahrten gerne zur Verfügung. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Abreise aus Tilsit und Überfahrt bei Goldap über die russisch-polnische Grenze ins südliche Ostpreußen. Rundfahrt von der Jägerhöhe bei Angerburg nach Heilige Linde, Besichtigung der barocken Klosterkirche mit ihrer sehen- und hörenswerten Orgel. Anschließend Fahrt durch Lötzen, das malerisch gelegen ist zwischen dem Dargainen- und dem Löwentinsee. Gegen Abend erreichen Sie Nikolaiken. Abendessen und Übernachtung in Nikolaiken.

6. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie zunächst eine Schiffsfahrt über Seen und Kanäle von Nikolaiken bis nach Niedersee. Anschließend Weiterfahrt durch die Johannisburger Heide in Richtung Eckertsdorf mit Besuch des Philliponenklosters. Gegen Mittag erreichen Sie den romantischen Fluss Kruttinna. In einem Restaurant direkt am Fluss werden Sie zu einem leckeren Fischessen erwartet, bevor Sie danach zu einer Stocherkahnfahrt aufbrechen. Abendessen und Übernachtung in Nikolaiken.

7. Tag: Schiffsfahrt auf dem Oberländer Kanal von Buchwalde und Hirschfeld. Anschließend Weiterreise nach Westen durch Pommern zur letzten Zwischenübernachtung in Schneidemühl.

8. Tag: Rückreise nach Hannover.

Programmänderungen sind vorbehalten. Anmeldung bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Vienenburg, Telefon und Fax (05324) 798228.





INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Von Ostpreußen zum Niederrhein

Krefeld – Freitag, 16. März, 18.30 Uhr, Altes Rathaus, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld: Eine literarische Reise zwischen Ostpreußen und dem Niederrhein. Der Journalist Eberhard Jung liest Text seiner Urgroßtante, der ostpreußischen Dichterin, Frieda Jung. Hans Wilbers trägt unter dem Motto „Vertällekes von Köeb“ Kurzweiliges in Uerdinger Mundart vor. Weitere Informationen, Telefon (02151) 48991. E-Mail: info@insterburger.de. Eine Voranmeldung ist aus Platzgründen erwünscht.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 15. April, 11 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Restaurant Zum Tucher, Am Burgfeld 1, Telefon (0451) 33517, Internet: www.burgfeldrestaurant.de. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Neue Satzung

Der amtierende Kreistag unserer Kreisgemeinschaft hat in seiner Sitzung am 2. September 2017 eine neue, der heutigen Zeit entsprechende Satzung beschlossen. Zwischenzeitlich ist diese beim Vereinsregister in Bochum zur Eintragung gekommen. Bei unseren in diesem Jahr während unseres Heimattreffens am 1. und 2. September in Helmstedt anstehenden Wahlen zur Kreisvertretung werden wir erstmals nach der neuen Form unsere Organe wählen. Wer eine Satzung haben möchte, wende sich bitte an meine obige Anschrift. Sie bekommen dann umgehend ein Exemplar zugeschickt. *Jürgen Szepanek*



Insterburg: Eberhard Jung (l.) und Hans Wilbers bitten zu einer literarischen Reise Bild: privat



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Nachbarschafts-Treffen

Eitorf – Das Nachbarschaftstreffen der drei Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit findet am 26. Mai im Hotel Schützenhof, Windecker Straße 2, 53783 Eitorf, statt. Ausrichterin ist diesmal die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit.

Eitorf ist ein übersichtliches Städtchen im Westen Deutschlands, im Rhein-Sieg-Kreis, nicht weit entfernt von Bonn und Köln. Von Siegburg aus einige Kilometer die Sieg flussaufwärts malerisch zwischen Westerwald und Bergischem Land gelegen, gehört der Ort jedoch nicht zum Siegerland, sondern ist eindeutig dem Rheinland zuzuordnen, was sich unter anderem im Brauchtum (Karneval) und in der Mundart widerspiegelt.

Es mag jetzt Ihr Interesse geweckt sein, die reizvolle Region abseits des großen Fremdenverkehrs und doch unweit des Rheins kennenzulernen. Planen Sie also die Teilnahme am Nachbarschaftstreffen ein und buchen Sie ein paar Urlaubstage vor oder/und nach dem 26. Mai im Hotel Schützenhof. Das Haus verfügt über Saunen und ein Schwimmbecken. Es ist unter Telefon (02243) 8870 oder per E-Mail zu erreichen: info@hotelschuetzenhof.de. Das Hotel hält für uns ein Zimmerkontingent unter dem Stichwort „Ostpreußen“ bis zum 31. März vor (Doppelzimmer: 94 Euro, Einzelzimmer 64 Euro).

Eitorf ist mit der Bahn unschwer zu erreichen: Von Köln aus besteht zweimal stündlich eine Verbindung auf der Strecke nach Siegen. Vom Bahnhof sind es gut zwei Kilometer bis zum Hotel mit dem Taxi oder dem Bus (Nr. 571), immer zehn Minuten nach der vollen Stunde (außer Sonnabends und Sonntag).

Das Nachbarschaftstreffen beginnt um 10 Uhr (Einlass 9 Uhr) und endet um 17 Uhr. Unentgeltliche Parkplätze stehen am Hotel zur Verfügung. Zum Mittagessen werden vier preisgünstige Gerichte angeboten. Am Nachmittag gibt es Kaffee und Kuchen. Es erwartet Sie ein ansprechendes Programm. Eintritt wird nicht erhoben, für eine Spende wären die Veranstalter dankbar. Für die vor dem Veranstaltungstag (26. Mai) anreisenden Teilnehmer wird im Hotel ein Raum reserviert, wo wir am Freitag, den 25. Mai um zirka 19 Uhr das Abendessen gemeinsam einnehmen können, um anschließend noch schöne Stunden miteinander zu verbringen.

Anzeigen

Unvergessen

Im Gedenken an den 1. Todestag unseres lieben Ehemannes, Vaters und Großvaters

Heinz Haack

* 29. 8. 1929 Stecklin/Krs. Greifenhagen/Pomm.

† 15. 2. 2017 Berlin-Lichtenberg, beigesetzt in Woltersdorf/Schleuse

In dankbarer Erinnerung
Erna Haack, André und Nadja Haack, Andreas Haack, Maria-Luise Haack & Familie

Moldaustraße 48, 10319 Berlin

Mache dich auf, werde Licht!
Denn dein Licht kommt und die Herrlichkeit des Herrn geht auf über dir.
Jesaja 60,1

Gerhard Warstat

* 5. Oktober 1926 in Gumbinnen † 11. Februar 2018

In Dankbarkeit und stiller Trauer:
Brunhilde Warstat und alle Angehörigen

Früher Esbeck, Am Kakelsberg
Kondolenzanschrift: Trauerhaus Warstat, c/o Bestattungshaus Patrzek, Walbecker Straße 12, 38350 Helmstedt
Die Beerdigung fand am Dienstag, dem 20. Februar 2018, auf dem Friedhof in Esbeck statt.
Betreuung: Bestattungshaus Patrzek, Telefon 0 53 51 - 55 33 30

Hildegard Sczesny
geb. Schlaszus
* 28. 11. 1923, Heydekrug, Ostpreußen
† 4. 2. 2018, Lützellinden

In Liebe:
Barbara und Hans Mika mit Familie
Ute und Siegfried Oettinger mit Familie

Fam. Oettinger, Birkenweg 4, 35398 Gießen-Lützellinden



LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

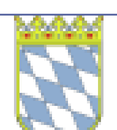
Landesgruppe – Sonnabend, 10. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Schlossstraße 92, Stuttgart; ostdeutscher Ostermarkt mit kulinarischen Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, schlesische Mohn- und Streußelkuchen oder Ostpreußischer Raderkuchen. Daneben präsentieren die verschiedenen Aussteller Literatur ihrer Heimatlandschaften, musikalische Raritäten und handwerkliche Kunst. Die Ausstellung „Banater Orgeln und Orgelbauer" im Haus der Heimat sowie die Bibliothek im vierten Stock sind von 11 bis 15 Uhr geöffnet. Eine kleine Caffeteria rundet das Angebot ab und bietet Möglichkeit zum Gespräch. Weitere Informationen: DJO-Deutsche Jugend in Europa, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart, Hartmut Liebscher, Telefon (0711) 625138, Fax (0711) 625168, E-Mail: hartmut@djobw.de.

Landesgruppe/Stuttgart/Mannheim – Schon heute möchten wir Sie auf unsere geplante Fahrt vom 26. Juli bis 8. August in das Memelland hinweisen. Wir fliegen am 26. von Frankfurt nach Wilna und anschließend geht es mit dem Bus nach Memel in das Hotel Amberton. Vom 27. bis 29. Juli findet dort das Meeresfest statt und wir unternehmen bis zum 1. August diverse Rundfahrten durch das Memelland. Am 2. geht es für vier Nächte nach Birstonas bei Druskininkai, dem litauischen Kurort, in das Vier-Sterne-Hotel „Vytautas Spa". Von hier aus starten wir nach Kaunas mit Besichtigung der Bierbrauerei Volfas Engelmann, des barocken Klosters Pazaislis und der Festungsanlage „IX Fortas". Ein weiterer Ausflug führt in den Dzukija Nationalpark, in das Städtchen Merkine mit dem historischen Burghügel, der eine atemberaubende Aussicht bietet, in den sowjetischen Park „Grutas" in Druskininkai, zur Heiligen Dreifaltigkeitskirche und auf den Burghügel in Liskiava. Am 6. August geht es von Bristonas über Trakai nach Wilna in das Hotel „Radisson Blu Lietuva". Am 7. besichtigen wir die Altstadt von Wilna. Rückflug ist am 8. August. Der Reisepreis beträgt pro Person im Doppelzimmer 1350 Euro und 1735 Euro im Einzelzimmer. Im Preis enthalten: Direktflug von Frankfurt nach Wilna und zurück mit der Lufthansa, sieben Übernachtungen mit Frühstück in Memel, vier Übernachtungen/Halbpension in Birstonas, zwei Übernachtungen/Halbpension in Wilna. Alle Rundfahrten wie beschrieben. Wegen der Flugbuchung bei Lufthansa ist eine schnelle Anmeldung erforderlich: Uwe Jurgsties, 68542 Heddesheim, Kirschblütenstr. 13, Telefon (06203) 43229, oder per E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Buchen – Freitag, 2. März, 14 Uhr: die Polsterei Englert in Hettingen – Besuch eines weiteren Handwerks-Betriebes. Treffpunkt der Fahrgemeinschaften ist der Musterplatz Buchen.

Reutlingen – Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde unserer Heimat zur Jahreshauptversammlung am Sonnabend, den 10. März um 14 Uhr herzlich ein. Die Veranstaltung findet im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a in Reutlingen statt. Das erste Zusammenkommen 2018 werden wir mit Kaffee, Kuchen und fröhlichen Gesprächen einleiten. Folgende Punkte stehen auf dem Programm: Begrüßung durch die Erste Vorsitzende, Gedenken an die verstorbenen Mitglieder, Isle Hungers Jahresrückblick 2017/2018, Berichte der Kassenwartin Marianne Praß, der Kassenprüferin Elisabeth Hirzel und der Frauengruppenleiterin Erika Manzau-Schmidt. Es folgt die Aussprache. Danach werden langjährige Mitglieder geehrt. Nach der Pause gibt Peter Jermann in Bild und Ton einen Rückblick auf das vergangene Jahr

Mit einem gemeinsamen schwäbischen Maultaschen-Essen mit Kartoffelsalat, der von den Damen des Vorstandes zubereitet wird, lassen den Tag ausklingen. Gäste sind herzlich eingeladen. Wir bitten wegen der Essensvorbestellung um kurze Anmeldung bei Ilse Hunger Telefon (07121) 52541. *Ilse Hunger*



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 17. März, 15 Uhr, Orangerie: „Was uns die Eltern von Heimat und Familie erzählten" – Erinnerungen von Christel Tagsold, Oswin Palfner, Astrid Kübrich und Heide Bauer.

Nürnberg – Dienstag,27. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser (Ende U1 gegenüber: Fimvorführung von „Ein Sommer in Ostpreußen".

Weiden – Nach der Winterpause konnte der Erste Vorsitzende Norbert Uschald im Café Mitte viele Mitglieder und Gäste zum Heimatnachmittag willkommen heißen. Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen mein lieb Heimatland" gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald nachträglich den Mitgliedern, die im Januar Geburtstag hatten.

Nach aktuellen Informationen leitete Norbert Uschald zum heiteren Teil des Versammlung über. Er stellte Traditionen und Bräuche vor, die zur Faschingszeit früher üblich waren und teilweise noch heute gepflegt werden. Ilse Stark, sowie Andreas, Katharina und Barbara Uschald unterhielten die Anwesenden mit heiteren Gedichten und Geschichten.

Mit zahlreichen Stimmungsliedern sorgte der Vorsitzende und seine Gattin Anita für die musikalische Umrahmung. Nach gemütlichem Beisammensein mit „Schabbern" und „Plachandern" verabschiedete man sich mit dem Volkslied „Kein schöner Land" bis zur Jahreshauptversammlung am Sonntag, 4. März, im Cafe Mitte. *Norbert Uschald*

Zusendungen für Ausgabe 10

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 10/2018 (Erstverkaufstag: 9. März) bis spätestens Donnerstag, 1. März an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



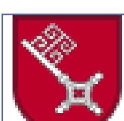
Rastenburg – Sonntag, 11. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 14. März, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: gemeinsames Treffen, Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

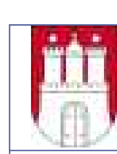
Bremen – Anfang Februar konnten die Bremer Ost- und Westpreußen eine bis in die 50er Jahre zurückreichende Tradition fortführen: das traditionelle „Fleckessen". Der Name „Fleckessen" wird für die Veranstaltung immer noch umgangssprachlich verwendet, obwohl das Speiseangebot schon seit vielen Jahren abgewandelt und mit einem Angebot an „Königsberger Klopsen" erweitert ist. Der offizielle Name dieser landsmannschaftlichen Geselligkeit lautet daher „Bremer Ost- und Westpreußentag mit Fleck und Klopsen".

Wo wird heute noch „Königsberger Fleck" angeboten? Kaum irgendwo steht es auf einer Speisekarte, auch in Dosen ist es so gut wie nicht mehr erhältlich. In Bremen wurde es früher von den Damen der Frauengruppe unter der früheren Leiterin Frida Todtenhaupt selbst geschnitten und gekocht. Das ist aber schon lange vorbei. Gleichwohl kann es aber regelmäßig zu Beginn eines Jahres bei der Landsmannschaft bestellt und am zweiten Februar-Sonnabend genossen werden. Das verdankt die Landsmannschaft ihrem früheren Vorstandsmitglied Hans Rummel. Jahrzehntelang war er als selbständiger Gastronom beruflich tätig. Heute kann er leider nicht mehr selbst teilnehmen. Das Rezept hat er aber dem Küchenchef des feinen Blixx-Restaurant im Atlantic-Flughafenhotel rechtzeitig übermittelt und er durfte ihm anfangs bei der Zubereitung assistieren.

So in die Kunst der Zubereitung des Traditionsgerichts eingewiesen, lässt der Küchenchef heute seine Lehrlinge und Küchenhelfer den Pansen säubern, kochen und klein schneiden – sicherlich eine nützliche Übung für deren spätere Berufslaufbahn. Inzwischen findet die Bremer Veranstaltung ihren Zuspruch weit über Bremen und das Umland hinaus, Besucher kamen in diesem Jahr unter anderem aus Rastede, Bremerhaven und Celle. Interesse finden wahrscheinlich vor allem die ostpreußischen Gerichte.

Daneben lockt aber auch die musikalisch geprägte Geselligkeit. Für den erkrankten und daher verhinderten singenden Landarzt Doktor Heumann war in diesem Jahr das neunköpfige „Harmonika-Orchester Bremer Handörgler" eingesprungen. Unter der Leitung von Renate Koch interpretierten die Musiker eigene Bearbeitungen sowie ostpreußische Volkslieder zum Mitsingen, darunter „Zogen einst fünf wilde Schwäne", Ännchen von Tharau", „Ging ein Weiblein Nüsse schütteln" sowie natürlich „Westpreußen mein lieb Heimatland" sowie „Land der dunklen Wälder".

75 Besucher genossen den Nachmittag und freuen sich schon heute auf die nächste Geselligkeit der Landsmannschaft am Bremer Flughafen. Zum „Sommerausklang" am ersten Sonnabend im September gibt es dann „Beetenbartsch" und „Schmandschinken" – ostpreußische Gerichte von der „Blixx-Gastronomie" zubereitet nach Rezepten der Leiterin unserer Frauengruppe, Barbara Richter. *Heinrich Lohmann*

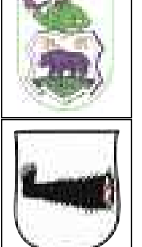


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Donnerstag, 22. März, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Delegiertenversammlung der Landesgruppe Hamburg.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Frauengruppe – Freitag, 23. Februar, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1, Bergedorf: „Karnevalszeit – Wir feierten gerne und bei allen Gelegenheiten" – ein fröhliches Treffen (mit Berlinern).



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Mittwoch, 28. Februar, Cafe Eckstein, Königsberger Straße: Hans-Jochen Naujoks wird über „Pferdezucht in Trakehnen" sprechen.

Kassel – Donnertag, 1. März, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3, Kassel. „Bergpark Wilhelmshöhe – Natur im Jahreslauf" – ein Vortrag von Peter Lorenz:.

– Bericht –

Die Vorstandswahl bei der Jahreshauptversammlung im Februar brachte wenig Änderungen. Weiterhin werden Gerhard Landau und Gertraud Nitschky versuchen, das leichter werdende Vereinsboot ordentlich zu führen. „Mitruderer" (Beisitzer) sind neben Norbert Leder jetzt auch Erika Katzinski. Aus gesundheitlichen Gründen gibt Franz Ganswindt den Posten als stellvertretender Kassenwart ab. Kassenprüferin Dorothea Deyß dankte Frau Nitschky für die einwandfreie Kassenführung und lobte das gute Miteinander im Vorstand und in der ganzen Gruppe. Ihr selbst gebührt großer Dank für ihren langjährigen Einsatz bei den Finanzkontrollen und darüber hinaus auch für manche musikalische Ausschmückung unserer Heimatstunden. Zwei Daten aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstands sind sicher erwähnenswert: Die Zahl der Mitglieder beträgt wie schon vor einem Jahr: 48. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl an den Heimatnachmittagen nahm im vergangenen Jahr um 1 auf 27 ab.

Der Vortragsteil an diesem Tag stand unter dem Titel „Aus dem ostpreußischen Walde". Gerhard Landau trug Wissenswertes vor allem über die vier großen Waldgebiete von der Johannisburger Heide in Masuren bis zum Elchwald im Norden vor. Es folgten Steckbriefe über alle Gehölze, welche die Forsten östlich der Weichsel zu deutscher Zeit prägten. Den Abschluss bildeten Kurzbiographien folgender bedeutender Forstleute des Ostens: „Waldlandrat" Viktor von Poser (als Waldförderer), Forstschutzgehilfin Martha Schmidt (genannt „Elch-Martha"). Sie war Preußens erste Forstbeamtin. Weiter wurden vorgestellt: Elchjägermeister Hans Kramer (Verfassers des Standardwerks „Elchwald"), der gefeierte, aber auch umstrittene Leiter des Oberforstamtes Rominten, Walter Frevert und schließlich Forstamtmann Heinrich Weber, der sich durch herausragenden Einsatz für Wald und Wild große Verdienste erwarb. Bleibt dankend nachzutragen, dass der Berichterstatter aus einer reichhaltigen ostpreußischen Forstdokumentation schöpfen konnte, welche ihm die beiden Töchter des zuletzt Geehrten zur Verfügung stellten. *Gerhard Landau*

Landsmannschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Zwei Tage für die große Dichterin

Rund um Agnes Miegel und ihr Werk gibt es viele spannende Themen und noch vieles zu entdecken. Der Freitag, 2. März, und der Sonnabend, 3. März, sollen daher ganz der berühmten ostpreußischen Dichterin gewidmet sein. Die Agnes-Miegel Tage 2018 finden im Hotel Hannover (Telefon 05723/7920), Buchenallee 1, in 31542 Bad Nenndorf statt. Hier das Programm:

Freitag, 2. März

16 Uhr: „Als ich für immer mit Rucksack und Blechschälchen drauf aus unsrer Haustür ging" – Dr. Marianne Kopp (Stadtbergen) stellt ihr Buch über Agnes Miegels Abschied von Königsberg vor.

Zirka **16.45 Uhr:** „Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945–1949" – ein Vortrag von Karl-Georg Mix (Lübeck)

Sonnabend, 3. März

10.30 Uhr: Mitgliederversammlung (Einlass ab 10 Uhr)

Mittagspause

14.15 Uhr: Gedenken an Agnes Miegels Grab

Möglichkeit zum Kaffeetrinken im Hotel Hannover

15.30 Uhr: „Hör, wie draußen deine Tochter singt!" – Ein Vortrag von Dr. Sebastian Harms Bolte (Hamburg) über die Bedeutung des Raumes in Agnes Miegels Ballade „Schöne Agnete".

Zirka **16.30 Uhr**: „Als Sie sang im Laub der Trauerbirken…" Annemete von Vogel (Wunstorf) spricht Balladen und Gedichte von Agnes Miegel

Änderungen sind vorbehalten. Der Eintritt ist frei. Die Veranstalter bitten jedoch herzlich um Spenden zur Deckung der Kosten für die Veranstaltung! Gäste sind willkommen.



„Mutter Ostpreußen": Agnes Miegel (1879–1864) in Bad Nenndorf Bild: Archiv

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

Wetzlar – Montag, 12. März, um 12 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Grützwurstessen mit Referat von Karla Weyland zum Thema „Was Essen zum Genuss macht“. Sie erläutert ostpreußische Spezialitäten und informiert über Gebräuche beim Essen und Trinken. Das Treffen beginnt mit einem Grützwurstessen, das es gegen Vorbestellung gibt. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 13. März, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Um „heitere Geschichten aus der Heimat“ geht es beim Treffen der Frauengruppe. Gäste sind herzlich willkommen.

Darmstadt/Dieburg – Unser „Preußisches Fastelowend“ feierten wir im geschmückten Saal am 10. Februar. Nach kurzen Begrüßungsworten durch Gerhardt Schröder und Christian Keller konnten die Besucher unserer Veranstaltung, bis zur Ausgabe des Essens – es gab Grützwurst, Sauerkraut und selbstgemachtes Kartoffel-Püree – ein wenig plachandern, was ausgiebig genutzt wurde. Viele Gäste waren gekommen und Gerhard Schröder meinte sogar scherzhaft, dass man von einem Insterburger Treffen sprechen könnte.

Kreppel und Kaffee rundeten den Genuss ab. Im Anschluss konnte, wer wollte, einen närrischen Beitrag leisten. Lustige Anekdoten und gekonnt gestaltete Vorträge trugen zu einer ausgelassenen Stimmung bei. Auch unsere Insterburger Gäste beteiligten sich umfassend daran.

Mit sehr schönen musikalischen Einlagen durch Herrn Fischer wurde zum Mitsingen der Fastnachtslieder eingeladen. Auch das Tanzbein wurde zahlreich und mit ungeahntem Engagement geschwungen. Anni Oest gedachte wieder, aber heute mit einem lustigen Beitrag, unserer Geburtstagskinder der letzten vier Wochen. Mit einem Trompetensolo von Herrn Fischer ging unsere Zusammenkunft zu Ende.



Wetzlar: Über die einzigartigen Spezialitäten der ostpreußischen Küche spricht Karla Weyland am 12. März Bild: privat

Unser nächstes Treffen findet am 17. März statt, und beginnt wieder um 11 Uhr.

Wir wünschen allen Kranken eine gute Genesung und hoffen, dass sie bald wieder an unserer Veranstaltung teilnehmen können.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 10. März, 10 bis 17 Uhr, Volkshaus Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt): Frühlingstreffen der Ostpreußen. Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten sind herzlich eingeladen. Eigens zu diesem Anlass nimmt der russische Kant-Chor Gumbinnen die weite Anreise aus dem Königsberger Gebiet auf sich. Ebenso hat der große ostpreußische Philosoph Immanuel Kant höchstselbst sein Kommen zugesagt. Wiewohl er doch Königsberg selten, Ostpreußen aber niemals verlassen hat! Kant wird viel Wissenswertes, Ernstes und Heiteres aus Ostpreußen zu berichten wissen. Das Heimattreffen wird vom Posaunenchor Bansin festlich umrahmt. Den Nachmittag rundet das Fritz-Reuter-Ensemble Anklam mit einem bunten Strauß von Volks- und Frühlingstänzen ab. Wie immer ist für Mittagessen, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 600 Besucher.



Anklam: Die Veranstalter des Frühlingstreffens machen es spannend und kündigen sogar den Besuch Immanuel Kants an. Ob der große Königsberger Philosoph tatsächlich von seinem Sockel steigt und die Feiernden beehrt, lässt sich am 10. März im Festsaal des Volkshauses herausfinden Bild: privat



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Mittwoch, 28. Februar, Jasperallee 42 (Einganzg Sozialverband): Monatsversammlung.

Oldenburg – Zur Versammlung am 14. Februar hatten wir Eckhart Hoffmann zu Gast. Als gebürtiger Rosenberger, Westpreußen, berichtete er von seinem Vater Georg Hoffmann, (1900–1963), der als Lehrer und Ornithologe zunächst in der westpreußischen Heimat und nach der Flucht in Syke die Vogelwelt erkundete. Er hat seine Beobachtungen in mehreren Büchern publiziert und im Schulfunk davon berichtet. „Georg Hoffmann erzählt“ hieß eine Sendung bei Radio Bremen. Er war in seiner Umgebung sehr bekannt, sein Sohn musste ihn oft in die Verstecke begleiten, von wo aus er die Vögel beobachten und fotografieren konnte. Heute verwaltet er dessen Nachlass, aus dem er uns die Hörprobe einer Schulfunksendung vorspielte. Ein sehr lehrreicher Nachmittag ging viel zu schnell vorbei.

Beim nächsten Treffen am 14. März berichtet Dr. Christopher Spatz, Bremen, über seine Dissertationsarbeit: „Nur der Himmel blieb derselbe: Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“, über die Wolfskinder in Litauen. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen, im Stadthotel um 15 Uhr.

Gisela Borchers, Vorsitzende

Osnabrück – Freitag, 16. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 8. März, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße). Bei diesem Treffen der Gruppe wird der Vorsitzende des NABU Rinteln, Dr. Nick Büscher, zum regional und überregional interessanten Thema „Auenlandschaft Hohenrode“ referieren und ergänzend zu seinem Vortrag auch Bilder zeigen. Gäste aus Nah und Fern sind herzlich willkommen. Weitere Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (0 57 51) 53 86 oder über rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

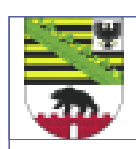
Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 8. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung. Es ergehen besondere Einladungen.

Bonn – Dienstag, 6. März, 18 Uhr, Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74, Bonn-Beuel: Jahreshauptversammlung mit gemeinsamem Königsberger-Klopse-Essen. – Mittwoch, 7. März, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen des Freundeskreises der Ost- und Westpreußen, ein Gesprächskreis in lockerer Runde. Gäste sind herzlich willkommen.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch um Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

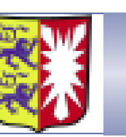
Düsseldorf – Mittwoch, 28. Februar, 18 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Vorführung des Films „Verlorene Dörfer in Masuren“. – Mittwoch, 7. März, 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag, 9. März, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtischtreffen, Donnerstag, 15. März, 18 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus: Offenes Singen mit Marion Cals.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 2. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Gemeinsames Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

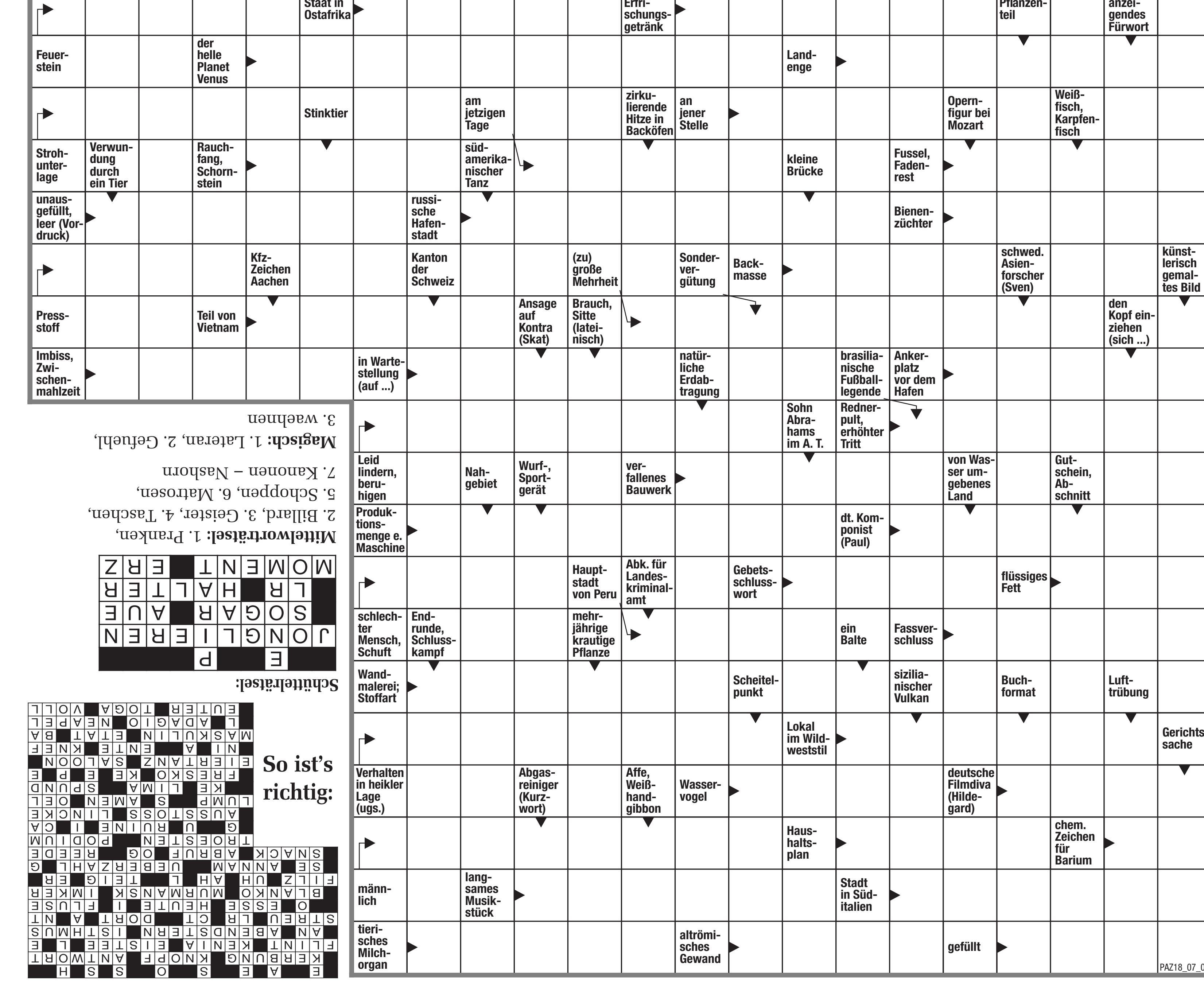
Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 13. März, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Der Kreisvertreter von Rastenburg, Hubertus Hilgendorff aus Flehm, spricht über aktuelle Themen zu Ostpreußen und zum Ostpreußischen Landesmuseum. Gäste sind herzlich willkommen.

Mölln – Mittwoch, 28. Februar, 17 Uhr, Quellenhof: Jahreshauptversammlung. Wenn alle Regularien erledigt sind, sehen wir den Videofilm „Von der Danziger Bucht ins Memelland“. Danach findet das traditioneller Königsberger-Klopse-Essen statt.

Uetersen – Freitag, 9. März, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: „Island ist anders!“ – Ein Dia-Vortrag von Frau Dr. Kaiser über die außergewöhnliche Insel am Polarkreis.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



Schüttelrätsel

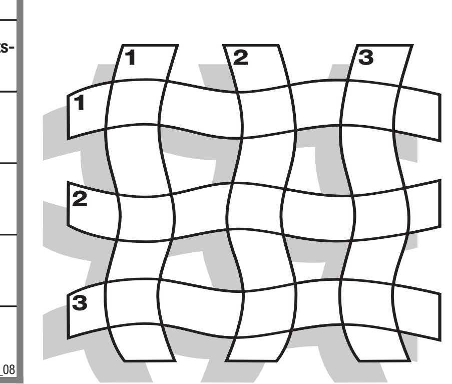
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EEGIJ LNNOR	LOOS		EMNOR	AHLN		AIPRT	AERT	EERU	ENRZ
AGORS						AEU			
EMMN OT			AEHL RT						
						ERZ			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für Rhinozeros.

1	TIGER								HIEB
2	POOL								TISCH
3	PLAGE								BAHN
4	HAND								UHR
5	FRUEH								WEIN
6	LEICHT								ANZUG
7	SCHNEE								OFEN



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 früherer Papstpalast in Rom
2 Emotion, Empfindung
3 glauben, vermuten

»Diese Erde ist alles, was ich hatte und habe«

Ein Nachruf auf August Roßig (1928–2017) – Ein beispielhaftes Schicksal für all jene Ostpreußen, die in der Heimat blieben



Hunderte kamen zu seiner Trauerfeier: Roßig, hier bei einer Buchpräsentation, verstarb am 10. Oktober auf dem Bauernhof seiner Eltern

In allen Ostgebieten des Deutschen Reiches, die 1945 polnischer Verwaltung unterstellt wurden, blieben Hunderttausende von Einheimischen zurück, die entweder die Flucht vor der Roten Armee nicht angetreten hatten oder aber unterwegs wieder umkehrten, weil der Winter zu streng war und die Flucht zu gefährlich. Der überwiegende Teil dieser Deutschen wurde in den Jahren 1946 bis 1948 ausgesiedelt oder vertrieben. Ein kleiner Teil, der, freiwillig oder gezwungen, für den polnischen Nachkriegsstaat optiert hatte, durfte bleiben.

Im ersten Band der Buchreihe „Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven“ (Verlag Herder-Institut, Marburg 2000), kann man nachlesen, dass es in der heutigen „Wojewodschaft Allenstein“ (Ermland und Masuren) 1945 noch 145573 Deutsche gab, die im Sommer und Herbst 1945 als Erntehelfer eingesetzt wurden.

Unter den Deutschen, die 1945 in ihrer Heimat blieben und in den Folgejahren nicht ausgesiedelt wurden, gehörte auch der 1928 geborene Landwirt August Rossig aus dem Dorf Kotzargen bei Rastenburg. Er ist am 10. Oktober 2017, im 89. Lebensjahr, auf dem Bauernhof seiner Eltern verstorben. Sein Schicksal steht für das Hunderter Ostpreußen, die auch nach dem Krieg dort blieben, wo sie geboren und aufgewachsen waren.

Wer August Rossig einmal auf den Tagungen der „Masurischen Gesellschaft“ in Sensburg oder

Nur durch Erpressung wurde er Pole

Kruttinnen erlebt hat, war begeistert über das breite Ostpreußisch, das er bis ins hohe Alter sprach und wofür er von den in Westdeutschland lebenden Ostpreußen, die nach Masuren reisten, bewundert wurde. August Roszig (so die polnische Schreibweise seines Nachnamens!) wurde am 23. Dezember 1928 in Kotzargen geboren. Als am 15. Januar 1945 die Einberufung zur „Wehrmacht“ erfolgte, war er gerade 16 Jahre alt. Die Reise von Sensburg nach Plock an der Weichsel, wo er sich melden sollte, dauerte drei Tage. Nun begann eine Irrfahrt durch das vor der Niederlage stehende Deutschland. Sie führte ihn über Thorn, Bromberg, Berlin, den Harz und Sachsen in die russische Kriegsgefangenschaft, aus der er fliehen konnte. Sein einziges Ziel war, unversehrt heimzukehren nach Kotzargen, wofür er zwei Wochen brauchte und am 10. Juni 1945 eintraf.

Fast ein halbes Jahr war er weggewesen und erkannte sein Dorf kaum wieder. Von seiner Mutter erfuhr er, dass seine Schwestern Helena (1925) und Irmgard (1926) nach Sibirien verschleppt worden waren. Ihren zurückgekehrten Sohn August versteckte sie vorerst in einem Vorratsraum, vor dessen Tür sie einen Schrank schob. Später erfuhr er, dass Schwester Irmgard im Sommer 1945 aus dem Lager entlassen worden war und bei Tante Greta in Berlin lebte.

Auf dem Hof lebten jetzt seine Eltern, der 1930 geborene Bruder Gerhard und er. Dieser kleine Bauernhof war, so schrieb er 2008 in der „Masurischen Storchenpost“ „meine ganze Welt“. Als er sein Versteck im Vorratsraum verließ, fand er Haus, Scheunen und Ställe ausgeplündert, die Tiere bis auf eine Kuh von den Soldaten der „Roten Armee“ weggetrieben. Sie schlachteten auch noch das letzte Schwein, wobei August Roßigs Vater auf dem Klavier Begleitmusik spielen musste, um die Geräusche des Schlachtens zu übertönen.

Fast alle Höfe wurden im Nachkriegssommer 1945 von Frauen geführt. Die Männer waren entweder noch in Gefangenschaft oder im Krieg gefallen. Die im Dorf Kotzargen, das bald in Koczarki umbenannt werden sollte, wohnenden Russen hatten die Einwohner vor Plünderern zu schützen, die bewaffnet durchs Land zogen. Da August Roßig irgendwo auf dem Hof seiner Eltern 20 Spaten gefunden hatte, die zum Ausheben von Schützengräben verwendet worden waren, gruben er, sein Vater und sein Bruder ein beträchtliches Stück Acker um, aber die Arbeit war so schwer, dass sie auch mit der Kuh, die sie vor den Pflug gespannt hatten, nicht vorankamen. Schließlich erinnerten sie sich an den Traktor, der noch bis zum Kriegsende beim Nachbarn in der Scheune gestanden hatte. Er war, mit einem Haufen Reisig bedeckt, noch nicht gefunden und weggebracht worden. Als die Felder fast umgepflügt waren, wurde die Zugmaschine von den Russen beschlagnahmt. Als das Getreide, das man gesät hatte, im Sommer eingefahren war, wurde es wiederum beschlagnahmt.

Vor den ostpreußischen Bauern in Kotzargen standen ein harter Winter und der nackte Hunger. Mit einer russischen Beutewaffe ging August Roßig zum Wildern in die umliegenden Wälder. Mit Milch von ihrer einzigen Kuh, mit Honig, den es reichlich gab, und gewildertem Fleisch überstanden sie die Hungerwochen bis zum Frühjahr 1946. Irgendwo in einem Nachbardorf fand August Roßig dann einen zerstörten Traktor, den er abschleppen ließ und reparieren konnte. Damit konnte er anderen Bauern bei der Ernte helfen und machte sich unentbehrlich. Wären da nicht die Plünderer gewesen, die immer wieder die Dörfer heimsuchten und die Bauern ausraubten, wäre es schneller aufwärtsgegangen.

Als die Bauernfamilie Roßig wieder Kühe, Pferde, Ferkel und Geflügel im Stall hatte, wurde der Hof noch einmal ausgeraubt. August Roßig, der sich verteidigte, wurde mit dem Gewehrkolben niedergeschlagen. Später im Jahr



Roßig mit seiner Frau Helga: „Achtung mit schwerer, solider Arbeit errungen“

Bilder (2): Hahnkamp

1946 wurde den Landwirten von den Behörden befohlen, ihre Kühe, ohne dass Gründe angegeben wurden, zum Landgut zu bringen. Nichtsahnend trieben sie ihre Rinder dorthin und erfuhren, dass sie beschlagnahmt wären, was gegen jedes Recht verstieß. Ohne Kühe aber hätten die Bauern, die alle bis auf eine polnische Familie Ostpreußen waren, nicht überleben können. Darauf wurde ihnen gesagt, wer unterschreibe, die polnische Staatsangehörigkeit anzunehmen, der bekäme seine Kuh zurück. Gezwungenermaßen beugten sich alle der Erpressung und unterschrieben.

Für vier Jahre musste er ins Gefängnis

Jahre später, als die Versorgungslage viel besser geworden war, geriet er, nun 23 Jahre alt, durch jugendliche Unerfahrenheit in eine Falle, die ihm ein polnischer Hilfspolizist gestellt hatte. Da er Waffen zur Selbstverteidigung besaß, wurde er „wegen bewaffneten Widerstands gegen die neue Regierung“ zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Von 1952 bis 1956, als Wladyslaw Gomulka in Warschau Vorsitzender der „Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei“ wurde und eine Amnestie erließ, saß er in Wartenburg bei Allenstein im Gefängnis.

Als er entlassen und nach Kotzargen zurückgekehrt war, in den Jahren 1956/57, reisten einige ostpreußische Bauernfamilien nach Deutschland aus, er aber blieb: „Diese Erde ist alles, was ich hatte und habe, was ich am meisten liebte. Es ist mein väterliches Erbe, das ich hüten werde bis ans Ende meiner Tage, Unter den neuen Nachbarn habe ich viele sehr anständige Menschen getroffen. In schwierigen Zeiten standen sie mit Rat und uneigennütziger Hilfe bei. Ich denke, dass ich die Achtung, der ich mich unter den Nachbarn erfreue, mit schwerer, solider Arbeit errungen habe und auch damit, dass ich mich in die neue Heimat hineingefunden und nicht die Erde meiner Väter verlassen habe“, schrieb er 2008 in der Storchenpost.

Zur Trauerfeier für August Roßig nach Kotzargen sind Hunderte von Freunden und Bekannten gekommen, Deutsche und Polen, von denen nur ein geringer Teil Platz in der evangelischen Kapelle fand. In seinem Nachruf im Oktoberheft 2017 der „Masurischen Storchenpost“ schrieb Tadeusz S. Willan, der Vorsitzende der „Masurischen Gesellschaft“, dass Roßig, wie alle Deutschen in Masuren nach 1945, seine deutsche Muttersprache, die er sehr liebte, in den ersten Nachkriegsjahren nicht sprechen durfte. Als sich im Herbst 1990 auf einem Treffen der Heimatverbliebenen einige Deutsche beklagten, dass sie deshalb so schlecht Deutsch sprächen, soll er gesagt haben: „Was sagt ihr da? Was heißt verboten? Mit meinem Pferd konnte ich immer Deutsch sprechen.“ *Jörg Bernhard Bilke*

Scharlatan in Vollendung

Zu: Deine Freunde (Nr. 7)

Ich kann mich gut erinnern: Rauf und runter wurde Sigmar Gabriel gelobt. Und zwar hauptsächlich von den öffentlich-rechtlichen Medien. Man hat fast das Gefühl gehabt, der Außenminister habe ein Dauer-Abo bei den Medien. Lobgesänge, bis einem schlecht wird!

Jetzt musste der Bürger live miterleben wie von Sinnen „Stinkefinger Gabriel“, „Sankt Martin“ und „voll in die Fresse Nahles“ sind. Für mich war Gabriel ein Scharlatan in Vollendung, der innerlich gedacht hat: Ich bin mir selbst der Nächste. Ich bin auf das Äußerste entsetzt und empört. Unverantwortlich und völlig daneben ist dieses Verhalten der sogenannten Politikerelite“.

Das trifft übrigens auch auf die Journalisten in den öffentlich-rechtlichen Medien zu. Die sind keinen Deut besser. So wird das in Deutschland nichts mehr. Die degenerierte Elite steuert Deutschland ungebremst in die Anarchie.

Es wird in ein paar Jahren nur noch Sodom und Gomorra in Deutschland herrschen. Die Belege: Wohnungsnot, Kinderarmut, Altersarmut, das Vermögen der Reichen explodiert, Zeitarbeit, Aufstocker, unbezahlbare Mieten, unbezahlbare Energiekosten, unbezahlbare Nebenkosten. Da könnte ich im Kleingedruckten unzählige Seiten füllen.

Wie schon erwähnt: Die Zeitenwende ist da. Die Anarchie wird kommen. Macht nur weiter so!

Paul Nemec, Sachsenheim

Vom Wortbruch zum Zerfall

Zu: Auf den letzten Metern (Nr. 6)

Die älteste Partei Deutschlands, in die ich 1970 aus Überzeugung eingetreten bin, scheint dem Schicksal aus der Weimarer Republik nachzugehen. In der Sowjetischen Besatzungszone, später DDR, war sie der Gegenpol zur KPD, bis sie sich zur SED hat zwangsvereinigen lassen. Im Westen allerdings zeigte sie sich als Inbegriff des friedlichen Kampfes gegen jegliche Diktatur.

Mein Austritt erfolgte in dem Moment, da sich unsere SPD ausgerechnet in unserer Hauptstadt Berlin dazu hinreißen ließ, gemeinsam mit der SED, die sich schließlich über die PDS zur Linken wandelte, eine Koalitionsregierung zu bilden. Jetzt ist aus dieser SPD eine Partei geworden, die mit Wortbrüchen zu überleben versucht. Sie will in eine Regierung eintreten, zu der ihr Vorsitzender, der „mit den Haaren im Gesicht“, wie wir von Sigmar Gabriel hören, „auf keinen Fall eintreten“ wollte.

Ich fürchte, die gerade so rasant steigende Mitgliederzahl wird schnell wieder schrumpfen, wenn der Mitgliederentscheid ein negatives Ergebnis eingebracht haben wird. Dann, so fürchte ich, werden wir in eine ähnliche Situation kommen, wie wir sie aus der Weimarer Republik kennen: Die Parteien der Mitte zerfallen und werden von den Extremen rechts und links überholt. Wird dies eine heilsame Lehre oder wird die älteste Partei Deutschlands zerfallen?

Gerhard Hahl, Altenholz

Steuerzahlende Fußabtreter

Zu: Vom gefährlichsten Ungeheuer aller Zeiten (Nr. 6)

Wie zu befürchten war, bewahrheitete sich die gefährliche Zukunftsvision Eva Hermans, und es wäre gewiss völlig egal gewesen, ob dieses gefräßige Ungeheuer den Titel „Groko“, „Jamaika“ oder „Ampel“ getragen hätte.

Allein die Dauer des Zustandekommens einer sogenannten „Regierung“, die einem Gruselkabinett gleicht – egal, welche Gesichter es bevölkern –, und des verwaschenen „Inhalts“ eines sogenannten „Koalitionsvertrages“ beweisen, dass der einst für mündig respektierte deutsche Bürger scheinbar nur noch dazu tauglich ist, als steuerzahlender Fußabtreter benutzt zu werden. Denn eigentlich hatte dieser im September 2017 mit den letzten Resten einer Demokratie, die ihm ein Wahlrecht noch zubilligen, anders entschieden.

Nun wird es also weitergehen: mit dem weiteren Ausverkauf zugunsten einer irrwitzigen Brüsseler Diktatur, mit der weiteren Missachtung objektiver gesellschaftlicher Gesetze, mit der weiteren Ausbeutung des deutschen Steuerzahlers, mit der weiteren Verblödung durch staatlich gelenkte Massenmedien, mit der weiteren Bevormundung und Maßregelung Andersdenkender unter Vorspiegelung einer Meinungsfreiheit, die es längst nicht mehr gibt. Besonders als einstiger DDR-Bürger fragt man sich: Was ist seit 1989 aus diesem Land geworden?

Manfred Kristen, Freital

Reine Farce

Zu: Deine Freunde (Nr. 7)

Der Niedergang der Genossen, welche sich „sozial-demokratisch“ verorten, ist eine reine Farce, und die Regierungsbildung ein Schmierentheater von besonderer Güte. Es geht dabei um Posten und Pöstchen und sonst gar nichts. Oberchefin Angela Merkel von der CDU verliert ihre besten Vasallen und wird demnächst nach einem neuen Außenminister Ausschau halten müssen. Der Mann mit „den Haaren im Gesicht“ und dem „schütteren Scheitel“ hat das Handtuch geworfen.

„Wenn wir schreiten Seit’ an Seit’“ hieß es bei den „Sozis“ einmal. Diese Zeiten sind lange vorbei. Heute wird der „Klassenkampf“ nur noch um privilegierte Plätze an den Futterkrippen im Deutschen Bundestag geführt. Versteckt versteht sich, denn der Anschein muss gewahrt bleiben. Martin wurde nun geopfert, aber niemand wird ihm eine Träne nachweinen. Die geifernden sogenannten etablierten Politiker haben sich selbst entlarvt und ernten, was sie selbst gesät haben.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg



Beste Feinde: Früher passte kein Blatt zwischen Martin Schulz und Sigmar Gabriel. Das nach den Groko-Verhandlungen zerrüttete Verhältnis der beiden Politiker spiegelt den gegenwärtigen Zustand der SPD wider Bild: Imago

Ein Qualitätsabfall

Zu: Irans Freisler (Nr. 3)

Bei aller berechtigten Kritik am iranischen Regierungssystem, sollte man Vergleiche mit Geschehnissen des Dritten Reichs mit Vorsicht anwenden, noch dazu im Chor mit bestimmten interessierten Gruppen und Personen, die so medial Kriegsinterventionen vorbereiten.

Vom Freisler-Vergleich ist zumindest gedanklich der Schritt zur Gleichsetzung der gewählten iranischen Regierung mit dem Hitler-Regime nicht sehr weit mit dementsprechenden Konsequenzen. So ein Niveau sollte man den auch in Ihrem Blatt richtigerweise als „Systempresse“ bezeichneten Mainstream-Medien überlassen, am besten gleich der „Bild“-Zeitung.

Für die hervorragenden Analysen von Florian Stumfall und ihren weiteren Autoren, die wunderbaren Beiträge von Eva Herman und dem spitzen Florett von Hans Heckel sei Ihnen gedankt, daher schätzen wir die *PAZ*, ihre geistige Offenheit und ihre Repräsentanz von wirklich freier Presse.

Florian Klinger, München

»Sowohl-als-auch«-Haltung geht nicht dauerhaft

Zu: Auf den letzten Metern (Nr. 6)

Die Fragen, die sich aus dem Beitrag über das „Groko-Gewürge“ ergeben, lauten: Warum verkleinert die politische Krise, laut dem Autor Heckel auch eine Krise des „einfach Weitermachens“, hauptsächlich die SPD und nicht etwa die CDU/CSU, die ja ab 2015 hauptverantwortlich falsche politische Weichen gestellt hat? Und: Wie sozialdemokratisch will die AfD werden, um zukünftig eindeutig erster Ansprechpartner der Rentner, Schwerbehinderten und Prekarisierten zu werden?

Meine Antwort geht in die Richtung, wie der im Sudetenland geborene SPD-Politiker Peter Glotz 1989 sagte: „Europa, das ist kulturell die Vielfalt.“ Die SPD in ihrer Parteielite hat heute nicht verstanden, dass die Aussage von Glotz nicht als politische Aufgabe für Europa im Verständnis als einer heutigen migrationspolitischen Agenda begriffen werden kann. Europa muss demnach der Vielfalt der Welt heute neue Herberge und Heimat werden. Viele ehemalige SPD-Wähler wünschen das jedenfalls so nicht.

Der AfD ist der politische Erfolg in den Schoß gefallen. Niemanden hat es in den letzten Jahren tiefschürfend interessiert, wofür die AfD neben den Schlagworten Heimatliebe, weniger Brüssel-Macht in Deutschland sowie der Wanderungsbewegungsbegrenzung steht. Man kann nicht dauerhaft pro und ebenso gegen Russland eintreten, kann im Bundestag nicht Opposition machen und gleichzeitig hoffen, die CDU/CSU möge doch bitte einen Antrag zur Aufhebung der doppelten Staatsbürgerschaft mittragen.

Die AfD wird nicht zuletzt klären müssen, ob sie zukünftig die Partei des Prinzips „Leistung muss sich wieder lohnen“ oder lieber der Anwalt der sozial Marginalisierten sein will. Entscheidungen werden fallen. Der politische Habitus des „Sowohl-als-auch“ wird dauerhaft nicht funktionieren.

Dr. Frank Wolfram Wagner, Lemgo

Zurück zur Verantwortungsethik

Zu: Wie Bundesorgane Recht brechen (Nr. 5)

Bundesorgane haben sich dem Recht anzupassen und nicht umgekehrt. Auch nicht Bundeskanzlerin Merkel in der Flüchtlingskrise, oder laut Ungarns Regierungschef Orban: Einer „moslemischen Invasion“. Wie auch immer man geneigt ist, diese Katastrophe zu apostrophieren: Sie hat Deutschland einen historischen Tiefschlag versetzt.

Noch nie hat ein Kanzler so sehr geltendes Recht gebeugt wie Merkel. Subjekt der Demokratie ist das Staatsvolk. Das ist die ethnisch deutsche Gemeinschaft. Über ihre Köpfe hinweg und ohne Einbindung des Parlaments hat Merkel 2015 die Grenzen geöffnet und Deutschland mit angeblich „willkommen“ geheißenen Ausländern illegal geflutet. Leiten ließ sie sich von einer Gesinnungsethik, die religiös oder einfach nur menschlich motiviert gewesen sein mag. Keine Spur von Verantwortungsethik, die das Gebot der Stunde gewesen wäre. Die Folgen: unabsehbar.

Das Grundgesetz billigt dem Volk zu, selbst zu entscheiden, ob es in einer Multikulti-Gesellschaft mit unterschiedlichen Sprachen und Werten oder in seinem traditionellen Kultur- und Wertesystem leben mag. Aber was kümmert Merkel schon das Volk? Die Nation hat einen Anspruch darauf, für ausländische Neuankömmlinge, die sich hier dauerhaft einrichten wollen, eine Obergrenze festzulegen. Sie ist bei diesem Personenkreis dem Grundgesetz immanent. Denn einzig und allein das Volk als Subjekt der Demokratie entscheidet, ob es in einem multikulturellen Sprachkessel zu leben wünscht oder seine eigene Identität bewahren will.

Die Politik ist gut beraten, wieder zur Verantwortungsethik zurückzukehren und die Nation auf seinem Weg in die Zukunft mitzunehmen. Die Geduld der Deutschen ist langatmig, aber nicht ewig.

Gerhard Heegen, Regensburg

Frauen halten den Machos aus dem Ausland die Tür auf

Zu: Gefährlich, exotisch, liebeshungrig (Nr. 3)

Verliebt in einen Asylsucher? Von verliebt sein kann wohl in den wenigsten Fällen die Rede sein. Eine Frau verliebt sich in einen Mann, den sie erst wenige Stunden kennt? Den sie auch nie wirklich kennenlernen wird? Es ist wohl eher der Reiz des Exotischen. Oder diesem armen, jungen, kriegsgeschädigten und traurigen jungen Mann muss geholfen werden, also eher bemuttern.

Es gibt auch deutsche Männer, die vergleichbare Schicksale (in der Regel auch unverschuldet) vorzuweisen haben. Aber sie sind nicht exotisch. Die Erwartungshaltung von einem großen Teil deutscher Frauen an den deutschen Mann ist: athletische Figur, gut aussehend, Manager, viel Geld, viel Zeit. Und jetzt kommen exotische Männer, und alles andere ist nicht mehr gültig. Dieser neue Mann bringt zwei Dinge bestimmt mit, nämlich viel Zeit und viel Schmalz. Der fremde Mann gibt ihr das Gefühl von viel Aufmerksamkeit und Frau zu sein.

Die Frauen haben zu Recht vor vielen Jahren die Gleichbehandlung, die Emanzipation gefordert. Aber aus den emanzipierten Frauen wurden relativ schnell sehr viele Emanzen. Heute reagieren viele Frauen äußerst merkwürdig, wenn zum Beispiel der Mann die Frau in den Mantel helfen oder eine Tür aufhalten will. Das Machogehabe ist gefragt.

Jetzt kommen fremde Männer, und jetzt genießen die deutschen Frauen ausgerechnet das, was man von den deutschen Männern nicht will. Diverse Frauen-Lobbyistinnen haben deutsche Männer zu Weicheiern gemacht.

Übrigens Alice Schwarzer und Co. sind die eine Seite. Es gibt aber auch hochrangige Frauen aus der Politik, die sich verächtlich gegenüber Frauen geäußert haben. Da gab es eine Oberbürgermeisterin, die sich im Zusammenhang mit der „Kölner Silvesterparty“ sinngemäß wie folgt äußerte: „Da muss die Frau eben eine Armlänge Abstand halten.“ Und eine CDU-Frau meinte: „Vergewaltigungen hat es schon immer gegeben.“ Wo war da der massive „Aufstand“ der Frauen?

Merken die Frauen nicht, wie sie im Hintergrund behandelt werden? Die „Refugees-welcome“-Einpeitscher haben erkannt, woran es ihren Schützlingen mangelt. „Warum Sex zur Integration gehört“, predigte das Onlinemagazin „Vice“ bereits im März 2016 seinen Lesern und berichtete über eine Spende von 150 000 Kondomen.

Mahnende Stimmen werden dabei rigoros mundtot gemacht. So warnte der Landeschef des Deutschen Philologenverbandes in Sachsen-Anhalt bereits 2015 in seiner Verbandszeitschrift ausdrücklich vor den orientalischen Machos: „Wie können wir unsere jungen Mädchen im Alter ab zwölf Jahren so aufklären, dass sie sich nicht auf ein oberflächliches sexuelles Abenteuer mit oft attraktiven muslimischen Männern einlassen?“ Prompt distanzierten sich der Bundesverband der Philologen und das Magdeburger Kultusministerium. Mehr noch: Im Stil stalinistischer Geschichtspolitik retuschierte der Landesverband die Warnung sogar aus seinem Archiv.

Weiteres stimmt nachdenklich: Seit der Grenzöffnung im Jahr 2015 wurden bis August 2017 etwa 1,3 Millionen Asylanträge erfasst. Frauen waren dabei eine überschaubare Minderheit. Bei den 16- bis 18-Jährigen waren 80 Prozent, unter den 18- bis 25-Jährigen 75 Prozent Männer. Die willigen deutschen Helfer der Vielfalt-Ideologie sind dagegen meist weiblich.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Edles, Schönes und Schnelles

Start der Oldtimersaison bei der Bremen Classic Motorshow

„Die Saison beginnt in Bremen“ ist der Slogan der Bremen Classic Motorshow, der ersten großen Klassikermesse zu Beginn des Jahres. Auch in diesem Jahr gab es hier wieder alles rund um das Thema historische Automobile und Motorräder, Junge Klassiker, historischer Motorsport, Ersatzteile und Zubehör zu sehen und zu kaufen. Und jede Menge Benzingespräche.

„Letztes Jahr war mehr“. Darin waren sich Aussteller und private Anbieter einig. Und ihr Eindruck trog sie nicht. Kamen 2017 noch über 45 000 Besucher zur Bremen Classic Motorshow, waren es in diesem Jahr nur knapp 41 000. Mit ihrem Besucherrückgang steht die Bremer Veranstaltung nicht allein. Selbst die beiden Leitmessen der Oldtimerszene, Retro Classics Stuttgart und Techno-Classica Essen, zählten nach jahrelangem Aufwärtstrend im Jahr 2017 deutlich weniger Gäste als in den Vorjahren. Der Grund: Die Oldtimerveranstaltungen haben inflationär zugenommen. Ihre Liste ist in diesem Jahr so lang wie nie zuvor, ohne dass die Zahl der Oldtimerenthusiasten entsprechend größer geworden ist. Inzwischen gibt es einfach zu viele, was am Ende allen schaden dürfte.

Die Bremer Messe kann immerhin von einem Alleinstellungsmerkmal profitieren: Früh im Jahr gelegen, markiert sie den Auftakt der Oldtimersaison. Und das nun schon zum 16. Mal. Dann wissen die Klassikerfahrer, dass es Zeit ist, ihre Schätze langsam aus dem Winterschlaf zu holen, damit sie fahrbereit sind, wenn sich endlich die Frühlingssonne durchgesetzt hat. Für die Klassikerfans ist die Veranstaltung ein wahres Dorado – zumindest für die aus dem Norden. Laut der Besucherbefragung nimmt knapp die Hälfte der Besucher eine Anreise von über 100 Kilometern auf sich, rund zehn Prozent reisen mehr als 300 Kilometer an. Schon das Sprachgewirr in der Kassenschlange zeigt, dass viele Besucher sogar aus dem Ausland kommen.

Ob von nah oder fern, die rund 660 Aussteller aus zehn Nationen sorgten dafür, dass jedem Oldtimerliebhaber etwas geboten wurde. Das galt gleichermaßen für den Besitzer eines Klassikers, der hier nach dem langgesuchten Ersatzteil fahndet, wie für denjenigen, der zum Einstieg in das Oldtimerhobby Ausschau nach einem günstigen Exemplar hält, oder für den Interessenten, für den ein Oldtimer nicht nur ein Liebhaberobjekt, sondern auch eine lukrative Geldanlage ist.

Schier unübersehbar ist das Angebot an Zubehör, Ersatzteilen sowie automobilen Historika und Dekorationsstücken. Auch wer nach Fachliteratur, alten Betriebsanleitungen oder Autoprospekten Ausschau hält, wird nicht enttäuscht. Diejenigen, die einfach nur Freude am Anblick schöner Klassiker haben, kommen auf der Bremer Messe ohnehin voll auf ihre Kosten. Überall blitzt und glänzt es und das in acht Hallen auf insgesamt rund 47 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche. Auch wenn vierrädrige Fahrzeuge die Bremen Classic Motorshow dominieren, kommen hier die Liebhaber alter Motorräder ebenfalls auf ihre Kosten. Ihrem Hobby ist eine eigene Halle samt privater Verkaufsbörse gewidmet.

Highlights der Messe waren auch in diesem Jahr die Sonderschauen. Wie in einem eleganten Autosalon präsentierten sich zwölf Schnellreise-Coupés, darunter auch der Citroën SM von Leonid Breschnew. Nur in geringer Stückzahl gebaut, prägten sie von den 1950er bis in die 1970er Jahre die Vorstellung von einem luxuriösen Traumwagen. „Gran Turismo 2+2: Jetset für die Straße“, lautete der Titel der Sonderschau der edlen, eleganten und für ihre Zeit konkurrenzlos schnellen 2+2-Sitzer, die nicht nur Vertreter einer Fahrzeugklasse, sondern zugleich einer außergewöhnlichen Fahrkultur sind.

Die zweite Sonderschau der Bremen Classic Motorshow „Best of British – The TT-Legends“ zeigte Motorräder aus den großen Rennjahren der „Isle of Man Tourist Trophy“, dem berühmtesten Motorradrennen der Welt, das seit 110 Jahren ausgetragen wird. Zu sehen waren bis dahin noch nirgendwo gezeigte englische Rennmaschinen aus den Jahren 1914 bis 1962, darunter originale Siegermaschinen.

Eine besondere Faszination übten die in Halle 6 ausgestellten acht Überlebenden der US-amerikanischen Fahrzeugkultur der 1950er bis 1960er Jahre aus. „Survivors“, so auch der Name der Sonderausstellung, sind unrestaurierte Fahrzeuge mit Originallackierung, an denen Oxidation, Abnutzung, Sonnenlicht und Stoffe aus der Atmosphäre ordentlich Alterungsspuren hinterlassen haben. Auch wenn sie in den Augen unwissender Ignoranten heruntergekommen sind und in die Schrottpresse gehören, zahlen Liebhaber für solche Autos mit Patina nicht selten höhere Preise als für restaurierte Exemplare.



Fuhr einst auf Moskaus Straßen: Leonid Breschnews Citroën SM



Noch herrscht kein Gedränge an den Ständen: Wer fotografieren will, muss früh kommen

Wie bei vielen anderen, so war auch bei ihnen der Krieg der Vater aller Dinge: Geländewagen. Mit einer Auswahl von sechs Fahrzeugen zeichneten die Messe Bremen und das Münchner Fachmagazin „Off Road“ mit einer Auswahl von sechs berühmten Fahrzeugen vom Urvater dieser Fahrzeugart, dem Willys-Overland MB, über den seit Jahrzehnten nahezu unverändert gebauten Land Rover bis zum Mercedes G deren Geschichte nach.

Erstmals waren auf der Bremen Classic Motorshow auch nicht motorisierte Zweiräder zu sehen und zu haben. So präsentierten Sammler und Händler im Messe-Foyer die Sonderschau „Stahlrenner“ mit rund 40 Fahrradraritäten, an denen sich die Entwicklung von Design und Technik im Verlauf des 20. Jahrhunderts ablesen ließ.

Wer sich für einen Old- oder Youngtimer im eher unteren Preissegment interessierte, besuchte die mit 250 Exponaten wieder komplett ausgebuchte private Fahrzeugbörse im Messe-Parkhaus. Hier ging das Angebot quer durch den Garten, sowohl was die Marken als auch die Baujahre und Preise betrifft. Während in den Hallen fast alle Exponate in tadellosem Zustand waren, hatte an manchen der hier angebotenen Fahrzeuge schon der Zahn der Zeit genagt. Immerhin, bei denen sah man wenigstens, woran man war. Für den Verkauf aufgehübschte Autos, bei denen man nicht sehen konnte, was sich unter Spachtel und Lack verbirgt, waren nämlich auch hier ein Problem. Wenn die Arbeiten dann auch noch dilettantisch ausgeführt worden waren, sorgte das für Unmut beim Publikum. So bekam mancher Verkäufer, der sein Fahrzeug als tadellos anpries, einiges zu hören und blieb am Ende auf dem vermeintlichen Schmuckstück sitzen.

Mittlerweile hat sich eine rege Club-Szene entwickelt, was auch der Attraktivität der Bremer Messe zu Gute kommt. Nach Schätzungen des ADAC gibt es in Deutschland rund 3000 Oldtimer-, Youngtimer- und Markenclubs, die von einigen traditionsbewussten Herstellern gezielt gefördert werden. Wie vielfältig die Szene ist, konnte man bei den Präsentationen der Clubs in Halle 5 sehen, von denen sich rund 100 dem Publikum vorstellten. An ihren Ständen konnte man nicht nur anregende Benzingespräche führen, sondern sich auch wertvolle Ratschläge hinsichtlich Kauf, Restaurierung und Reparatur des betreffenden Typs holen. Den kennt eben niemand so gut wie einer, der einen hat und sich ihm mit Hingabe widmet.

Auch wenn „letztes Jahr mehr war“, ist die Messeleitung mit Verlauf und Ergebnis der diesjährigen Bremen Classic Motorshow zufrieden. Deshalb wird es auch im Februar nächsten Jahres wieder für die Klassikerenthusiasten aus dem Norden heißen: Auf an die Weser.

Jan Heitmann

Unterwegs mit der eigenen Hütte

Die einen leben auf großem Fuß, die anderen in winzigen Häusern – Sogenannte Tiny Houses sparen Geld und sind mobil zugleich

Eigentlich kennen wir in unserer Konsumgesellschaft das Verlangen nach Größe. Ein neues Automodell ist meist größer als die Vorgängerversion – sonst wären die Kunden unzufrieden. Wohnungen und Häuser, die neu gekauft oder angemietet werden, sollen größer sein als die aufgegebenen Behausungen – sonst lassen sich die über Jahre angehäuften Dinge nicht unterbringen. Größenwachstum ist ein Ausdruck des zunehmenden Wohlstandes jedes Einzelnen.

Unter diesen Voraussetzungen scheint es paradox, dass „Tiny Houses“ – auf Deutsch: winzige Häuser – seit etwa zwei Jahrzehnten im Gespräch sind und immer nachgefragter werden. Tiny Houses sind, wenn man auf eine Bildersuche im Internet geht, geschrumpfte Landhäuser, putzige Schachteln mit Giebeln, Veranden und Erkern auf kleinstem Raum.

Wie so viele Moden entstand die Tiny-House-Bewegung in den Vereinigten Staaten. Gerade nach der Finanzkrise von 2008, die vor allem hoch verschuldete Immobilienbesitzer traf, waren Kleinsthäuser, die man sich womöglich ohne Kredit leisten konnte, begehrt.

Tiny Houses sind aber mehr als nur ein günstige Lösung des Wohnproblems, sie gelten auch als eine moralische Alternative zu den 200-Quadratmeter-Häusern, in denen oftmals nur zwei oder drei Personen leben. Sich beschränken, mit wenig Raum auskommen, wenig Ressourcen verschwenden – das galt und gilt als die vermeintlich bessere Lebensführung der Zukunft.

Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts hatte der US-Schriftsteller und Philosoph Henry David Thoreau über das sinnlose Anhäufen von Besitz geschrieben, das ihn anwiderte. In seinem Hauptwerk „Walden oder Leben in den Wäldern“ schilderte er den eigenhändigen Bau einer kleinen Holzhütte im Wald, die voll und ganz seine Bedürfnisse befriedigen konnte. Thoreau zeigte den Amerikanern schon vor über 150 Jahren die Möglichkeit eines alternativen Lebens und die Schönheit der Askese. Sein Aussteigerbuch „Walden“ wurde in den USA selbst ein Heiligtum, es gehört bis heute zu den wichtigsten Werken der amerikanischen Literatur.

Die modernen Tiny Houses stehen ganz in der Walden-Tradition und bemühen sich, im so konsumorientierten und geldabhängigen 21. Jahrhundert eine glaubwürdige Alternative zu sein.

Während Thoreau seine Hütte in einen Wald stellte – unverrückbar und nur an diesem Ort vorstellbar – stellen die meisten Besitzer von Tiny Houses ihre Hütte auf einen Anhänger. Sie wollen mobil sein, wollen das asketische Leben mit wechselnden großartigen, womöglich erhabenen Naturbildern verbinden. Das Walden-Gefühl sollte reproduzierbar werden – an vielen Orten der USA und inzwischen längst auch in Europa.

Von Wohn-Mobilisten und Campern hingegen grenzen sich die Tiny-House-Fans ab. Sie wollen sich nicht einpassen lassen in die eingeschliffenen Konventionen der Camper, sie wollen nicht auf Zeltplätzen eine Nummer neben vielen anderen sein, sie wollen nicht auf Wohnmobil-Stellplätzen stehen und dafür bei der Gemeinde eine aus ihrer Sicht hohe Gebühr zahlen.

Tiny-House-Besitzer betonen ihre Individualität – und träumen von einsamen Naturgrundstükken, auf die sie ihr Minihaus stellen. Sie sind so sehr Individualisten in ihrem Denken, dass ihnen die Vorstellung, alle würden mit ihren Tiny-Häusern in die Natur ziehen und diese verstellen, gar nicht in den Sinn kommt.



Urgemütlich, wenn es draußen kalt ist: Minihäuser auf Rädern

Tatsächlich wird es in Deutschland wohl auch nie ein Problem mit der Ausbreitung von Kleinsthäusern geben – die deutsche Bauordnung steht dem entgegen. Während man sich in den USA nicht so sehr mit Baurecht und Wasser- wie Abwasseranschlüssen herumärgern muss, erweist sich in Deutschland die Genehmigung eines Minihauses als ein mühevolles und bürokratisches Unterfangen. Das mag der Grund dafür sein, dass man im Internet Hunderte wunderschöne Kleinsthäuser entdecken kann, dass sie sich im richtigen Leben jedoch noch rarmachen, nur gelegentlich als Ferienhäuser auf rückwärtigen Gartengrundstücken zu entdekken sind.

Immerhin haben sich eine Reihe von Tischlereien in Deutschland darauf spezialisiert, komplette Kleinsthäuser zu erstellen, inklusive Innenausstattung. Der Käufer kann von einfachen Varianten mit sechs Quadratmetern Wohnfläche bis hin zu voll ausgestatteten Häusern mit Schlafzimmer im Dachgeschoss wählen. Die Preise beginnen bei wenigen zehntausend Euro, während nach oben kaum Grenzen gesetzt sind.

Der Wunsch, asketisch, mobil und vielleicht auch irgendwie provisorisch zu leben, gehorcht auch in Deutschland eben nicht der Not. Es sind weniger Studenten und verarmte Großstädter, die mit den kleinen Häusern liebäugeln. Vielmehr begeistern sich gut verdienende Angestellte und nicht zuletzt Führungskräfte für die minimalistische Architektur. In einer Zeit der Patchwork-Familien, der gebrochenen Biografien und der regelmäßig berufsbedingt vollzogenen Wohnortwechsel erscheint ein provisorisches, rasch abzubrechendes und abzubauendes Wohnen ganz zeitgemäß. Um diesem Lebensgefühl einen Ausdruck zu geben, wählen manche das Minihaus. Andere interessieren sich für Wohnungen in ehemaligen See-Containern oder liebäugeln mit Baumhäusern. Dutzende Baumhaus-Hotels oder Baumhaus-Ferienwohnungen bieten Neugierigen die Möglichkeit, sich für ein paar Nächte auf das Leben mit immer weniger einzulassen. Bei Bad Zwischenahn wartet ein „Baumhaus Resort“ auf Gäste, und im Allgäu verspricht ein Hotelbetreiber, dass den in den Baumhäusern untergebrachten Reisenden jeden Morgen das Frühstück zwischen den Baumwipfeln serviert wird.

Man muss nur Stichworte wie Baumhaus, Tiny House, Minihaus oder Containerarchitektur im Netz eingeben: Unzählige Internetseiten zu den kleinen und winzigen Wohnhäusern aus Holz und Stahlblech beweisen, dass das Interesse am neuen asketischen Wohnen auch in Deutschland rasant wächst. Man spart Platz und Miete. *Nils Aschenbeck*

Russland und die Ukraine im Laufe der Geschichte

Im Februar 1918 wurde die Ukraine zum zweiten Mal in ihrer Geschichte ein unabhängiger Staat. Im Friedensvertrag von Brest-Litowsk musste das sowjetische Russland den harten Bedingungen der deutschen Sieger zustimmen und alle Völker an seiner westlichen Grenze freigeben. Bis auf die drei baltischen Staaten und Finnland machten das die Bolschewiki mit brutaler Gewalt wieder rückgängig, auch die Ukraine wurde Teil der jungen Sowjetunion. Für die Russen eine Selbstverständlichkeit: Russland, schreibt der emeritierte Wiener Osteuropahistoriker Andreas Kappeler, habe die Ukraine „bis heute nicht als eigenständige Nation akzeptiert, sondern betrachtet sie als Teil der sogenannten russischen Welt“.

Der Verlag konnte mit Kappeler keinen Besseren finden, um die Beziehungen zwischen Russen und Ukrainern durch die Jahrhunderte zu beschreiben. Das Bild der „ungleichen Brüder“ ist durchaus zutreffend: Der große Bruder fühlt sich für den kleineren verantwortlich, duldet aber nicht die geringste Eigenmächtigkeit des jüngeren. Das geht – man muss es so banal sagen – einfach nicht in seinem Kopf, der Kleine hat zu parieren. Und so war es denn auch seit gut 400 Jahren; im frühen 19. Jahrhundert umwehte die Ukraine aus romantisch-folkloristischen Gründen noch ein deutliches Wohlwollen. Das änderte sich abrupt, als nationalistische Strömungen auf Unabhängigkeit von Russland zielten.

Als gemeinsamen Ursprung sehen beide Völker die Kiewer Rus. Aber Kiew, das zeigt Kappeler sehr deutlich, war unter den in der Rus zusammengeschlossenen Fürstentümern allenfalls primus inter pares: Ein ebenso bedeutendes Zentrum war Nowgorod in Nordwestrussland. Zwei ganz

Beide berufen sich auf Kiewer Rus

unterschiedliche Entwicklungen trennten bald Russen und Ukrainer: Während sich die Russen in jahrzehntelangen Kämpfen gegen die Mongolen wieder befreiten und dabei in Form des Zarentums eine Zentralgewalt in Moskau entstand, stand die ukrainische Region von den Karpaten bis zur Krim lange unter polnisch-litauischer Herrschaft.

Nur einmal gelang ihr der Sprung in die Selbstständigkeit, als sich die bedeutendsten Kosakenstämme an Dnjepr und Don unter ihren Führern, den „Hetmanen“, vereinigten und einen eigenen Staat – das sogenannte Hetmanat – bilden konnten. Aber als sie in ihren Kämpfen gegen Polen den Zaren in Moskau um Hilfe baten, war das der Anfang vom Ende. Unerwartet schnell, wohl auch wegen der Tatkraft der russischen Herrscher seit Peter dem Großen, sank die Ukraine zu einer Teilregion des Russischen Reiches herab. Heute zählt das freie Hetmanat in der Ukraine als das goldene Zeitalter, nicht zuletzt wegen seiner liberalen Gesellschaftsordnung, die so vorteilhaft von der russischen Despotie abstach.

Für alle Völker in der Sowjetunion war die Stalinzeit eine Schreckenszeit. Die Ukraine traf es wegen ihrer wichtigen Funktionen für die UdSSR (Getreidekammer, Hort der Schwerindustrie) besonders hart. Jede Abweichung von der Parteilinie wurde blutig unterdrückt. Die furchtbare Hungersnot Anfang der 1930er Jahre, der Millionen von Menschen zum Opfer fielen, ist als „Holodomor“ (Völkermord durch Aushungern) in die Geschichte eingegangen. Im Zweiten Weltkrieg riss der von Stalin ausgerufene Patriotismus gegen die Deutschen auch die Ukraine mit. Gedankt wurde es ihr nicht.

Kappeler verwendet am Ende viel Raum auf die heutigen Beziehungen zwischen Russland und der seit 1991 unabhängigen Ukraine. Russland habe sich mit deren Unabhängigkeit nicht abgefunden und werde es, davon müsse man ausgehen, auch künftig nicht tun. Das zeigten die Besetzung der Krim und der unerklärte Krieg im Donezbecken im Osten des Landes, die auf eine andauernde Destabilisierung der Ukraine zielten. Die Ukraine brauche die moralische und materielle Unterstützung Europas, allein stehe sie auf verlorenem Posten. Der Frieden in der Region werde, so Kappeler, erst dann möglich ein, wenn Russland die Ukraine als eigenständigen und gleichberechtigten Partner anerkenne, „wenn es also seine Rolle als großer Bruder aufgibt“. Nach der Lektüre dieses materialreichen und höchst lesenswerten Buches kann man das allerdings einfach nicht glauben. *Dirk Klose*



Andreas Kappeler: „Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart“, *C.H. Beck Verlag, München 2017, broschiert, 267 Seiten, 16,95 Euro*

Um Fairness bemüht

Über US-Präsident Donald Trump ist schon massenhaft Papier beschrieben worden – in der Regel freilich nur von linksorientierten Kritikern, welche kein gutes Haar an dem Milliardär im Weißen Haus ließen. Deshalb kann man es nur begrüßen, dass mit „Trump verrückt die Welt“ nun ein etwas neutraler gehaltenes Buch erschien. Verfasst wurde dieses von Ansgar Graw, früher *PAZ*-Mitarbeiter und Chefreporter der „Welt“ sowie Senior Political Correspondent in Washington.

Der studierte Historiker hat Trump bei vielerlei Gelegenheiten persönlich erlebt und schildert alle wichtigen Facetten der Persönlichkeit des mächtigsten Mannes der Welt. Das geschieht in Kapiteln wie „Trump, der Unternehmer“, „Trump, der Politiker“ oder „Trump und die Frauen“.

Dabei kritisiert Graw nebenher auch die Politik der demokratischen Vorgänger des jetzigen Präsidenten, welche sich als unfreiwillige Wahlkampfhelfer für Trump betätigt hätten, indem sie es mit der Politischen Korrektheit übertrieben (Barack Obama) oder die Wirtschaft der Vereinigten Staaten ruinierten (Bill Clinton).

Des Weiteren orakelt der Verfasser, dass die Präsidentschaft Trumps weitreichende geopolitische Folgen zeitigen werde. So zum Beispiel dürfte die Unlust des impulsiven Blondschopfs, weiter am globalen amerikanischen Führungsanspruch festzuhalten, sowie dessen Bemühen, sich zuerst um die ureigensten Interessen der Vereinigten Staaten zu kümmern.

Allerdings kann auch der um Fairness bemühte Graw seine Herkunft aus dem Kartell der Mainstream-Presse nicht verleugnen, wenn er über die Wähler Trumps urteilt oder behauptet, der Präsident sei eine große Gefahr für die USA und die Welt, wie wir sie kennen. *Wolfgang Kaufmann*

Ansgar Graw: „Trump verrückt die Welt. Wie der US-Präsident sein Land und die Geopolitik verändert“, *F. A. Herbig, Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 2017, gebunden, 254 Seiten, 20 Euro*

Aktualisiertes Standardwerk

Wer eine Sprache möglichst perfekt beherrschen will, benötigt geeignetes Nachschlagematerial. Für die russische Sprache gilt der sogenannte Daum/Schenk als Standardwörterbuch für Schüler und Studenten. Das Nachschlagewerk hat schon viele Auflagen erfahren, gehörte es doch zu DDR-Zeiten schon zur Standardausrüstung eines Russischlernenden.

Im Langenscheidt-Verlag gibt es eine Neubearbeitung, die kaum Wünsche offenlässt. Neben 140 000 Stichwörtern gibt es Info-Tafeln mit stilistischen Verwendungsmöglichkeiten und gebräuchlichen Redewendungen. Zudem kann das Wörterbuch auch kostenfrei online genutzt werden. *MRK*



Edmund Daum/Werner Schenk: „Handwörterbuch Russisch. Neubearbeitung“, *Langenscheidt Verlag, München 2015, gebunden, 1394 Seiten, 35 Euro*

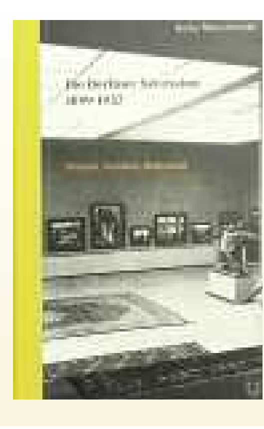
Geglücktes Gesamtkunstwerk zur Berliner Secession

Vor etwas über 100 Jahren geriet richtig Bewegung in die deutsche Kunstszene. Jugendstilmaler, Impressionisten und Expressionisten setzten sich gegen die etablierte Kunst durch, indem sie sich in eigenen Künstlervereinigungen organisierten und vermarkteten. Neben den Malern der „Brücke“, des „Blauen Reiters“ oder der Wiener Secession waren es besonders jene rund 200 Mitglieder der Berliner Secession, welche der Kunst des frühen 20. Jahrhunderts ihren Stempel aufdrückten.

Zur Berliner Secession hatten schon Rudolf Pfefferkorn 1972 und Peter Paret 1980 grundlegende Werke verfasst. Allerdings fokussierten sich diese um die wilhelminische Zeit von der Gründung 1899 bis zur Spaltung 1913. Durch Austritte bedeutender Künstler wie Max Liebermann und Max Beckmann sowie den Beginn des Ersten Weltkriegs verlor die Vereinigung zwar an Bedeutung, blieb aber bis in die NS-Zeit hinein bestehen blieb. Mit ihrem Buch „Die Berliner Secession 1899–1937: Chronik Kontext, Schicksal“ hat die Kunsthistorikerin Anke Matelowski jetzt eine Art Fortsetzung insbesondere zu Parets Standardwerk verfasst.

Als Mitarbeiterin im Archiv der Berliner Akademie der Künste saß Matelowski an einer wichtigen Quelle: Sie konnte dort für ihr Buch die 1998 entdeckten Protokollbücher der Secession auswerten, die sich im Nachlassteil von Lovis Corinth befanden. Der ostpreußische Maler war von 1915 bis zu seinem Tod 1925 Präsident der Secession. Matelowski schildert eindringlich die Kleinkriege, die im Vorstand um Ausstellungskonzepte und Aufnahme von neuen Mitgliedern ausgetragen wurden. Und sie erklärt, wie die Vereinigung nach 1932 von den neuen Herrschern vereinnahmt wurde, ehe sie 1937 „einfach aufhörte zu existieren“.

Der vorbildlich mit Gemäldereproduktion und historischen Aufnahmen bebilderte Band glänzt außerdem mit einem Serviceteil, der alle Secessionisten, Standorte mit Grundrissen sowie Kunst-Ausstellungen auflistet. Er ist so informativ wie ein Nachschlagewerk und so abwechslungsreich aufgebaut wie ein Kunstbuch. Chapeau für dieses geglückte Gesamtkunstwerk! *Harald Tews*



Anke Matelowski: Die Berliner Secession 1899–1937: Chronik, Kontext, Schicksal“, *Nimbus Verlag, Wädenswil/Schweiz 2017, gebunden, 672 Seiten, 68 Euro*

»Rettungsboot für den deutschen Generalstab« – Die Organisation Gehlen

Das Buch „Die Organisation Gehlen und die Neuformierung des Militärs in der Bundesrepublik“ von Agilolf Keßelring legt erstmals die Rolle dar, die ehemalige Offiziere nach 1945 im Rahmen der Organisation Gehlen (Org) spielten, und enthüllt damit eine der geheimsten Operationen in der Frühgeschichte der Bundesrepublik.

Der damalige CIA-Beauftragte für Deutschland sagte später ganz offen, Gehlen sei „das Rettungsboot für den untergegangenen deutschen Generalstab“ gewesen. Diesem gehörten Offiziere der Abwehr an, der „Fremde Heere Ost“ (Aufklärung gegen Sowjetrussland unter Gehlens Führung) sowie die Oberkommandos der drei Wehrmachtsteile, die teilweise im Nürnberger Prozess als „verbrecherische Organisation“ angeklagt waren. Der Generalstab war nach Kriegsende stark gespalten, manche waren anti-westlich, andere neutral, einige Offiziere sogar pro-östlich eingestellt. Die Verwendung von NS-Belasteten stellte für Gehlen ein Sicherheitsrisiko dar gegenüber Anwerbungen seitens der DDR-Stasi. Dass hohe SS-Führer während des Zweiten Weltkrieges für den KGB spionierten, erfährt der erstaunte Leser am Rande.

Anfangs bearbeitete dieser Wehrmachtskreis um die Org militärisch-historische Projekte. Ab Herbst 1947 ließ ihre gezielte Anwerbung von Generalstabsoffizieren auf einen veränderten Auftrag Gehlens schließen. Neben der Feindaufklärung und entsprechenden Analysen erfolgte nunmehr ebenfalls die Konzeptionierung zukünftiger deutscher Streitkräfte. Offiziere, die am Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligt waren, wurden mehr und mehr verdrängt, entscheidend war jetzt die fachlich-militärische Eignung. Gehlen selber favorisierte Vertreter des Generalstabs. Namen wie Speidel und Heusinger traten in den Vordergrund. Hatte man in Pullach anfangs an ein europäisches Militärbündnis gedacht, wurde bald die Einbindung in das atlantische Bündnis als wichtiger erachtet.

Vor einer engeren Zusammenarbeit mit den USA zögerten indes manche hohe Wehrmachtsoffiziere. Es war ein Dilemma zwischen der Besatzungsmacht und einer ausführenden Organisation, die aus Besiegten und von den Siegern verfemten ehemaligen Soldaten des besetzten Landes bestand.

1949 übernahm die CIA die Betreuung der Org, die neben der rein militärischen Aufklärung des Sowjetblocks dortige psychologische Veränderungen beobachten sollte sowie wirtschaftliche Indikatoren für Kriegsvorbereitungen und subversives Verhalten (als Anzeichen von Vorbereitungen auf eine kommunistische Machtübernahme).

Washington wiederum hatte zu berücksichtigen, dass eine wirksame Verteidigung Westeuropas angesichts der konventionellen militärischen Überlegenheit der UdSSR ohne westdeutsches Potenzial unrealistisch war: Der Koreakrieg beschleunigte die Entwicklung. Heusinger schlug in diesem Zusammenhang vor: Die Aufklärung, die westdeutsche Bevölkerung von der Notwendigkeit einer Verteidigung zu überzeugen, den gefährlichen Pazifismus zu bekämpfen sowie die Diffamierung des deutschen Soldaten in der öffentlichen Meinung des Auslandes zu beenden.

Die einstigen Wehrmachtsoffiziere waren der Meinung, sie hätten im Zweiten Weltkrieg ehrenhaft gekämpft. Sie wollten jetzt keine „Landsknechte der USA“ sein. Auch müsse klargestellt werden, dass nicht Deutschland es war, das den Anlass zu seiner jetzigen Bewaffnung gab: „Wir wollen nicht noch einmal den Vorwurf des deutschen Militarismus erleben!“

Adenauer drängte, die Offiziere sollten sich von den NS-Verbrechen distanzieren und sich zur Bundesrepublik bekennen. Die Ehrenerklärung des US-Generals Eisenhower für die deutschen Soldaten war eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Wiederbewaffnung. Es bedeutete aber nicht eine militärische Gleichberechtigung auf Augenhöhe mit den US-Streitkräften – was viele Deutsche glaubten.

Die Bundesrepublik Deutschland war kein souveränes Land damals: In Friedenszeiten war Gehlen Bundeskanzler Adenauer unterstellt, im Kriege indes der CIA

. Friedrich-Wilhelm Schlomann

Agilolf Keßelring: „Die Organisation Gehlen und die Neuformierung des Militärs in der Bundesrepublik“, *Ch. Links-Verlag, Berlin 2017, gebunden, 512 Seiten, 50 Euro*

Richtigstellung

Bedauerlicherweise ist die Überschrift zur Rezension des Buchs „Born of War“ in *PAZ* Nr. 6 vom 9. Februar „Vom harten Schicksal der Lebensbornkinder“ missverständlich, da sie inhaltlich nicht ganz passend ist. Im Buch geht es um Kinder, die aus Liebschaften zwischen deutschen Soldaten und Frauen der jeweils besetzten Länder hervorgegangen sind, und die in Lebensbornheime abgeschoben wurden..



Maria Sibylla Merian
Klappkarten
Die liebevollen und detailgetreuen Naturmotive der Naturforscherin und Künstlerin Maria Sibylla Merian sind weltweit bekannt. Ihr Todestag jährt sich in diesem Jahr zum 300. Mal. Schon mit 11 Jahren war Maria Sibylla Merian in der Lage, Kupferstiche herzustellen; bald übertraf sie in dieser Technik ihren Lehrer und entwickelte einen persönlichen Malstil. Ihre Blumenbilder ergänzte sie nach dem Vorbild der Utrechter Malerschule mit kleinen Schmetterlingen und Käfern. In diesem Set finden Sie ihre schönsten Kunstwerke zusammen mit poetischen und ermutigenden Zitaten berühmter Persönlichkeiten. 8 Klappkarten sind in der Schachtel enthalten.
Nr. P A1124 Klappkarten 7,95 €

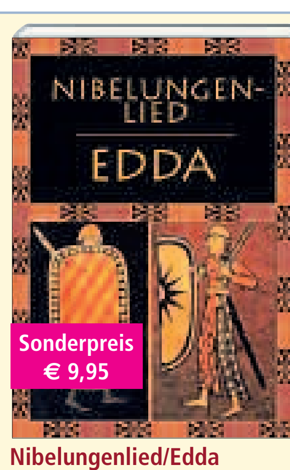


Schlüsselanhänger mit Wappen Pommern
45 mm in der Diagonale
Nr. P A0259 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P A0260 (3 Expl.) 13,95 €



Felix Dahn
Ein Kampf um Rom
Vollständige Ausgabe.
1120 Seiten/Gebunden
Nr. P A1139 9,95 €

Italien im 6. Jahrhundert: In Ravenna herrschen die Ostgoten um ihren weisen König Theoderich. Nach dessen Tod beginnt ein dramatisches Ringen mit dem oströmischen Byzanz um die Macht im Reich. Voller Erfindungskraft schildert Felix Dahn in seinem historischen Roman, der hier in einer vollständigen Ausgabe vorliegt, blutige Schlachten, dramatische Wendungen und üble Intrigen. Viele Generationen fasziniert junger Leser haben sich von diesem berühmten Klassiker in die urwüchsige Welt zur Zeit der Völkerwanderung hineinversetzen lassen. Felix Dahn wurde am 9. Februar 1834 in Hamburg geboren und verstarb am 3. Januar 1912 in Breslau). Er war Professor für Rechtswissenschaften, Schriftsteller und Historiker.



Nibelungenlied/Edda
Altnord. Götter- und Heldensagen
704 Seiten/Gebunden
Nr. P A1140 9,95 €

Die „Edda“ ist die bedeutendste Sammlung altnordischer Götter- und Heldenlieder. Sie überliefert den Glaubens- und Sagenschatz der Wikinger und Germanen und wurde vermutlich Mitte des 13. Jahrhunderts zusammengetragen. Sie birgt bereits Erzählungen der Nibelungensage, aus denen später das berühmte „Nibelungenlied“ hervorging. Es wurde zur bedeutendsten Heldensage der höfischen Zeit und galt lange als deutsches Nationalepos. Ungeachtet des ideologischen Missbrauchs, dem es immer wieder ausgesetzt war, sind seine faszinierende Motivfülle und schillernde Strahlkraft bis heute unbestritten.



Kaffeebecher mit Wappenrand
Porzellanbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 12,95 €



Fahne Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 Fahne 12,50 €



Kaffeebecher Pommern
Porzellanbecher mit Wappen „Greif“
Nr. P A0809 12,95 €



Heinz Rölleke
Das große deutsche Sagenbuch
Jede Stadt und Region hat ihre eigenen Sagen, in denen erzählt wird, wie ein bestimmtes Bauwerk entstand, wie es zu bestimmten Landschaftsformationen kam, warum ein Hügel so oder so heißt. Oft wird damit das zauberhaft Besondere, das unerklärlich Schöne, das Unheimliche fassbar gemacht oder in die Geschichte gebannt. So bevölkern auch Hexen, Zwerge, Teufel und Gespenster die Volkssagen und machen sie zu einem Born der Fantasie im Realen. Nach Landschaften gegliedert und mit Ortsregister versehen bietet diese Sammlung tiefen Einblick in den Sagenschatz Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Heinz Rölleke, geboren 1936, ist emeritierter Professor für Deutsche Philologie und Volkskunde. Als führender Grimm- und Märchenforscher erhielt er den Hessischen Staatspreis. Format 17 cm x 24 cm. 1.024 S.
Nr. P A1213 Gebunden 9,95 €



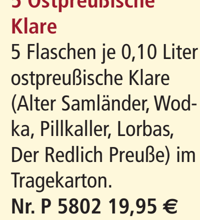
Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €

DVD
Früher 19,95 €
Jetzt 5,95 €

Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
im Ermland, Oberland, und Masuren.
Laufzeit: 60 Minuten
DVD
Nr. P A0351 5,95 €

Bereits im Jahre 1241 erbaut, liegt sie im südlichen Ostpreußen, in Masuren. Im 13. und 14. Jahrhundert erbauten die Ordensritter auch in den entlegensten Dörfern monumentale Kirchen und Burgen – die Zeugen der Backsteingotik. Eindrucksvolle Landschaftsaufnahmen, zum Teil aus dem fahrenden Auto, dokumentieren die Einzigartigkeit der ostpreußischen Landschaft. Der Autor, selbst gebürtiger Ostpreuße, vermittelt durch fundiertes Wissen interessante geschichtliche Hintergründe zu den einzelnen Objekten. Durch die Aktualität der Filmaufnahmen, sie alle stammen aus dem Jahr 2010, ist dieser Film nicht nur für Landsleute interessant, sondern für alle, die sich von der Einmaligkeit dieses beeindruckenden Landes überzeugen und begeistern lassen.

Ostpreußenfahne mit Wappen Ostpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9907 Fahne 12,50 €



5 Ostpreußische Klare
5 Flaschen je 0,10 Liter ostpreußische Klare (Alter Samländer, Wodka, Pillkaller, Lorbas, Der Redlich Preuße) im Tragekarton.
Nr. P 5802 19,95 €

Bernsteinriegel
Meschkinnes, Bärenblut, Bärenfang, Kurfürstlicher Magenbitter und Danziger Goldwasser. je 0,10 Liter im Tragekarton
Nr. P 5702 Spirituosen (5 x 0,10 Liter im Tragekarton) 21,45 €



Kaffeebecher Ostpreußen
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0652 12,95 €



Kaffeebecher Schlesien
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0804 12,95 €

Doris Ottlitz
Skizzen einer Kindheit in Deutsch Krone
385 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1018 14,80 €

1923 in Deutsch Krone – ein kleines Städtchen in der Grenzmark Posen-Westpreußen. Dorothea erblickt als Tochter eines Beamten das Licht der Welt ... Die Erinnerungen an eine unbeschwerte Kindheit und daran, wie es damals so war, hat die Autorin gegen das Vergessen aufgeschrieben. Sie zeichnet ein authentisches Bild des Kreisstädtchens – seiner Architektur, seiner geschichtlichen Bedeutung und seiner Bewohner. Ein bemerkenswertes Dokument – gegen das Vergessen der Heimat Grenzmark Posen-Westpreußen.



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 21,45 €



Tapi
Original Bärenfang
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5695 21,45 €



Trakehner Esprit
Edler Reiterschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5703 21,45 €



Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 17,95 €



Samländer
Alter Aquavit
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5681 16,95 €



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 17,95 €



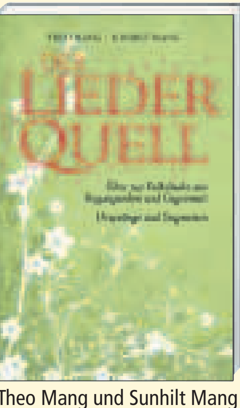
Nalewka
Weichselkirchen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5684 17,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintesive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.



Ludwig Reiners
Der ewige Brunnen
Ein Hausbuch Deutscher Dichtung
1.136 Seiten
Gebunden
Nr. P A0950 19,95 €

Der ewige Brunnen ist die berühmteste Sammlung deutscher Gedichte. Auf über 1.100 Seiten sind mehr als 1.600 Gedichte aus acht Jahrhunderten zusammengestellt. Die Ausgabe wurde von Albert von Schirnding überarbeitet und durch Gedichte aus den letzten fünfzig Jahren erweitert. So ist dieses „Hausbuch deutscher Dichtung“ jetzt aktualisiert und auf den neuesten Stand gebracht. Mit seiner Gedichtsammlung „Der ewige Brunnen“ – Ein Hausbuch deutscher Dichtung hat Ludwig Reiners vor über fünfzig Jahren ein Werk zusammengestellt, das inzwischen selbst zum Klassiker geworden ist. Für Millionen Leserinnen und Leser wurde dieses Buch zum Ort der Begegnung mit der deutschen Dichtkunst.



Theo Mang und Sunhilt Mang
Der Liederquell
Über 750 Volkslieder aus Vergangenheit und Gegenwart – Ursprünge und Singweisen
1.328 Seiten/Gebunden
Nr. P A0959 19,95 €

Diese umfassende Sammlung mit mehr als 750 Volksliedern, einschließlich der bekanntesten Kinder-, Weihnachts- und geistlichen Lieder, zeichnet einen Querschnitt durch 1000 Jahre deutscher Liedkultur. Alle Lieder werden in Text und Melodie (mit Akkordbezifferung) und einem ausführlichem Kommentar zur Herkunft und Überlieferung vorgestellt. Damit ist ein „Gebrauchs-Liederbuch“ und ein „Lesebuch“ entstanden, das den Sangesfreudigen ein Leben lang begleiten kann und ihn als „Nachschlagewerk“ auf der Suche nach geeignetem Liedmaterial kaum im Stich lassen wird. Eine repräsentative Auswahl der bekanntesten und schönsten französischen und englischen Volkslieder ermöglicht gemeinsames Singen mit der Welt.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNG

Kaum Afghanen abgeschoben

Berlin – Eine Rückführung ausreisepflichtiger Afghanen findet praktisch nicht statt. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion ausführt, sind seit Ende Mai vergangenen Jahres mit Stand vom 1. Februar 2018 lediglich 68 afghanische Staatsangehörige nach Kabul abgeschoben worden. Laut Bundesregierung werden seit dem Anschlag am 31. Mai 2017 in der Nähe der deutschen Botschaft in Kabul „bis zur Vorlage einer neuen Lagebeurteilung des Auswärtigen Amtes und bis zur vollen Funktionsfähigkeit der deutschen Botschaft in Kabul neben der Förderung der freiwilligen Rückkehr bis auf weiteres nur Straftäter, Gefährder sowie Personen, die sich hartnäckig ihrer Mitwirkung an der Identitätsfeststellung verweigern, nach Afghanistan zurückgeführt“. Die zurückgeführten Personen werden nach ihrer Landung in Kabul in die Obhut der afghanischen Behörden übergeben. *J.H.*

ZUR PERSON

Saarlands Hans im Glück

Na also, geht doch, das mit der Verjüngung in der Politik. Vorerst aber erst einmal nur auf Landesebene. Wenn **Tobias Hans** im Saarland zum Nachfolger von Annegret Kramp-Karrenbauer gekürt wird, dann ist er der jüngste Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes. Gerade erst hatte der CDU-Politiker am 1. Februar seinen 40. Geburtstag gefeiert.

Glückliche Umstände führten dazu, dass die Wahl auf Hans als designierten Landeschef fiel. Da ist zum einen der Umstand, dass Kramp-Karrenbauer als neue Generalsekretärin der Bundes-CDU in Berlin zur Merkel-Nachfolgerin aufgebaut werden soll. Zum anderen profitierte Hans von einem Finanzskandal im Saarland, über den Landtagspräsident Klaus Meiser stürzte (siehe Seite 3). Dessen Amt übernahm vor wenigen Tagen Finanzminister Stephan Toscani, der ursprünglich Kramp-Karrenbauer beerben sollte. Um das Personalkarussell nicht zurückzudrehen, hat man Hans als Überraschungsei präsentiert.



Politisch kann der Vater zweier Kinder erst wenige Meriten vorweisen. Nach seinem Zivildienst und einem abgebrochenen Informatik- sowie Anglistik-Studium engagierte er sich in der Kommunalpolitik in seinem Wohnort Münchwies und seinem Geburtsort Neunkirchen. Dann war er sieben Jahre in einer Psychosomatischen Fachklinik tätig, ehe er in den saarländischen Landtag gewählt wurde. Als er 2015 bei der Wahl zum Landrat im Kreis Neunkirchen scheiterte, bekam er als Trostpreis den CDU-Fraktionsvorsitz im Landtag. Damit war er quasi ein Nachfolger seines Vaters Peter Hans, dem langjährigen CDU-Fraktionschef, der 2007 verstarb.

Sollte Hans zum Ministerpräsidenten gewählt werden, muss er politisch rasch reifen. Seine Lehrjahre als Jungpolitiker sind dann endgültig vorbei. Die Messlatte, die seine Vorgängerin gesetzt hat, liegt hoch. *H. Tews*



Gefragte Fachkraft von der Saar

»Ein deutscher Patriot«

Warum nicht alles Satire ist, was so aussieht, wie man Rohrkrepierer baut, und warum freie Bahn der Freifahrt die Statistik verbessert / Der satirische Wochenrückblick mit K. J. GROTH

Welch goldige Woche. Medaillen am laufenden Band bei den Olympischen Winterspielen. Das lenkt prima vom Trauerspiel im politischen Jammertal ab. Und dann gab es noch einen oben drauf: #Free Deniz! Welche Freude, welcher Jubel. Wer beeilte sich da nicht alles, die Befreiung aus türkischem Kerker als sein Werk zu reklamieren. Allen voran Außenminister Sigmar Gabriel. Der meldete sich als erster Nothelfer für den Journalisten mit dem deutschen und dem türkischen Pass. Deniz Yücel ist für Gabriel „ein deutscher Patriot“. Dass der Gabriel überhaupt so etwas kennt. Einen deutschen Patrioten! Doch keine Sorge: Gabriel ist zwar für jede Überraschung gut, aber so abartig denkt er denn doch nicht. Die vollständige Beurteilung lautet „ein deutscher Patriot mit türkischen Wurzeln“. Das macht die Sache verständlicher, in Gabriels Sinne.

Denn Yücel, so Gabriel in einem Gespräch mit dem ZDF, gehört zu einer Generation von Kindern von „Arbeitsemigranten“ (man beachte die Wortschöpfung), die „mit dem Heimatland eng verbunden sind“. Mit welchem? Deutschland? Türkei? Bisher wohl eher mit der Türkei, das könnte sich allerdings während der einjährigen Freiheitsberaubung geändert haben. Aber enge Verbundenheit mit Deutschland? Als er noch nicht für die „Welt“ schrieb, sondern über viele Jahre für die „taz“, da machte sich Yücel so seine Gedanken über Deutschland. Unter der Überschrift „Super, Deutschland schafft sich ab!“ freute er sich über die sinkende Zahl der Geburten. Denn: „Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen, ... den Krieg zum Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben; eine Nation, die seit jeher mit grenzenlosem Selbstmitleid, penetranter Besserwisserei und ewiger schlechter Laune auffällt; eine Nation, die Dutzende Ausdrücke für das Wort ‚meckern‘ kennt, ... diese freudlose Nation also kann gerne dahinscheiden ... Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.“ Noch Fragen? Es ist eben die Sicht eines „deutschen Patrioten“. Klar, es war als Satire gemeint. Selbstverständlich. Was denn sonst? Leider hat das nicht jeder so verstanden.

Satirische Rohrkrepierer sind nicht selten. Ob sie erkannt werden, das hängt jedoch vom Verursacher ab. Der Vorsitzende der AfD in Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, drosch auf die Türkische Gemeinde in Deutschland ein. Das muss hier nicht erneut zitiert werden, es wurde oft genug wiederholt. Mit anschwellender der Empörung. Bis zum Siedepunkt vergingen keine 24 Stunden.

> Ob satirische Rohrkrepierer erkannt werden, hängt vom Verursacher ab

Der Bedeutung des Mannes aus Sachsen-Anhalt entsprechend, erhielt er von allerhöchster Stelle einen bundespräsidentialen Anschiss. Selbstverständlich aus staatstragender Besorgnis. Das hatte gar nichts mit den jämmerlichen 16 Prozent der Wählerstimmen zu tun, auf die die SPD gerade geschrumpft ist. Der Bundesvorstand der AfD rang sich zu einer weichen Abmahnung durch.

Klar, Poggenburg hat sich im Regal vergriffen, als er seine Verbal-Attacke munitionierte. Allerdings wäre noch zu klären, warum in „dieser freudlosen Nation“ der „Kümmelhändler“ eine kaum zu übertreffende Entgleisung und der „Ziegenficker“ (ZDF-“Komiker Jan Böhmermann) reinste Lyrik ist. Trotzdem, etwas weniger Dum-Dum-Geschoss wäre wirkungsvoller gewesen. Zu spät. Ausgerechnet ein arabisches Sprichwort, das auf Ali ibn Abi Talib, den Schwiegersohn Mohammeds zurückgeführt wird, muss sich André Poggenburg nun hinter den Spiegel stecken: „Ein Wort ist wie ein Pfeil, der, einmal von der Sehne geschnellt, nicht zurückgehalten werden kann.“

Nun bekommt der Mann aus Sachsen-Anhalt Dresche für seinen polemischen Ausfall, der allerdings einen nicht weniger unerhörten Anlass hatte. Der Sprecher der Türkischen Gemeinde hatte befunden, aufgrund der „deutschen Vergangenheit“ werde mit einem Heimatministerium unter Horst Seehofer „der falsche Akzent zur falschen Zeit“ gesetzt. So weit, so anmaßend. Irgendwie erinnert der Verweis auf die deutsche Vergangenheit an das Bild, das Yücel von Deutschland hat. Mit solchen Bildern findet niemand Heimat. Vermutlich ist das auch nicht gewollt.

Diese Woche gab es auch sonst reichlich Satire. Schließlich war politischer Aschermittwoch. Leider ist das mit der Satire meist nicht lustig, weil zu viele Dilettanten in die Bütt steigen. Das Affentheater (darf man das überhaupt sagen? Diskriminiert das nicht den Anthropoidea?) nach Terminkalender überfordert viele. Bleich grübelnd kauen sie an dem Problem: Was sage ich? Ist das auch korrekt? Wann kommt der Tusch? Das mit dem Tusch ist nicht so sicher. Olaf Scholz und die Pointe? Olaf Scholz ist schon die Pointe. Mehr lustig kann er nicht. Aber wenn es aus Spaß an der Freud' mangelt, ist der Norddeutsche Scholz nicht allein. Selbst der Markus Söder lieferte nicht. Dabei röhren bei der CSU die Platzhirsche des politischen Gaudis zum Ende des Faschings. Höhepunkt des Frohsinns war Söders Feststellung, Deutschland sei „das einzige Land auf der Welt, in das man ohne Pass hinein-, aber nicht wieder herauskommt“. Dreifacher Tusch! Auch bei anderen Aschermittwoch-Reden konnte man die Pointen suchen wie die Rosine im Mohnbrötchen, wo sie nur aus Versehen zu finden ist. Überwiegend erwiesen sich die Reden wie der gewohnte Quark, nur etwas heftiger gerührt.

Es ist nicht alles Satire, was danach aussieht. Im vorliegenden Fall lässt sich das leicht an den Namen der Beteiligten erkennen: Barbara Hendricks, Christian Schmidt und Peter Altmaier. Durch besonderen Humor ist keiner (öffentlich) aufgefallen. Allenfalls Altmaier hier, Altmaier dort, Altmaier überall. Den hat man auch schon mit großer, bunter Fliege bei der Karnevalssitzung in Mainz gesehen. Aber ehrlich, der Besuch einer Karnevalssitzung zeugt noch nicht von Humor. Aber vom Chef des Kanzleramtes, dem Altmaier hier, Altmaier dort und überall, einmal abgesehen, gibt es bei Umweltministerin Hendricks was zu lachen? Oder bei Verkehrsminister Schmidt? Sollte das der Fall sein, haben sie es bisher geschickt verborgen. Aber es war ja auch nicht als Satire gedacht, was das traute Dreigestirn nach Brüssel meldete: Deutschland werde einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) testen, um die Luft in deutschen Städten zu reinigen. Nur mal so. Damit der Herr Kommissar in Brüssel nicht länger böse ist und mit einer Strafe droht.

Es war wie ein Gruß aus dem Kinderzimmer. Wenn die gestrengen Eltern mal vergessen, dass sie eigentlich antiautoritär erziehen wollen und leicht knurren, dann wird in Eile ein Bildchen gemalt, so mit Blümchen und Herzchen drauf und mit einem kleinen Spruch, der so oder so immer wirkt: Der größte Schatz der Welt ist mein, das bist du, lieb Kommissarilein! Bestimmt wird der EU-Kommissar da milde lächeln: So, so, die lieben Kleinen. Und sieh an, so friedlich sind sie, die von der CDU, von der CSU, von der SPD. Wir aber fragen uns, sind das die Reste der abgewirtschafteten Groko oder ist das schon die neue? Erhebt da die wiedergeborene Groko ihr grusliges Haupt? Die hat jetzt schon mehr Ausgaben beschlossen, als sie bezahlen kann. Wenn es so sein sollte, kommt es auf ein bisschen Nulltarif im ÖPNV wohl auch nicht mehr an. Also freie Bahn der Freifahrt. Das hat übrigens einen tollen Nebeneffekt. Die Zahl der Schwarzfahrer wird gegen Null gehen, und das entlastet die Kriminalitätsstatik ganz enorm. Sehen Sie, so sehen politische Erfolge aus!

MEINUNGEN

Der Kunsthistoriker ***Horst Bredekamp****, der auch einer der drei Gründungsintendanten des Berliner Humboldt-Forums ist, beklagt in der „FAZ“ (14. Februar) die aktuellen* ***Säuberungsaktionen in der Kunstwelt****:*

„Es handelt sich um einen peinlichen Opportunismus von Künstlern gegenüber einem Zeitgeist, der im Bewusstsein einer ahistorischen und dadurch höchst selbstgerechten Ethik die Geschichte nach dem eigenen Maßstab zu säubern versucht ... Uns trennt nurmehr eine papierdünne Wand vor dem, was die ‚Entartete Kunst‘ und der gedankliche Rahmen der Säuberung einmal fabriziert haben.“

Im Dialog mit dem Logistik-Unternehmer Klaus-Michael Kühne, der die ***AfD als „Teufelszeug“*** *bezeichnet hatte, entgegnete Ex-AfD-Vorstandsmitglied* ***Hans-Olaf Henkel*** *im „Hamburger Abendblatt“ (16. Februar):*

„Sie haben recht! Das ist sie geworden. Ich ärgere mich aber auch sehr darüber, dass uns die Medien damals fälschlicherweise in die rechte Ecke gestellt haben und damit die Verrückten erst angelockt haben.“

Beim ARD-Talk „hartaberfair“ am 19. Februar fragte Moderator Plasberg: „Überlastet überfordert, zu lasch – ***Was läuft schief bei den Gerichten?****“ Politisch völlig unkorrekt antwortete der Ex-ARD-Moderator* ***Joachim Wagner*** *(„Panorama“):*

„Die Justiz hat sich zu einem Paradies für Frauen entwickelt, weil man den Arbeitsplatz und die Arbeitszeit weitgehend frei bestimmen kann. Das hat die Folge, dass wir eine Feminisierung der Justiz haben. Man spricht bösartig bereits von einer Vergrundschulung.“

Der Richter ***Stephan Sommer*** *zeigt, wie ernst zu nehmende Rechtsprechung geht. Einen 23-jährigen Litauer, der in einem gestohlenen Taxi auf der Flucht vor der Polizei durch Hamburg raste und dabei einen Unfall mit Toten und Schwerverletzten verursachte, verurteilte er zu* ***lebenslanger Haft.*** *Der Anwalt des Angeklagten hatte nur vier Jahre gefordert. Aus der Urteilsbegründung vom 19. Februar:*

„Die Verurteilung wegen Mordes mag sich nach großer Härte anhören. Aber der Angeklagte hat während seiner Fahrt zahlreiche Menschenleben gefährdet. Er zeigte keinen Respekt vor dem Leben der anderen. Er hat die Gefahr auf Teufel komm raus immer höher geschraubt.“

Wolfgang Meins*, Professor am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, warnt vor Asylsuchern, die hier mit* ***gefälschten Zulassungen*** *oder mangelhaftem Wissen als* ***Ärzte*** *anerkannt werden. Auf der „Achse des Guten“ (15. Februar) kritisiert er „den im Kielwasser des Flüchtlingsstroms entstandenen Anerkennungstourismus aus strukturschwachen Ländern“:*

„Es handelt sich keinesfalls um ein zahlenmäßig unbedeutendes Problem: Allein in Niedersachsen sind knapp 3700 Ärzte aus Drittstaaten tätig. Was nun in den letzten beiden Jahren, in welcher Häufigkeit, konkret vorgefallen ist, ist bisher kaum öffentlich geworden. Ab und an hört man natürlich das ein oder andere von den geschätzten Kollegen und ist dann jeweils froh, nicht mehr in verantwortlicher Position im Krankenhaus tätig zu sein. Aber natürlich haben weder Aufsichtsbehörden noch Krankenhäuser oder dilettierende Drittstaatärzte ein Interesse daran, ihre Verfehlungen öffentlich zu machen.“